

Inhalt

Rebellion der Worte. Ein Auftakt zum 48. Feministischen Juristinnen*tag am 12. Mai 2024 in Berlin	147
<i>Victoria Heßeler, Hanna Müller, Catalina Körner</i>	
„I had a flashback of something that never existed.“	
Die zweifelhafte Praxis der Glaubhaftigkeitsbegutachtung in strafrechtlichen und opferentschädigungsrechtlichen Verfahren	148
<i>Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e. V. (VAMV)</i>	
Stellungnahme zum Referentenentwurf des BMJ für ein Gesetz zur Verbesserung des Schutzes von gewaltbetroffenen Personen im familiengerichtlichen Verfahren (Auszug)	160
<i>bff: Frauen gegen Gewalt e. V.</i>	
Strafvermittlungen wegen sexueller Gewalt an Frauen mit Behinderungen werden zu häufig eingestellt	162
<i>Beschluss des VerfGH Berlin</i>	
Verletzung des Rechts auf effektiven Rechtsschutz durch überspannte Darlegungsanforderungen nach § 172 Abs. 3 S. 1 StPO	163
<i>Julia Zinsmeister</i>	
Diskriminierend eingestellt. Der Verfassungsgerichtshof Berlin stärkt den Zugang gewaltbetroffener behinderter Frauen zum Strafverfahren	167
<i>Mahtab Khedri</i>	
Tendenzielle Diskriminierung wirtschaftlich unterprivilegierter Frauen in der Rechtsprechung am Beispiel der Berechtigung für Grundsicherungsleistungen von sorgeberechtigten Unionsbürger*innen	172
<i>Urteil des LAG Niedersachsen</i>	
Fristlose Kündigung eines Auszubildenden wegen sexueller Belästigung außerhalb der Arbeitszeit	175
<i>Urteil des LAG Niedersachsen mit Anmerkung</i>	
Elternzeit – keine Kürzung des Urlaubsanspruchs durch Tarifiklausel	178
<i>Urteil des LSG Berlin-Brandenburg</i>	
Aufrechterhaltung des Freizügigkeitsrechts mit Zeiten schwangerschaftsbedingten Beschäftigungsverbots	180
<i>Urteil des VG Chemnitz</i>	
Flüchtlingseigenschaft für marokkanische junge Frau wegen häuslicher Gewalt und drohender Zwangsverheiratung	182
<i>Deutscher Juristinnenbund</i>	
Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein Zweites Jahressteuergesetz (St24-25 vom 17.07.2024)	184
Verbände formulieren Ziele für die geplante Familienrechtsreform! Appell vom 24.10.2024	187
<i>Ute Stöcklein</i>	
Buchbesprechung: Christina Clemm: Gegen Frauenhass	188
Literaturhinweise	191
<i>Hinweise</i>	
Reform des Abstammungsrechts	192
Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs	192
Vorankündigung für den 49. Feministischen Juristinnen*tag vom 9. bis 11. Mai 2025 in Halle	192

Editorial

„Die Frau ist frei geboren und bleibt dem Manne gleich in allen Rechten.“ – Olympe de Gouges, 1791; „Männer und Frauen sind gleichberechtigt ... bedeutet eine Weltenwende.“ – Elisabeth Selbert, 1949. Diese Worte gehören zu den Zitaten einer Performance mit dem Titel „Rebellion der Worte“. Sie war Auftakt zum 48. FJT 2024 in Berlin und wurde dargeboten von der Professur Öffentliches Recht und Geschlechterstudien Susanne Baer an der HU Berlin. Wir dokumentieren sie in diesem Heft und in den beiden folgenden.

Die Glaubhaftigkeit der Aussagen gerade von gewaltbetroffenen Frauen und Mädchen wird seit jeher in Zweifel gezogen, so konnte ein ganzes Begutachtungsgeschäft entstehen und sich entwickeln. Mit der kritischen Hinterfragung der zweifelhaften Praxis dieser Glaubhaftigkeitsbegutachtung in straf- und opferentschädigungsrechtlichen Verfahren befassen sich Victoria Heßeler, Hanna Müller und Catalina Körner zu Beginn unseres Heftes. Hier setzt auch die Entscheidung des Berliner VerfGH vom 19.6.2024 gegen die Diskriminierungen behinderter, von Gewalt betroffener Frauen bei überspannter Zuweisung der Darlegungslast in Strafverfahren an, die von Julia Zinsmeister im weiteren Teil des Heftes begrüßt und erläutert wird.

Hintergrund für dies alles ist der latente Frauenhass von Männern, den Christina Clemm in dem von Ute Stöcklein besprochenen Buch beschreibt und analysiert.

Die prekäre wirtschaftliche und schwierige aufenthaltsrechtliche Lage von sorgeberechtigten Unionsbürgerinnen ist Gegenstand des Beitrags von Mahtab Khedri, der sich mit der Berechtigung sorgeberechtigter Unionsbürger*innen befasst, Grundsicherungsleistungen zu beziehen, sowie der Entscheidung des LSG Berlin-Brandenburg zur Aufrechterhaltung des Freizügigkeitsrechts mit Zeiten schwangerschaftsbedingten Beschäftigungsverbots.

Arbeitsrechtliche Entscheidungen u. a. zur Kündigung wegen sexueller Belästigung bei einem außerbetrieblichen Seminar und ein Urteil des VG Chemnitz zur Flüchtlingseigenschaft bei drohender Zwangsheirat und häuslicher Gewalt ergänzen unser Heft, ebenso wie verschiedene Stellungnahmen und Hinweise auch auf den 49. FJT im Mai 2025 in Halle.

Die Redaktion

STREIT – Feministische Rechtszeitschrift.

Herausgegeben vom Verein „Frauen streiten für ihr Recht e.V.“ vertreten durch den Vorstand Anita Roggen, Övern Barg 4 d, 22337 Hamburg. Der Verein ist gemeinnützig.

Steuerabzugsfähige Spenden erbeten auf das Konto der GLS Bank IBAN: DE10 4306 0967 6037 8574 00, BIC GENODEM1GLS
Internetadresse: <http://www.streit-fem.de>; dort finden Sie auch das **Anwältinnenverzeichnis** der STREIT.

Redakteurinnen:

Prof. Dr. Susanne Baer, Ri des BVerfG a.D., Humboldt Uni., Unter den Linden 6, 10099 Berlin
RAin Malin Bode, Alleestr. 24, 44793 Bochum, Tel.: 0234 / 15 007, Fax: 0234 / 14 284
Prof. Dr. Sarah Elsuni, Frankfurt University of Applied Sciences, Nibelungenallee 1, 60318 Frankfurt, Tel.: 069 / 15 33 26 33
Prof. i.R. Dr. Sibylla Flügge, Vogelsbergstr. 28, 60316 Frankfurt am Main, Tel.: 069 / 59 79 65 17, V.i.S.d.P.
RAin Susanne Giesler, Zeil 29-31, 60313 Frankfurt, Tel.: 069 / 91 30 830
Katharina Gruber, E-Mail: k.gruber@posteo.de
Sabine Heinke, w.a. RichterIn am Amtsgericht a.D., E-Mail: sabineheinke@outlook.de
Dr. Anna Hochreuter, Habsburgerstr. 4, 10781 Berlin, Tel.: 030 / 21 96 94 10
RAin Susette Jörk, August-Bebel-Str. 14, 04275 Leipzig, Tel.: 0341 / 22 53 663, Fax: 0341 / 22 53 763
RAin i.R. Susanne Pötz-Neuburger, Auf der Höhe 15, 21109 Hamburg, Tel.: 040 / 750 88 90
Anita Roggen, Övern Barg 4 d, 22337 Hamburg, Tel.: 040 / 536 23 17
Sabine Scholz, Blocksberg 16, 24960 Glücksburg, Tel.: 04631 / 43 27
RAin Anke Stelkens, München, E-Mail: kontakt@kanzlei-stelkens.com, Tel.: 089 / 23 71 66 09
Ute Stöcklein, E-Mail: ute.stoecklein@gmx.net
RAin Zümrüt Turan-Schnieders, Kurt-Blaum-Platz 1, 63450 Hanau, Tel.: 06181 / 25 32 41

Autorinnen/Mitwirkende:

Rechtsanwältin Victoria Heßeler, Karin und Walter Blüchert Stiftung Hamburg; Mahtab Khedri, RichterIn am SG Frankfurt/M.; Dipl.-Psych. Catalina Körner, Berlin/Wien; Rechtsanwältin Hanna Müller, Bremen; Prof. Dr. Julia Zinsmeister, TH Köln; Team Lehrstuhl Öffentliches Recht und Geschlechterstudien – Susanne Baer, HU Berlin; Ali Mehrens, Hilal Alwan, Ida Westphal, Louisa Hattendorff, Luna Mono, Nina Marandi, Petra Sußner, Simone Kreutz, Susanne Baer, Yola Kretschmann, Zora Machura mit Claudia Kolarski, Snezana Sever.

Künstlerin:

Die Bilder stellte Nina Hotopp, Hamburg, zur Verfügung, www.ninahotopp.de.

Satz & Herstellung: Sarah Kalck, Schulz-Kirchner Verlag GmbH, Idstein; Druck: TZ-Verlag & Print GmbH, Bruchwiesenweg 19, 64380 Roßdorf

Rebellion der Worte

Ein Auftakt zum 48. Feministischen Juristinnen*tag am 12. Mai 2024 in Berlin

Vorgemurm

„Die Frau ist frei geboren und bleibt dem Manne gleich in allen Rechten.“

Olympe de Gouges, Artikel 1 der Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin, 1791

„Dem Reich der Freiheit verb ich Bürgerinnen!“

Louise Otto, „Frauen-Zeitung“ 1849

„Lieber wollen wir fliegen als kriechen.“

Louise Otto, „Frauen-Zeitung“ 1849

„Ain't I a Woman?“

Sojourner Truth, 1851

„Menschenrechte haben kein Geschlecht.“

Hedwig Dohm 1831–1919

„Die Frauenfrage ist Rechtsfrage.“

Anita Augspurg, „Die Frauenbewegung“, Zeitschrift Januar 1895

„Wir [haben] für alle Schwierigkeiten nur eine Antwort: Erst Recht!“

Clara Zetkin, Abschied von der Gleichheit. Frauen-Beilage der „Leipziger Volkszeitung“ vom 29.06.1917

„Männer und Frauen haben ... dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“

Art. 101 Absatz 2 Weimarer Reichsverfassung (1919)

„Ich hoffte, dass eine juristische Ausbildung helfen würde, politisch effizienter wirken zu können.“

Elisabeth Selbert, 1925/1926

„[Wir] glaubten ... demokratische Idee in die Wirklichkeit umsetzen zu können.“

Tony Breitscheid, 1947

„Die Geschichte ... hat uns gelehrt ..., dass die [die] an ihre Rechte zu denken vergessen, auch vergessen wurden.“

Louise Otto, „Leipziger Arbeiterzeitung“ 1848

Dies sind Zitate zur „Rebellion der Worte“, die zum Auftakt des 48. Feministischen Juristinnen*tages 2024 zusammengestellt und im Saal vorgetragen wurden vom Team der Professur Öffentliches Recht & Geschlechterstudien Susanne Baer an der HU Berlin – Ali Mehrens, Hilal Alwan, Ida Westphal, Louisa Hattendorff, Luna Mono, Nina Marandi, Petra Sußner, Simone Kreutz, Susanne Baer, Yola Kretschmann, Zora Machura mit Unterstützung von Claudia Kolarski, Snezana Sever.

Wir dokumentieren die „Rebellion der Worte“ auf den folgenden Seiten und in den nächsten Heften.

Sie wurden – nach dem Vorgemurm – entlang von fünf Zeitachsen zusammengestellt:

Phase 1: 1945–1967 | Phase 2: 1968–1977 | Phase 3: 1978–1990 | Phase 4: 1990–2000 |

Phase 5: 2000 bis heute.

.....
ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

Phase 1: 1945–1967

.....

Victoria Heßeler, Hanna Müller, Catalina Körner

„I had a flashback of something that never existed.“¹

Die zweifelhafte Praxis der Glaubhaftigkeitsbegutachtung in strafrechtlichen und opferentschädigungsrechtlichen Verfahren

Gerichtsverfahren im strafrechtlichen und sozialrechtlichen Kontext greifen immer häufiger auf die Methode der Glaubhaftigkeitsbegutachtung zurück, insbesondere wenn eine Aussage-gegen-Aussage-Konstellation vorliegt. Dabei wird rechtlich wenig bis gar nicht auf die unterschiedlichen prozessoralen Regeln der verschiedenen Gerichtsbarkeiten geachtet. Die Begutachtung stellt außerdem nicht nur eine außerordentliche Belastung für Betroffene von Gewalterfahrungen dar, es liegt durch die aktuelle Praxis der Begutachtung auch die Frage nahe, ob Opfern von Gewalttaten in angemessener, namentlich einer ihren Ausdrucks- und Kommunikationsmöglichkeiten entsprechenden Weise, rechtliches Gehör gewährt wird (Art. 103 GG). Zudem ist die Aussagepsychologie aufgrund nicht quantifizierbarer Gütekriterien und wissenschaftstheoretischer Mängel umstritten. Sie kommt überwiegend im deutschsprachigen Raum zum Einsatz.

1999 legte der BGH im Rahmen des Strafverfahrens die sog. „Nullhypothese“ als methodisches Qualitätskriterium für entsprechende Sachverständigengutachten fest.² Danach wird die Aussage von Opferzeug*innen im Zuge der Begutachtung a priori als intentionale Falschaussage behandelt, bis ausreichend viele inhaltsanalytische Merkmale für ihre Glaubhaftigkeit sprechen. Unter Rückgriff auf die Theorie der Suggestion zur Generierung von Scheinerinnerungen wird zudem der Wahrheitsgehalt einer Erinnerung in Zweifel gezogen, sobald sich Hinweise darauf finden lassen, dass entweder mit Dritten – insbesondere Psychotherapeut*innen – über die Erlebnisse gesprochen wurde oder Betroffene sich intensiv mit dem Thema sexualisierte Gewalt beschäftigt haben (z. B. durch Literatur, Internetforen etc.).

In der Konsequenz resultiert daraus inzwischen für Betroffene nicht nur in Strafverfahren ein Dilemma zwischen der Inanspruchnahme von (rascher)

Gesundheitsversorgung und der Glaubhaftmachung ihrer Aussage im (in der Regel lang andauernden) Verfahren. Flankiert wird diese Entwicklung in der Rechtspraxis durch gezielte Diffamierungen feministischer Opferschutzeinrichtungen sowie der Psychotraumatologie als ganzer Wissenschaftsdisziplin durch antifeministische Netzwerke von Rechtspsycholog*innen, Strafverteidiger*innen, Verwaltungsbeamtin*innen und Journalist*innen.

Im April 2024 erschien ein Experten-Papier von Fegert et al., das eine umfassende kritische Analyse der aussagepsychologischen Methode aus juristischer, psychologischer und psychiatrischer Sicht beinhaltet. Einige Aspekte dieser Expertise werden hier vertieft betrachtet.³

I. Strafrecht

In strafrechtlichen Verfahren, in denen zu Gunsten der beschuldigten, bzw. angeklagten Person die Unschuldsumutung gilt, werden aussagepsychologische Begutachtungen insbesondere dann regelmäßig angeordnet, wenn eine Aussage-gegen-Aussage-Konstellation gegeben ist. Eine solche Konstellation liegt vor, wenn dem Schweigen oder der bestreitenden Einlassung der beschuldigten Person die alleinige Aussage der geschädigten Person gegenübersteht und keine weiteren unmittelbar tatbezogenen Beweismittel zur Verfügung stehen.

In diesen Fällen stellt die BGH-Rechtsprechung an die Beweiswürdigung hohe Ansprüche⁴. Erforderlich ist eine besonders sorgfältige Gesamtbewertung aller Umstände durch das Gericht. Insbesondere muss eine gründliche Inhaltsanalyse, eine genaue Untersuchung der Entstehungsgeschichte der Aussage, eine Bewertung des Aussagemotivs sowie eine Überprü-

¹ Louise Bourgeois, 2002; der Titel bezieht sich in sarkastischer Weise darauf, dass aussagepsychologische Gutachten den Betroffenen ihr eigenes Erleben absprechen wollen.

² BGH, Urt. v. 30.07.1999 – 1 StR 618/98.

³ Fegert et al., Die Methode der forensischen Glaubhaftigkeitsbegutachtung im deutschen Sprachraum Ein interdisziplinäres Plädoyer für eine kritische Bestandsaufnahme zur Anwendung der sogenannten „Nullhypothese“ in unterschiedlichen Verfahrenskontexten, 2024, Ulm u. a.

⁴ BGH, Beschl. v. 06.02.2014 – 1 StR 700/13 m. w. N.

fung der Aussagekonstanz, der Detailgenauigkeit und der Plausibilität der Angaben vorgenommen werden.⁵

1. Rechtsprechungsüberblick

Um die Aussage des*der Belastungszeug*in entsprechend der Kriterien des BGH untersuchen zu können, bedient sich die Ermittlungsbehörde bzw. das Tatgericht regelmäßig der aussagepsychologischen Begutachtung. Dass diese sachverständige Begutachtung das Mittel der Wahl sein muss (im Gegensatz zum Einsatz eines Lügendetektors⁶), hat der BGH mit seinem Grundsatzurteil vom 30.07.1999⁷ entschieden. Mit dieser Entscheidung hat der BGH die Standards der aussagepsychologischen Begutachtung für die Rechtspraxis festgelegt.

Ziel der Begutachtung sei nicht, die Glaubwürdigkeit einer Person zu untersuchen, sondern die Feststellung, ob bestimmte Angaben einem konkreten Geschehen, damit einem tatsächlichen Erleben entsprechen könnten. Die Grundannahme ist dabei nach Ansicht des BGH, dass die spezifische Aussage so lange negiert werden muss, bis diese Annahme mit den gesammelten Fakten nicht mehr vereinbar ist. Folglich nimmt der*die Sachverständige zunächst an, dass die fragliche Aussage unwahr ist (Nullhypothese). Um diese Annahme zu prüfen, hat der*die Sachverständige Hypothesen zu bilden. Kann die Annahme der Unwahrheit nach Prüfung nicht aufrechterhalten werden, gilt die Alternativhypothese der wahren Aussage.

Die Bildung relevanter Hypothesen ist also maßgeblich für die Begutachtung. Zu den Hypothesen gehört die Möglichkeit einer bewussten Falschaussage ebenso wie die durch Suggestion entstandene Aussage.

Der*die Sachverständige hat die Angaben der Aussageperson auf inhaltliche Konsistenz zu prüfen. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass zwischen erlebnisbasierten und bewusst unwahren Angaben ein qualitativer Unterschied besteht. Ein tatsächlich erlebtes Geschehen rekonstruiert die Aussageperson aus ihrem Gedächtnis, während eine Falschaussage aus gespeichertem Allgemeinwissen konstruiert wer-

de. Dabei sei es eine schwierige Aufgabe mit hohen Anforderungen an die kognitive Leistungsfähigkeit, einen Sachverhalt ohne eigene erlebte Wahrnehmung zu erfinden und über eine längere Dauer beizubehalten. Im Falle der konstruierten Aussage sei zu erwarten, dass die Beschreibung nebensächlicher Details, beispielsweise abgebrochener Handlungsketten, unerwarteter Komplikationen oder Schilderungen unverstandener Handlungselemente eher gering ausfalle; zudem wolle die Aussageperson ihr Gegenüber überzeugen, daher sei naheliegend, dass die konstruierte Aussage weniger Selbstkorrekturen sowie -belastungen oder auch zugegebene Erinnerungslücken enthalte. Eine erlebnisbasierte Aussage enthalte in der Gesamtschau mehr Realkennzeichen, also besondere Qualitätsmerkmale wie logische Konsistenz, quantitativen Detailreichtum, raum-zeitliche Verknüpfungen, Schilderung ausgefallener Einzelheiten und psychischer Vorgänge und Entlastung der beschuldigten Person als eine konstruierte Aussage. Die Realkennzeichen dürfen nach Ansicht des BGH nicht schematisch angewandt werden, keinesfalls dürfen sie lediglich quantitativ erhoben werden.

Zugleich erlaube ein Fehlen der Realkennzeichen nicht den Schluss auf eine bewusst unwahre Aussage, da dieses Fehlen unter anderem durch Erinnerungslücken oder Angst begründet sein könne.

Neben der Inhaltsanalyse seien im Rahmen der Konstanzanalyse Übereinstimmungen, Widersprüche, Ergänzungen und Auslassungen im Vergleich zu vorherigen, beispielsweise polizeilichen Aussagen zu prüfen. Allerdings stelle nicht jede Abweichung einen Hinweis auf die mangelnde Glaubhaftigkeit der Aussage dar, Inkonanzen könnten auch durch Gedächtnisunsicherheiten zu erklären sein.

Weiter sei zu beachten, dass die Analyse der Realkennzeichen keinen Aufschluss darüber gebe, ob eine Aussage erlebnisbasiert oder durch Suggestion hervorgerufen worden sei. Um suggestive Einflüsse zu eruieren, sei die Fehlerquellenanalyse erforderlich. Dazu sei die Entstehung der Aussage aufzuklären, um mögliche fremdsuggestive Einwirkungen aufzudecken. Durchzuführen sei auch eine Motivationsanalyse, die der Feststellung möglicher Motive für eine Falschbelastung diene. Anhaltspunkte dafür könnten gegebenenfalls der Beziehung zwischen dem*der Zeug*in und der beschuldigten Person entnommen werden, auch sei die Frage von Bedeutung, welche

⁵ BGH, Urt. v. 13.10.2020 – 1 StR 299/20 m. w. N.

⁶ BGH, Urt. v. 17.12.1998 – 1 StR 156/98.

⁷ BGH, Urt. v. 30.07.1999 – 1 StR 618/98.

..... ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Bonn ist ein Anfang – wenn in der Verfassung heute drin steht, Männer und Frauen sind gleichberechtigt, dann ist das ein Satz, von dem ich, ohne pathetisch werden zu wollen, sagen darf, er bedeutet eine Weltenwende.“

Elisabeth Selbert, 1949

.....

Folgen der erhobene Vorwurf für die Beteiligten haben könnte.

Schließlich sei im Rahmen der Kompetenzanalyse zu prüfen, ob die festgestellte Aussagequalität durch Parallelerlebnisse oder reine Erfindung erklärbar sein könnte. Zu diesem Zwecke sei die persönliche Kompetenz der Aussageperson zu untersuchen, namentlich die allgemeine und sprachliche intellektuelle Leistungsfähigkeit sowie deliktsspezifische Kenntnisse – insbesondere bei Sexualdelikten. Auch aussagerelevante persönliche Besonderheiten der Persönlichkeitsentwicklung der Aussageperson, beispielsweise Selbstwertprobleme oder ein gesteigertes Geltungsbedürfnis, seien zu berücksichtigen; bei Sexualdelikten komme auch die Sexualanamnese in Betracht. Diese Besonderheiten seien mit allgemeinen Methoden psychologischer Diagnostik, namentlich Befragungen, Tests und Fragebögen zu ermitteln.

Nach der Grundsatzentscheidung entschied der BGH mehrfach, dass es in Strafverfahren Besonderheiten geben kann, die die Einholung eines aussagepsychologischen Sachverständigengutachtens gebieten, wenn diese Besonderheiten Zweifel daran aufkommen lassen, ob die eigene Sachkunde des Gerichts zur Beurteilung der Glaubwürdigkeit von Zeug*innen und der Glaubhaftigkeit ihrer Angaben ausreicht.

In einer Entscheidung vom 25.04.2006⁸ vertritt der BGH die Auffassung, dass das Vorliegen von Besonderheiten bei der Aussageentstehung die Notwendigkeit eines aussagepsychologischen Sachverständigengutachtens aufgrund mangelnder eigener Sachkunde des Gerichts begründen könne. In dem konkreten Fall hatte sich die Aussageperson in ein psychiatrisches Krankenhaus begeben und gegenüber den behandelnden Ärzt*innen körperliche Übergriffe des späteren Angeklagten stets verneint. Nach Unterredungen mit einem Vertrauten hatte sie auf dessen Rat hin an einer „Familienaufstellung“ teilgenommen, dabei sei ihr erst bewusst geworden, „was überhaupt passiert sei“.

Weiter vertritt der BGH in derselben Entscheidung, dass auch das Vorliegen einer organischen Hirnschädigung bei der Aussageperson eine Besonderheit darstellen könne, die ein aussagepsychologisches Gutachten wegen fehlender eigener Sachkunde des Gerichts erfordern könne.

Andererseits macht der BGH in seiner Entscheidung vom 26.04.2005⁹ nochmals deutlich, dass Berufsrichter*innen grundsätzlich ausreichend Sachkunde für die Anwendung aussagepsychologischer Glaubwürdigkeitskriterien besitzen, um Aussagen auch bei Vorliegen schwieriger Beweislagen selbst zu beurteilen. Nur ausnahmsweise sei dies nicht der Fall, wenn die Erinnerungsfähigkeit der Aussageperson aus besonderen psychodiagnostischen Gründen eingeschränkt sei oder besondere psychische Dispositionen oder Belastungen die Zuverlässigkeit der Aussage in Frage stellen könnten. Für die Feststellung derartiger Umstände und ihrer möglichen Auswirkungen auf den Aussageinhalt sei dann besondere, wissenschaftlich fundierte Sachkunde notwendig.

Diese besondere Sachkunde, die in Form eines aussagepsychologischen Sachverständigengutachtens gewährleistet werden kann, ist nach Ansicht des BGH aber nicht grundsätzlich und ohne weitere Anhaltspunkte erforderlich, wenn Gegenstand der Aussage eine Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung ist oder die Aussageperson zum Tat- oder Aussagezeitpunkt in einem kindlichen oder jugendlichen Alter (gewesen) ist.

Mit Entscheidung vom 28.10.2008¹⁰ hob der BGH allerdings ein Urteil des LG Hannover auf, das einen Beweisantrag der Verteidigung auf Einholung eines aussagepsychologischen Sachverständigengutachtens mit dem Hinweis auf eigene Sachkunde abgelehnt hatte. In dem konkreten Fall argumentierte der BGH, dass die Beurteilung der Auswirkungen langjährigen Drogenmissbrauchs der Aussageperson in Verbindung mit der akuten Intoxikation zur Tatzeit besondere Sachkunde, die über Allgemeinwissen hinausgehe, erfordere. Diese hätte die Kammer jedenfalls begründen müssen.

In derselben Entscheidung vertrat der BGH die Ansicht, dass eine Begutachtung nach Aktenlage gem. § 244 Abs. 3 S. 2 StPO als Beweis geeignet sein könnte, wenn die Aussageperson zu einer (freiwilligen) aussagepsychologischen Begutachtung nicht bereit sei. Es sei nicht ausgeschlossen, dass ein*e Sachverständige*r beispielsweise durch Studium der Akten und die Beobachtung der Aussageperson in der Hauptverhandlung ausreichende Anknüpfungstatsachen ermitteln könne, um auf dieser Grundlage

⁸ BGH, Urt. v. 25.04.2006 – 1 StR 579/05.

⁹ BGH, Urt. v. 26.04.2005 – 2 StR 445/05.

¹⁰ BGH, Urt. v. 28.10.2008 – 3 StR 364/08.

..... ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Erst mit dem Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes, der im tiefsten Sinne revolutionären Charakter hatte, ist den Frauen in der Bundesrepublik Deutschland die Rechtsgleichheit auf allen Gebieten garantiert.“

Elisabeth Selbert, 1978

.....

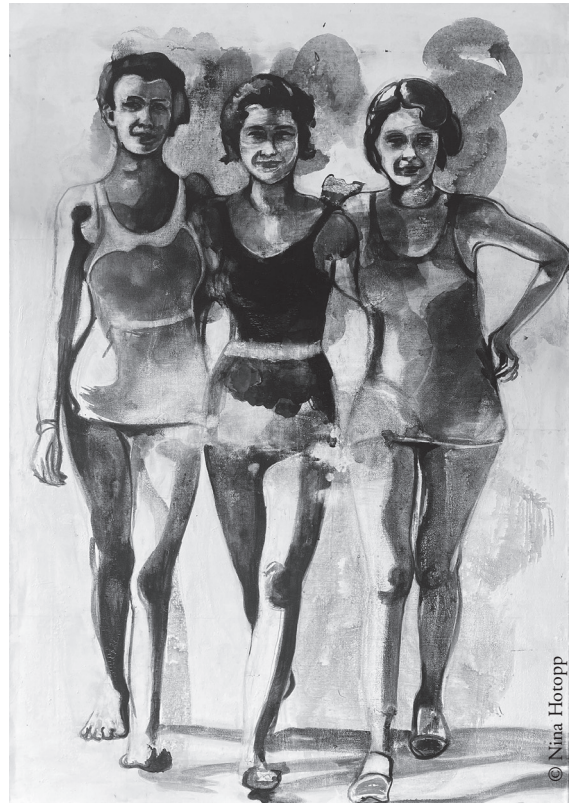
jedenfalls Wahrscheinlichkeitsaussagen zu der Beweisbehauptung machen zu können.

In seiner Entscheidung vom 28.10.2009¹¹ weist der BGH darauf hin, dass die Ablehnung eines Beweisantrags auf Einholung eines psychiatrisch-psychologischen Gutachtens besonderer Begründung bedarf, wenn Verhaltensweisen der Beweisperson – wie im konkreten Fall selbstverletzendes Verhalten – auf eine Persönlichkeitsstörung hindeuten könnten. Die Diagnose einer Persönlichkeitsstörung und deren Auswirkungen auf die Aussagefähigkeit erfordere spezifisches Fachwissen.

2. *Der enorme Einfluss aussagepsychologischer Gutachten in der Praxis*

In der Praxis wird regelmäßig bereits im Ermittlungsverfahren seitens der Staatsanwaltschaft entschieden, ob ein aussagepsychologisches Gutachten eingeholt werden sollte. Eine Vorgabe gibt es diesbezüglich nicht, vielmehr entscheidet der*die jeweilig sachbearbeitende Staatsanwalt*Staatsanwältin nach eigenem Gutdünken. Zum Teil wird sich an der höchststrichterlichen Rechtsprechung orientiert, zum Teil wird pauschal bei jedem* jeder kindlichen Zeug*in ein aussagepsychologisches Gutachten in Auftrag gegeben.

Fakt ist, dass das Gutachtenergebnis einen enormen Einfluss auf das konkrete Strafverfahren hat. Eine Studie¹² aus dem Jahr 1991 hat sich mit dem Einfluss der Ergebnisse aussagepsychologischer Gutachten auf die Entscheidungen von Staatsanwaltschaft und Gericht in Strafverfahren wegen des Verdachts von Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung Minderjähriger befasst. Zu diesem Zweck wurden 360 Verfahrensakten aus dem Landgerichtsbezirk Köln ausgewertet. In 26 von 289 Fällen wurde ein Glaubwürdigkeitsgutachten eingeholt, welches in neun Fällen zu dem Ergebnis kam, dass die Aussage der Beweisperson nicht realitätsfundierte sei, während in 17 Fällen das Ergebnis des Gutachtens die Glaubhaftigkeit der Angaben bestätigte. 16 Gutachten wurden von der Staatsanwaltschaft in Auftrag gegeben, zwei Gutach-



Nina Hotopp, *Bath VII*, Zeichentusche auf Leinwand, 2023

ten im Zwischenverfahren und acht Begutachtungen im Hauptverfahren jeweils von dem zuständigen Gericht. Acht Verfahren, in denen das aussagepsychologische Gutachten zu dem Ergebnis kam, dass die Angaben der Beweisperson Erlebnishintergrund hätten, klagte die Staatsanwaltschaft an; in allen Fällen kam es zur Verurteilung des Angeklagten (es handelte sich ausnahmslos um männliche Angeklagte). Von acht Verfahren, in denen die Staatsanwaltschaft das aussagepsychologische Gutachten in Auftrag gegeben hatte und dessen Ergebnis die Glaubhaftigkeit der Angaben der Beweisperson nicht belegen konnte, wurden sieben Verfahren nach § 170 Abs. 2 StPO mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt, ein Verfahren wurde im Zwischenverfahren nach § 153 StPO eingestellt. In einem Verfahren, in welchem im Zwischenverfahren ein aussagepsychologisches Gutachten eingeholt wurde, das die Glaubhaftigkeit der

¹¹ BGH, Urt. v. 28.10.2009 – 5 StR 419/09.

¹² *Langen*, Der Einfluß der Ergebnisse aussagepsychologischer Gutachten auf die Entscheidungen von Staatsanwaltschaft und Gericht in Strafverfahren wegen des Verdachts von Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung Minderjähriger, 2000, Frankfurt am Main.

..... ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Ich hatte nicht geglaubt, dass 1948/49 noch über die Gleichberechtigung überhaupt diskutiert werden müsste und ganz erheblicher Widerstand zu überwinden war! Aber ich habe es dann doch mit Hilfe der Proteste aller Frauenverbände geschafft. Es war ein harter Kampf.“

Elisabeth Selbert, 1978

.....

Aussage nicht belegen konnte, wurde das Hauptverfahren nicht eröffnet. In neun Verfahren wurde das aussagepsychologische Gutachten nach Abschluss des Ermittlungsverfahrens in Auftrag gegeben; die Gutachten belegten jeweils den Erlebnishintergrund der Aussage. In acht Verfahren kam es zur Verurteilung des Angeklagten, in einem Fall wurde der Angeklagte mangels Schuldfähigkeit freigesprochen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich das Ergebnis des aussagepsychologischen Gutachtens im Ergebnis der Abschlussentscheidung der Staatsanwaltschaft, im Ergebnis der Eröffnungsentscheidung des Gerichts sowie im Ergebnis der Beweiswürdigung durch das Gericht im Hauptverfahren wiederfindet. Das Ergebnis des aussagepsychologischen Gutachtens entscheidet mithin faktisch regelmäßig das Strafverfahren – trotz der gesetzlichen Verpflichtung zur richterlichen Beweiswürdigung.

3. Fazit

Der große Einfluss des Gutachtenergebnisses auf den Ausgang eines Strafverfahrens liegt in der oben erwähnten BGH-Rechtsprechung von 1999 begründet, die die aussagepsychologische Begutachtung zum Mittel der Wahl erklärt hat. Die (zum Teil unkritische) Übernahme der Gutachtenergebnisse zur Begründung der Einstellung, der Nichteröffnung oder des Freispruchs ebenso wie zur Begründung der Verurteilung widerspricht allerdings der in § 261 StPO normierten freien richterlichen Beweiswürdigung. *Fegert et al.* kritisieren die Rechtspraxis der Glaubhaftigkeitsbegutachtung, die „zu einer in die rechtspsychologische Untersuchung verlagerten Beweisregel geworden ist“.¹³ Während strafprozessual im Sinne des § 261 StPO vorgesehen ist, dass der*die Richter*in eine Gesamtschau aller wesentlicher Tatsachen und Beweisergebnisse vorzunehmen hat, legt die Statistik nahe, dass dieser Schritt entfällt, sobald ein aussagepsychologisches Gutachten vorliegt: Dann entscheidet (statistisch) das Gutachten den Prozess, unabhängig davon, in welchem Verfahrensstadium man sich befindet.

Dies ist rechtlich, aber auch faktisch fatal: Auch aussagepsychologische Gutachten können nicht ab-

solut über Wahrheit und Unwahrheit entscheiden. Wenn beispielsweise ein von sexueller Gewalt betroffenes Kind aufgrund der Vielzahl von Täter*innen keine den Anforderungen der Aussagepsychologie entsprechende Aussage machen kann, da eine Differenzierung zwischen den Tathandlungen und Täter*innen für das Kind nicht mehr möglich ist, würde dies zu einem negativen aussagepsychologischen Gutachten führen, sprich das Gutachten könnte die Glaubhaftigkeit der Angaben nicht belegen. Bedeutet dies, dass die Taten nie stattgefunden haben? Keineswegs! In den großen Missbrauchsskandalen der letzten zehn Jahre, beispielsweise dem Missbrauchskomplex Münster oder auch dem Missbrauchskomplex Wermelskirchen, wurden keine aussagepsychologischen Gutachten eingeholt und die Täter*innen wurden verurteilt. Im Münsteraner Komplex wurden die betroffenen Kinder diversen Täter*innen zugänglich gemacht, so dass die Opfer die Täter*innen teilweise nicht wiedererkannten – ein aussagepsychologisches Gutachten wäre folglich negativ ausgefallen. Im Wermelskirchener Komplex wurden diverse Kinder im Schlaf oder in so jungem Alter missbraucht, dass diese keinerlei Erinnerungen an die Taten hatten. Die Urteile basierten auf Videos, Bilddateien und Chatverläufen, so dass die Taten zweifelsfrei nachweisbar waren. Aussagepsychologische Gutachten, die mangels Erinnerung der Opfer denotwendig negativ hätten ausfallen müssen, wurden nicht eingeholt, da sie angesichts des belastenden Beweismaterials nicht notwendig waren. Wären Gutachten eingeholt worden, hätten diese dem eindeutigen Beweisergebnis eklatant widersprochen. Diese Fälle zeigen aber, dass die nunmehr faktisch vorherrschende Beweisregel, nach der das aussagepsychologische Gutachten letztlich das entscheidende Beweisergebnis ist, schlicht falsch ist: Auch das Ergebnis eines aussagepsychologischen Gutachtens muss geprüft und mit den übrigen Beweisergebnissen abgeglichen werden; keinesfalls darf ein Sachverhalt lediglich aufgrund des Gutachtenergebnisses entschieden werden.¹⁴

¹⁴ Ebenso argumentiert auch *Wolf* in FPPK 2020, S. 364 f., der auf die freie Beweiswürdigung des Gerichts i.S.d. § 261 StPO verweist, welches im Gegensatz zu dem*der aussagepsychologischen Sachverständigen eine umfassende Beweiswürdigung vorzunehmen hat, die im Gesamtergebnis dann auch begründet von dem Gutachtenergebnis abweichen kann.

¹³ *Fegert et al.*, a. a. O., Fn. 3, S. 127.

ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Meine verehrten Hörerinnen und Hörer, der gestrige Tag, an dem im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates in Bonn, dank der Initiative der Sozialdemokratinnen die Gleichberechtigung der Frau in die Verfassung aufgenommen worden ist, dieser Tag war ein geschichtlicher Tag – eine Wende.“

Elisabeth Selbert, Rundfunkansprache, 1949

II. Opferentschädigungsrecht – Begutachtung unter falschem Vorzeichen

Im Opferentschädigungsrecht – früher geregelt im Opferentschädigungsgesetz, seit dem 01.01.2024 im neuen Sozialgesetzbuch XIV – gilt der reduzierte Beweismaßstab der Glaubhaftigkeit gem. § 117 SGB XIV, sofern keine Beweismittel mehr vorhanden sind.

Glaubhaftmachung bedeutet die Darlegung einer überwiegenden Wahrscheinlichkeit, also der guten Möglichkeit, dass der Vorgang sich so zugetragen hat. Gewisse Zweifel können bestehen bleiben. Dieser Beweismaßstab ist durch seine Relativität gekennzeichnet.¹⁵ Dies ist ein wesentlicher Unterschied zum Beweismaßstab im Strafrecht (in dubio pro reo).

Dennoch werden oftmals in gleicher Weise wie in Strafverfahren Glaubhaftigkeitgutachten beigezogen und wenig kritisch hinterfragt. Häufig wird mit einem pauschalen Verweis auf ein negatives Ergebnis der Glaubhaftigkeitsbegutachtung Opferentschädigung abgelehnt. Andere Indizien wie z. B. ärztliche Atteste, Angaben von Ärzten, Familie oder Freunden zur Glaubwürdigkeit der betroffenen Person oder die generelle Tatsache, dass die Zahlen bei sexuellem und Kindesmissbrauch gerade im Dunkelfeld erwiesenermaßen extrem hoch sind, während nach den wenigen vorhandenen Studien erfundene oder induzierte Erinnerungen weniger oft vorkommen als solche mit wahren Erlebnishintergrund, werden ignoriert.

Die Ablehnungsquoten der OEG-Anträge liegen zwischen 40 und 50 %. Kaum mehr als ein Viertel der Anträge wird genehmigt. Der Rest der Anträge wird aus sonstigen Gründen erledigt, z. B. durch Tod der Antragstellenden (die Verfahren dauern manchmal über 10 Jahre) oder Rücknahme des Antrags.¹⁶

Durch die Anwendung von Glaubhaftigkeitsbegutachtungen auf Grundlage der Nullhypothese wird entgegen der Rechtslage der Zweifelsgrundsatz auch ins Sozialrecht eingeführt, der dort systemfremd ist.

Dabei änderte sich die Rechtsprechung des BSG von der Ansicht, der*die Sachverständige müsse auf den niedrigeren Beweismaßstab hingewiesen wer-

den,¹⁷ zu der Ansicht, dies sei nicht erforderlich, weil die Beurteilung, ob gemachte Angaben auf einem realen Erlebnisgehalt basieren, zu den ureigenen Aufgaben eines Tatrichters zählen.¹⁸ Nach der Rechtsprechung des BSG¹⁹ sei eine Glaubhaftigkeitsbegutachtung gar nicht in der Lage, Wahrscheinlichkeiten abzuschätzen und Angaben über die Faktizität eines Sachverhalts zu machen. Aussagepsychologische Gutachten seien „von ihrer Logik her nicht darauf ausgerichtet, die differentielle Wahrscheinlichkeit von alternativen Hypothesen zu prüfen“. Es stellt sich die Frage, wer dann dazu in der Lage sein soll, wenn nicht der*die Gutachter*in (– die Verwaltungskraft?).²⁰

Der vom BSG genannte Hauptanwendungsfall, dass die betreffenden Angaben das einzige das fragliche Geschehen belegende Beweismittel sind und Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie durch eine psychische Erkrankung der Auskunftsperson und deren Behandlung beeinflusst sein können,²¹ erfüllt häufig von vornherein nicht die Voraussetzungen für die Einholung eines aussagepsychologischen Gutachtens.²² Dennoch beauftragte Gutachter*innen können in diesen Fällen lediglich mitteilen, dass bei der vorliegenden Konstellation eine Glaubhaftigkeitsbegutachtung generell nicht zur Aufklärung des Sachverhalts beitragen kann. Eine Begutachtung ist dann aber von Anfang an nicht angezeigt.

Dasselbe gilt, wenn eine Rekonstruktion der Aussageentstehung und Aussageentwicklung mangels Masse an verwertbaren vorangegangenen Aussagen an Grenzen stößt.²³ Dennoch werden diese Gutachten immer wieder in Auftrag gegeben und unter dem Hinweis, dass sie den Sachverhalt nicht bestätigen können,

17 BSG, Urt. v. 17.04.2013 – B 9 V 1/12: Dem Sachverständigen solle aufgegeben werden, „solange systematisch und unvoreingenommen nach Fakten zu den verschiedenen Hypothesen zu suchen, bis sich ein möglichst klarer Unterschied in ihrer Geltungswahrscheinlichkeit bzw. praktischen Gewissheit ergibt (...) Denn dem Tatsachengericht ist am ehesten gedient, wenn der psychologische Sachverständige im Rahmen des Möglichen die Wahrscheinlichkeiten bzw. Wahrscheinlichkeitsgrade für die unterschiedlichen Hypothesen darstellt“.

18 BSG, Urt. v. 15.12.2016 – B 9 V 3/15 R.

19 BSG, Urt. v. 15.12.2016 – B 9 V 3/15 R, Rn. 43 ff.

20 Fegert et al., a. a. O., Fn. 3, S. 52.

21 BSG, Urt. v. 17.4.13 – B 9 V 1/12 R.

22 Köhnken in: Deckers/Ders., Die Erhebung und Bewertung von Zeugenaussagen im Strafprozess, Berliner Wissenschafts-Verlag, 2024, S. 48; BayLSG, Urt. v. 26.1.16, L 15 VG 30/09; Högenauer, MedSach 2006, 67, 69.

23 BayLSG, Urt. v. 26.01.2016 – L 15 VG 30/09.

15 BSG, Beschl. v. 08.08.2001 – B 9 V 23/0.

16 Weisser Ring: OEGreport: Wie der Staat Gewaltopfer im Stich lässt, <https://forum-opferhilfe.de/oegreport-tatort-amtsstube/>, (letzter Zugriff bei allen Links: 18.8.2024).

ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Als ich 1943 die parlamentarische Arbeit wieder begann, war Gefahr im Verzuge, dass der Artikel ... des Grundgesetzes, der die volle Gleichberechtigung der Frauen vorsah, nicht eingehalten wurde. Wir arbeiteten mit allem Nachdruck darauf hin, dass die ... vorgesehene Zusage erfüllt wurde.“

Marie-Elisabeth Lüders, Fürchte Dich nicht. Persönliches und Politisches aus mehr als 80 Jahren, 1963



Nina Hotopp, *Shift II*, Acryl und Öl auf Leinwand, 2019

wird dann der Antrag auf Opferentschädigung abgelehnt. Das verursacht zum einen unnötige Kosten – und errichtet außerdem unüberwindbare Hürden für die Betroffenen.

III. Psychologie – Zweifel an der Praxis der psychologischen Begutachtung im Rahmen von Strafverfahren

1. Methodologische Kritik

Die Etablierung der „merkmalsorientierten Inhaltsanalyse“ als Standardmethode der psychologischen Begutachtung von Aussagen potenzieller Opferzeug*innen bei sexualisierter Gewalt durch den BGH-Beschluss von 1999 wird als Errungenschaft im Sinne der Qualitätssicherung propagiert. Im Kontrast

zur bis dahin dominanten individuellen Beurteilungspraxis der aussagepsychologischen Sachverständigen stellt sie ein scheinbar objektiveres Instrument zur Unterscheidung zwischen wahren und falschen Angaben zur Verfügung. Dass im BGH-Urteil 1999 eine konkrete Methode als „wissenschaftlicher Standard“ festgelegt wurde, ist außergewöhnlich – insbesondere, da es sich hier nicht um ein standardisiertes, empirisch validiertes und wissenschaftlich etabliertes Verfahren handelt.²⁴ Die merkmalsorientierte Inhaltsanalyse proklamiert, bestimmen zu können, ob eine Zeug*innenaussage erlebnisbasiert ist oder nicht. Dabei wird eine Freitexterzählung auf sog. „Realkennzeichen“ (u. a. logische Konsistenz, Detailreichtum, Schilderung ausgefallener Einzelheiten, Entlastung des*der Beschuldigten) hin untersucht, die in ausreichender Summe einen positiven Gegenbeweis gegen die hypothetische Vorannahme liefern sollen, das Berichtete sei frei erfunden.²⁵ Der hierfür verwendete Begriff „Nullhypothese“ erzeugt dabei den falschen Anschein, ein inferenzstatistisches Testverfahren zu sein. Dieses würde erlauben, einem konkreten Testergebnis eine bestimmte Wahrscheinlichkeit für dessen faktisches Zutreffen zuzuweisen.

Tatsächlich ist die merkmalsorientierte Inhaltsanalyse jedoch kein solch deduktives Prüfinstrument, sondern eine induktive Methode, die weder in ihrer Zuverlässigkeit bzw. Irrtumswahrscheinlichkeit (Teststärke, α -Fehler & β -Fehler) noch in ihren Gütekriterien (Validität, Reliabilität, Objektivität) standardisiert ist und somit auch nicht mit alternativen Methoden vergleichbar ist.²⁶ Gütekriterien gelten zudem nicht uneingeschränkt, sondern nur für eine spezifizierte repräsentative Grundpopulation. Die aussagepsychologische Forschung stützt sich mehrheitlich gerade nicht auf Stichproben von klinischen Proband*innen mit posttraumatischen Belastungssymptomen nach zwischenmenschlichem Gewalterleben, sondern auf Untersuchungen an Psychologiestudierenden bzw. Versuchspersonen, die mutmaßlich eine andere kog-

²⁴ Meißner, Der Konflikt der Aussagepsychologie mit dem Stand der Wissenschaft, *Kindesmisshandlung und -vernachlässigung*, 16 (2), 2013, S. 146-167. DOI:10.13109/kind.2013.16.2.146

²⁵ Volbert/Dahle, Forensisch-psychologische Diagnostik, 2010, S. 33 ff.

²⁶ Fegert et al., a. a. O., Fn. 3, S. 7.

..... ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Art. 3 Abs. 2 GG ist eine echte Rechtsnorm. Die Ansicht, es handle sich um einen nicht justiziablen Programmsatz, beruht ... darauf, dass die Bedeutung der Bestimmung ... verkannt wird. ... Es ist mithin ... festzustellen, [dass] das dem Art. 3 Abs. 2 GG entgegenstehende bürgerliche Recht auf dem Gebiet von Ehe und Familie mit Ablauf des 31. März 1953 außer Kraft [ge]setzt [ist].“

BVerfG, Urteil vom 18. Dezember 1953 – 1 BvL 106/53 – „Gleichberechtigung“

.....

nitive, emotionale und motivationale Ausgangslage aufweisen.²⁷ Ohne repräsentative Stichprobenbasis lässt sich mittels der merkmalsorientierten Inhaltsanalyse jedenfalls keine belastbare Wahrscheinlichkeitsaussage im wissenschaftlichen Sinne treffen.²⁸

Zudem können statistische Prüfverfahren Resultate immer nur mit relativer Sicherheit angeben, da es stets zu falsch-positiven bzw. falsch-negativen Ergebnissen kommen kann. Eine Übersetzung von derlei generierten Testergebnissen in dichotome Kategorien („wahr“/„unwahr“) aus dem Strafrecht, das aufgrund des in-dubio-pro-reo-Grundsatzes einen Drop-Out bereits beim geringsten Restzweifel vorsieht, steht somit im Widerspruch zur inferenzstatistischen Hypothesenprüfung, bei der immer ein Restrisiko für Irrtümer bleibt.²⁹

2. Psychotherapie und Suggestion

Selbst wenn eine Aussage per merkmalsorientierter Inhaltsanalyse als erlebnisbasiert beurteilt wird, kann die Glaubhaftigkeitsbegutachtung in weiterer Folge an der Prüfung der Suggestionshypothese scheitern, die anhand der Rekonstruktion der Aussageentstehung sowie biographischer Informationen durchgeführt wird. Suggestion meint den Prozess der Entstehung sog. „Pseudo – Erinnerungen“, die durch externe Einflüsse generiert und dann so in die eigene Erinnerung integriert werden, als seien sie wahrhaftig geschehen.³⁰ Der Unterschied zur intentionalen Falschangabe besteht darin, dass die Person, der etwas suggeriert wurde, selbst daran glaubt. Daher unterscheidet sich eine suggerierte Aussage von erlebnisbasierten Aussagen nicht in ihrer Aussagequalität, sondern nur in ihrer Entstehungsgeschichte,³¹ was zur Folge hat, dass de facto die scheinbar objektive, situative Beurteilung einer konkreten Aussage schließlich

doch zu einer globalen Persönlichkeitsbeurteilung mutiert. Bestimmten Gruppen wird per se eine erhöhte *Suggestibilität* (= Empfänglichkeit für suggestive Einflüsse) zugeschrieben, darunter Kindern, Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen oder Personen mit bestimmten psychischen Störungen wie die emotional-instabile Persönlichkeitsstörung, dissoziative Identitätsstörung etc., welche überproportional häufig an Frauen diagnostiziert werden und oftmals in ursächlichem Zusammenhang mit biographisch frühen Gewalterfahrungen stehen.³²

Als *suggestionsfördernde Bedingungen* gelten u. a. geschlossene Fragestellungen, imaginative Techniken, spezifische Erwartungshaltungen der befragenden Person oder eine emotionale Mangelsituation auf Seiten der*des Zeug*in.³³ Besonderes Augenmerk liegt auf dem suggestiven Potenzial, das Psychotherapien zugeschrieben wird, wenn die Gewalterfahrungen im Rahmen der Behandlung thematisiert wurden – insbesondere dann, wenn Erinnerungen an lange zurückliegende Ereignisse hier (wieder) auftauchen bzw. rekonstruiert werden.

In der Gedächtnisforschung gibt es eine anhaltende Kontroverse um die Frage, ob sich Patient*innen tatsächlich nicht an gravierende Ereignisse erinnern können und welche Auswirkungen die psychischen Copingmechanismen Dissoziation und Verdrängung haben. Eine klare Evidenz für den stets unbedingten Zugriff auf kritische Lebensereignisse, wie z. B. Volbert ihn postuliert,³⁴ gibt es nicht. Besonders traumatherapeutische Methoden, wie z. B. Imagery Rescripting (ImRs), die mittels bildlicher Vorstellungstechniken arbeiten, geraten wiederholt unter Generalverdacht der Suggestion, obwohl empirische Studien darauf hinweisen, dass diese keine negative Auswirkung auf die deklarative, freiwillige Gedächtnisleistung haben.³⁵

27 Fegert et al., a. a. O., Fn. 3, S. 15.

28 Fegert et al., a. a. O., Fn. 3, S. 99 f.; Roth/Kern, Antifeminismus vor Gericht – Über die Macht psychologischer Sachverständiger in Sexualstraftaten, In: Mader et al. (Hg): Gegendiagnose II, Münster, 2019, S. 121-140.

29 Fegert et al., a. a. O., Fn. 3, S. 13.

30 Volbert/Dable, a. a. O., Fn. 25, S. 31.

31 Volbert/Dable, a. a. O., Fn. 25, S. 58 ff.

32 Fegert et al., a. a. O., Fn. 3, S. 31.

33 Volbert/Dable, a. a. O., Fn. 25, S. 57.

34 Volbert, Aussagen über traumatische Erlebnisse: Spezielle Erinnerung? Spezielle Begutachtung? Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie, 2011, S. 18–31.

35 Ganslmeier et al., The dilemma of trauma-focused therapy: Effects of imagery rescripting on voluntary memory, Psychological Research, 87(5), 2023, 1616–1631.

.....
ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„[E]ine Meinungsverschiedenheit der Eltern [kann] nur durch den Entscheid eines Elternteils gelöst werden ... Diese Aufgabe kann nach natürlichen und christlichen Ordnungsbegriffen nur dem Vater zufallen. Deshalb bestimmt der Entwurf in § 1628 Abs. 1, dass, wenn die Eltern sich nicht einigen können, der Vater entscheidet. Diese Regelung entspricht auch den Grundsätzen des Art. 3 Abs. 2 und des Art. 6 GG, indem sie dem Vater nur insoweit ein Übergewicht verleiht, als dies zum Schutze der Familie erforderlich ist.“

BT-Drs. 224, Entwurf eines Gesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts, 1957

.....

Fegert et al. verweisen auf die Relevanz einer klinisch-psychologischen Perspektive auf das Thema Erinnerung. Sie fordern demnach eine Differenzierung zwischen der tatsächlichen Unfähigkeit sich zu erinnern und dem Vermeiden von Gedanken an ein zurückliegendes, schmerzhaftes Ereignis:

*„Von den Konstrukten der Verdrängung und Dissoziation muss klar das Symptom der Vermeidung unterschieden werden. Dabei ist die Erinnerung an das traumatische Ereignis vorhanden, kann jedoch aufgrund von damit einhergehender Belastung nur schwer verbalisiert werden und Betroffene sind daher in ständiger Vermeidung von Triggern oder über das Ereignis zu sprechen, sodass sie daher nur schwer in der Lage sind, einen Freitext zu generieren. [...] Aus der Perspektive der Psychotraumatologie ist vielmehr zu diskutieren, inwiefern eine evidenzbasierte Traumatherapie Betroffene erst in die Lage versetzt, aufgrund von bestehender emotionaler Überflutung bei Abruf und starker Vermeidung einen Freitext zu generieren bzw. eine in Bezug auf die Realkennzeichen ausreichende Qualität der Aussage zu erreichen.“*³⁶

Besonders für Personen mit eingeschränkter kognitiver Fähigkeit und einem hohen emotionalen Belastungsgrad durch langanhaltende, sozial verwobene Typ-II-Traumata (wie z. B. sexueller Missbrauch in der Familie), aus denen nicht selten schwere psychische Störungen (wie z. B. eine emotional-instabile Persönlichkeitsstörung) resultieren, ist die Hürde zur Produktion einer konsistenten, detailreichen Freitexterzählung, die der aussagepsychologischen Begutachtung standhält, erheblich höher. Zudem wird diesen Personengruppen bei der Prüfung der Suggestionshypothese a priori und qua des Merkmals „psychische Störung“/„kognitive Beeinträchtigung“ eine erhöhte Empfänglichkeit für suggestive Einflüsse zugeschrieben.³⁷

Im Spannungsfeld zwischen notwendiger psychotherapeutischer Frühintervention und der Gefahr, hierdurch die Aussage im Strafverfahren unbrauchbar zu machen, bekommen Betroffene von sexualisierter Gewalt von Unterstützungssystemen (Beratungsstellen, Psychotherapeut*innen etc.) zunehmend den

Hinweis, die Traumatherapie bis zum Abschluss des Strafverfahrens aufzuschieben, um den Beweiswert zu erhalten. Dies kann schwerwiegende gesundheitliche Langzeitfolgen haben, da rasche Interventionen in Form des Sprechens über das Erlebnis mit Professionist*innen bzw. im sozialen Umfeld laut AWMF-Leitlinien die emotionale Integration fördern und somit der Chronifizierung einer PTBS vorbeugen können.³⁸

Das postuliert auch der BGH, ohne aber die Konsequenzen, die sich aus seinen eigenen Anforderungen hinsichtlich der Beweiswürdigung ergeben, zu problematisieren:

*„Auch darf und muss, soweit medizinisch-psychologisch indiziert, ohne Rücksicht auf die in einem Strafverfahren anstehenden Vernehmungen mit einer Therapie begonnen oder eine bereits begonnene Therapie weiter durchgeführt werden. [...] Es ist lediglich erforderlich, dass das Tatgericht die Tatsache der Therapie in seinem Urteil erwähnt und sich bei der Beweiswürdigung auch mit dieser Tatsache auseinandersetzt.“*³⁹

Empirisch gestützte Studien zu traumafokussierten Psychotherapien zeigen, „dass Betroffene unter Verwendung von Frühinterventionen (z. B. Stabilisierung in Traumaambulanzen) sowie evidenzbasierten und leitliniengerecht durchgeführten traumafokussierten Psychotherapien (z. B. TF-KVT) keine Scheinerinnerungen entwickeln, wenn diese mit kontinuierlichen Erinnerungen an ein traumatisches Ereignis Hilfe suchen, da es sich im Rahmen der evidenzbasierten traumafokussierten Interventionen nicht um aufdeckende oder suggestive Therapietechniken handelt.“⁴⁰

Beachtlich ist außerdem, dass „die allermeisten Aussagepsycholog:innen keine klinisch psychotherapeutische Ausbildung haben und deshalb zwar zum Teil große Erfahrung im Umgang mit dem Textmaterial von Aussagen im strafrechtlichen Kontext und in der Gesprächsführung mit Betroffenen unterschiedlicher Altersgruppen haben, aber eben keine Expertise in Bezug auf psychische Störungen, die z. B. als Folge von Traumatisierung auftreten können.“⁴¹

³⁶ Fegert et al., a. a. O., Fn. 3, S. 7 f.

³⁷ Fegert et al., a. a. O., Fn. 3, S. 67 f.

³⁸ https://register.awmf.org/assets/guidelines/051-0271_S2k_Diagnostik_Behandlung_akute_Folgen_psychischer_Traumatisierung_2019-10.pdf.

³⁹ BGH, Beschl. v. 25.11.1998 – 2 StR 496/98.

⁴⁰ Fegert et al., a. a. O., Fn. 3, S. 59.

⁴¹ Fegert et al., a. a. O., Fn. 3, S. 107.

ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Meine verehrten Kollegen, wenn hier ein reines Übergewicht des Mannes wie bisher bestehen bleibt, so kann gar kein Zweifel daran sein, dass in zahllosen Fällen die Autorität der Mutter einen erheblichen Schaden leiden muss in den Augen der Kinder.

Wollen wir das? Ich glaube, das wollen wir nicht.“

Marie-Elisabeth Lüders, Rede im Deutschen Bundestag, 3. Mai 1957

3. Diskriminierung vulnerabler Gruppen

Die aktuelle praktische Anwendung der Vorgaben des BGH führt dazu, dass die Anwendung der merkmalsorientierten Inhaltsanalyse zuverlässiger ist, wenn die betroffenen Personen mindestens über ein durchschnittliches Funktions- und Intelligenzniveau verfügen. Je unsicherer, belasteter, traumatisierter oder anderweitig eingeschränkter eine Person ist, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass die Aussage als glaubhaft befunden wird.⁴²

Die Unwahrannahme hinsichtlich belastender Aussagen ist laut Fegert et al. 2024 nicht in Einklang zu bringen mit dem grundrechtlichen Anspruch auf effektive Strafverfolgung, aus dem sich ein Grundrecht auf opfergerechte Gestaltung des Strafverfahrens ableiten lässt (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 20 Abs. 3 GG).⁴³ Eine aussagepsychologische Begutachtung kann eine Verletzung der körperlichen Unversehrtheit bedeuten, wenn sie z. B. zu Unruhezuständen, Schlaf- und Angststörungen, Suizidalität oder selbstverletzendem Verhalten führt.⁴⁴ Die aktuelle Praxis der aussagepsychologischen Begutachtung verletzt laut Fegert et al. außerdem potentiell Art. 19 UN-KRK, wonach geeignete Maßnahmen zu treffen seien, um Kinder vor körperlicher oder geistiger Gewaltanwendung sowie sexuellem Missbrauch zu schützen.⁴⁵ Offensichtlich ist auch die Verletzung der Istanbul-Konvention, wenn die Rechte und der Schutz Gewaltbetroffener nicht effektiv durchgesetzt werden.⁴⁶ Menschen mit Behinderung sind in Hinblick auf sexuelle Übergriffe nicht nur besonders vulnerabel, sondern auch überproportional häufig Opfer sexuellen Missbrauchs. Art. 13 UN-BRK soll allen Menschen mit Behinderung einen wirksamen Zugang zur Justiz gewährleisten, was in der Praxis oftmals nicht gegeben ist.⁴⁷ Die Verfassungsbeschwerde einer Frau mit kognitiven Beeinträchtigungen war unlängst erfolgreich, nachdem die Berliner Staatsanwaltschaft die Ermittlungen wegen sexueller Belästigung gegen ihren Vorgesetzten einge-



Nina Hotopp, Head XX, Zeichentusche auf Leinwand, 2024

stellt hatte. Der Berliner Verfassungsgerichtshof hob die Entscheidung des Kammergerichts Berlin wegen Verfassungsverstößen auf. Das Kammergericht muss jetzt neu entscheiden und prüfen, ob die Einstellung der Ermittlungen in diesem Fall rechtmäßig war.⁴⁸

IV. Fazit

1. Antifeministische Angriffe auf Betroffene und kritische Stimmen

Dass sich die wissenschaftliche (Teil-)Disziplin der Aussagepsychologie mit ihrer Methode der merkmalsorientierten Inhaltsanalyse insbesondere im deutschsprachigen Raum so gut etablieren konnte, liegt neben dem konsolidierenden BGH-Urteil von 1999 einerseits daran, dass sie ihre Legitimierung auf den altbekannten Mythos des „aus Rache lügenden Vergewaltigungsopfers“ stützt und diesen mit populärwissenschaftlichen Publikationen zum

⁴² Fegert et al., a. a. O., Fn. 3, S. 67 ff., 81.

⁴³ Fegert et al., a. a. O., Fn. 3, S. 89.

⁴⁴ Fegert et al., a. a. O., Fn. 3, S. 89 f.

⁴⁵ Fegert et al., a. a. O., Fn. 3, S. 91.

⁴⁶ Fegert et al., a. a. O., Fn. 3, S. 92 f.

⁴⁷ Fegert et al., a. a. O., Fn. 3, S. 94 ff.

⁴⁸ Beschluss des Berliner VerfGH vom 19.06.2024 – 80/22, siehe unten S. 163 ff., dazu auch: www.bodys-wissen.de (news Juni 2024).

..... ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Mit dem Grundgesetz in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist in Deutschland die Diskriminierung der Frau im Recht nahezu völlig beseitigt. Eine tatsächliche Gleichbewertung von Mann und Frau ist jedoch mit dieser Gleichheit im Recht noch nicht einhergegangen. Ihre letzte Ursache hat die[s] offensichtlich – und groteskerweise – in der Mutterschaft, die wesentliche Kräfte der Frau bindet ... und die Frau in wirtschaftliche Abhängigkeit vom Mann bringt.“

Erna Scheffler

.....

Thema „False Memory“ untermauert. Andererseits verfügen ihre Vertreter*innen über ein solides Beziehungsnetz zu Politik und Staatsorganen.⁴⁹ Die False-Memory-Foundation wurde 1992 als Reaktion auf Missbrauchsvorwürfe der US-amerikanischen Psychologie-Professorin Jennifer Freyd gegenüber ihren Eltern gegründet und hat die Interessenvertretung (vermeintlich) Falschbeschuldigter zum Ziel.⁵⁰ Im Umfeld des deutschsprachigen Ablegers finden sich neben dem Aussagepsychologen Max Steller auch der Strafverteidiger Johann Schwenn oder der ehemalige Leiter des Versorgungsamts Hannover, Jürgen Voß, die intensive Lobbyarbeit betreiben und den öffentlichen Diskurs zum Thema beeinflussen.

So bezeichnete Johann Schwenn *Zartbitter* oder *Wildwasser* als „zweilichtige“ und „vulgärfeministisch geprägte Vereine“, während der Aussagepsychologe Prof. Max Steller im Rahmen der Wormser Missbrauchsprozesse unterstellte, dort sei nicht Missbrauch, sondern „feministischer Aufdeckungseifer“ am Werk gewesen.⁵¹

Bei den sogenannten *Wormser Prozessen* handelt es sich um drei von 1994 bis 1997 andauernde Strafverfahren vor dem LG Mainz, in denen 25 Personen aus dem Raum Worms wegen mehrfachen Kindesmissbrauchs (Pornoring) angeklagt wurden und die in einem Freispruch aller Beschuldigten mündeten. Die Aussagen der Betroffenen wurden als Erinnerungsverfälschung und Konfabulation beurteilt, die durch fehlerhafte Befragungsmethoden entstanden sein sollen. Zwar wurden medizinisch seitens eines Kinderarztes Auffälligkeiten und Verletzungen festgestellt, die zu den Aussagen der betroffenen Kinder passten; die Aussagen der Kinder widersprachen sich jedoch im Verlauf des Verfahrens. Letztlich wurden die Aussagen der Kinder gänzlich auf Suggestion durch unsachgemäße Befragung zurückgeführt.

Die Befragung Betroffener außerhalb des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens birgt in der Praxis stets die Gefahr, dass suggestiv befragt wird, da die befragende Person regelmäßig eine bestimmte Vorstellung von den erwarteten Antworten hat. Ohne entsprechende (kriminalpolizeiliche) Ausbildung kann eine Befragung fehlerhaft verlaufen, was letztlich ein mögliches Strafverfahren gefährdet. Dass dies ein *feministisches*

Phänomen ist, ist dagegen aus der Luft gegriffen: In der Rechtspraxis werden Erstaussageempfänger*innen gleich ihres Geschlechts als Zeug*innen vernommen. Zwar ist es nicht unwahrscheinlich, dass es sich dabei häufig um Frauen handelt, da statistisch mehr Frauen Opfer von Sexualstraftaten werden⁵² und diese sich regelmäßig zunächst einer weiblichen Person anvertrauen. Dass aber Frauen aus feministischen Motiven Betroffene häufiger suggestiv befragen, entbehrt jeder empirischen Grundlage und deutet auf eine problematische (weil nicht mehr sachverständig neutrale) antifeministische Gesinnung hin.

Mittlerweile zum dogmatischen Deutungskrieg ist der Konflikt zwischen der Aussagepsychologie und der Psychotraumatologie auch innerhalb der psychologischen Fachverbände geworden. *Steller* unterstellt Psychotraumatolog*innen missionarischen Eifer, die Psychotraumatologie sei zu einer Art Ideologie geworden.⁵³ Damit degradiert er eine empirische Wissenschaft, die maßgeblich an Holocaust-Überlebenden erforscht wurde,⁵⁴ zu einer Weltanschauung.

Wenn *Steller* zudem von „*vermeintliche[r] Kritik an Glaubhaftigkeitsbegutachtungen mit opferzentriertem Pathos*“⁵⁵ spricht und *Niehaus/Krause* eine Diskreditierung der Vertreter*innen der Aussagepsychologie⁵⁶ wittern, muss man die Frage stellen, weshalb sich die Aussagepsychologie, die wie dargelegt Strafverfahren *entscheidet*, an dieser Stelle in die Opferrolle begibt.

2. Zusammenfassung und politische Forderungen

Strafrechtlich zeigt sich, dass im Ermittlungsverfahren die Entscheidung über das Vorliegen des hinreichenden Tatverdachts sowie im Hauptverfahren die Beweiswürdigung als ureigene Aufgabe des erkennenden Gerichts auf Sachverständige verlagert wird: *Langen*⁵⁷ hat in ihrer Erhebung, welche vor dem Grundsatz-

49 *Louis*, Die Hatz gegen Traumatologen, *Emma* vom 25.10.2017.

50 *Roth/Kern*, a. a. O., Fn. 28, S. 121-140.

51 *Louis*, a. a. O., Fn. 49.

52 <https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2023/PKSTabellen/BundOpfertabellen/bundopfertabellen.html?nn=226082>; aus der Tabelle T91-Bund-Opfer ergeben sich für das Jahr 2023 38.736 Betroffene von Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, davon sind 3.141 Männer und 35.595 Frauen betroffen.

53 *Steller*, Nichts als die Wahrheit?, 2015, München, S. 193.

54 *Kellerman*, Holocaust Trauma, Psychological Effects and Treatment, 2009, New York, S. 24- 41, 58-64.

55 *Steller*, Stand und Herausforderungen der Aussagepsychologie, FPPK 2020, S. 188-196.

56 *Niehaus/Krause*, Wissenschaftsorientierung in Sexualstraftatverfahren in Gefahr: Fortschritte und Opferinteressen stehen auf dem Spiel, Praxis der Rechtspsychologie, 2023, S. 1-28.

57 *Langen*, a. a. O., Fn. 12.

ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„§ 1628 und § 1629 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Fassung des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 sind nichtig.“

BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 29. Juli 1959 – 1 BvR 205/58 u. a. – „Stichentscheid“

urteil des BGH von 1999 erfolgte, bereits dargelegt, dass das Ergebnis des Strafverfahrens praktisch nicht von dem Ergebnis des aussagepsychologischen Gutachtens abweicht. Eine solche Auslagerung der Verantwortung widerspricht dem deutschen Strafprozessrecht – insbesondere der Vorschrift des § 261 StPO – eklatant und sollte daher kritisch überprüft und im Auge behalten werden.

Im Sozialrecht stellt die aussagepsychologische Begutachtung häufig bereits nicht das richtige Mittel der Wahl dar. In opferentschädigungsrechtlichen Verfahren sind nicht selten erheblich traumatisierte Personen betroffen; stark traumatisierte Personen sind aber häufig nicht in der Lage, eine Aussage zu tätigen, die ausreichend Aussagematerial für die aussagepsychologische Untersuchung bietet.⁵⁸ Zugleich ist das BSG der Ansicht, Hauptwendungsfall der aussagepsychologischen Begutachtung sei die Konstellation, dass die betreffenden Angaben das einzige Beweismittel sind und Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie durch eine psychische Erkrankung der Aussageperson und deren Behandlung beeinflusst sein können.⁵⁹ In diesem Fall kann die betroffene Person das Verfahren praktisch nicht für sich entscheiden, es wird ein rechtsfreier Raum generiert.

Die „merkmalsorientierte Inhaltsanalyse“ wird seit dem BGH-Urteil 1999 als Standardmethode zur Beurteilung der Glaubhaftigkeit von Aussagen in Fällen sexualisierter Gewalt angesehen, obwohl sie wissenschaftlich nicht ausreichend validiert ist und methodische Mängel aufweist, wie etwa fehlende Standardisierung und mangelnde Repräsentativität. Zudem zeigt sich, dass psychotherapeutische Interventionen, die im Zusammenhang mit traumatischen Erlebnissen durchgeführt werden, dem Generalverdacht unterliegen, Scheinerinnerungen zu fördern und damit potenziell den Beweiswert einer Zeug*innenaussage zu gefährden. Das Dilemma zwischen notwendiger Traumatherapie und den rechtlichen Anforderungen an die Aussage führt in der Praxis nicht selten zu unterlassener Hilfeleistung, wenn Gewaltopfern zum Aufschub der notwendigen psychotherapeutischen

Intervention bis zum Abschluss des Strafverfahrens geraten wird und damit das Risiko in Kauf genommen werden muss, dass sich posttraumatische Belastungssymptome chronifizieren.

Die Anwendung der merkmalsorientierten Inhaltsanalyse ohne klinisches Fachwissen der Gutachter*innen benachteiligt besonders vulnerable Gruppen, da schwer belastete oder kognitiv eingeschränkte Personen geringere Chancen haben, als glaubwürdig eingestuft zu werden. Diese Praxis widerspricht dem grundrechtlichen Anspruch auf effektive Strafverfolgung und dem Schutz vor Gewalt gemäß UN-Konventionen, da sie den Zugang zur Justiz und den Schutz von Gewaltbetroffenen, insbesondere von Menschen mit Behinderungen, nicht ausreichend gewährleistet.

Politische Forderungen sind:

Verpflichtende Schulungen von Richter*innen zu klinischem Basiswissen sowie Gewalt- und Traumafolgen sind im Rahmen von Fortbildungen zu prozessualen Rechten und Pflichten bei der Beweismittelwürdigung einzuführen. Es ist nötig, dass Richter*innen mit der Materie im Ansatz vertraut sind, damit sie Gutachten richtig einordnen können und nicht ohne Weiteres dem Ergebnis von Gutachten folgen und somit die Entscheidung auf die Sachverständigen verlagern.

Aussagepsychologische Sachverständige sollten über eine fundierte klinische Grundausbildung und eine traumatherapeutische Zusatzqualifikation verfügen müssen, wenn sie mit der Begutachtung von Gewaltopfern betraut werden, da diese Basis unentbehrlich ist, um tatsächliche Traumafolgesymptome zuverlässig von Suggestionseffekten bzw. Falschaussagen unterscheiden zu können.

Die Qualität von Gutachten sollte durch unabhängige Monitoringausschüsse mit entsprechendem Fachpersonal aus dem Bereich Gewaltschutz gesichert, Leitfäden sollten laufend anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse evaluiert werden.

Auch die Einrichtung von Ombudsstellen zur Kontrolle der Einhaltung wissenschaftlicher Standards und ethischer Grundregeln bei der Gutachtererstellung wäre eine wichtige Maßnahme, um potenzielle Folgeschäden der Begutachtungspraxis für Betroffene zu minimieren und Gleichbehandlungsgrundsätze zu gewährleisten.

⁵⁸ Köhnken a. a. O., Fn. 22, S. 39.

⁵⁹ BSG, Urt. v 17.4.13 – B 9 V 1/12 R.

..... ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Gewöhnlich haben Richter ein Urteil mit ernster Miene zu verkünden. Umso bemerkenswerter ist der Bericht der ‚Frankfurter Allgemeinen Zeitung‘ vom 30. Juli 1959 über das Verhalten von Erna Scheffler am Vortag. Scheffler, die einzige Frau unter den Richtern des seit 1951 bestehenden Bundesverfassungsgerichts, habe dessen Entscheidung zum so genannten ‚väterlichen Stichentscheid‘ mit ‚einem Lächeln‘ verkündet.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Juli 1959

.....

Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V. (VAMV)

Schutz von gewaltbetroffenen Personen im familiengerichtlichen Verfahren

Stellungnahme zum Referentenentwurf des BMJ: „Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes von gewaltbetroffenen Personen im familiengerichtlichen Verfahren, zur Stärkung des Verfahrensbeistands und zur Anpassung sonstiger Verfahrensvorschriften“¹ (Auszug)

Der im Juli 2024 veröffentlichte Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums verfolgt das Ziel, den Schutz gewaltbetroffener Personen und deren Kinder in familiengerichtlichen Verfahren zu verbessern. Durch die Einführung eines Wahlgerichtsstands für Kindschafts-, Abstammungs- und Kindesunterhaltssachen soll eine bessere Geheimhaltung des aktuellen Aufenthaltsorts eines von Partnerschaftsgewalt betroffenen Elternteils ermöglicht werden. Zudem werden in Kindschaftssachen die Amtsermittlungspflichten des Gerichts konkretisiert, um zu verdeutlichen, dass bei Anhaltspunkten für das Vorliegen von Partnerschaftsgewalt auch Ermittlungen zum Schutzbedarf und zum Gefahrenmanagement im familiengerichtlichen Verfahren erforderlich sind. Ferner wird klargestellt, dass das Gericht in diesen Fällen nicht auf Einvernehmen hinwirken, keine gemeinsamen Informations- und Beratungsgespräche anordnen und die Eltern getrennt anhören soll. Einstweilige Anordnungen über den Umgangsausschluss und die Ablehnung des Umgangsausschlusses sollen künftig mit der Beschwerde anfechtbar sein. Es wird erwogen, die Beschwerdemöglichkeit auf alle Umgangsentscheidungen auszudehnen.

Des Weiteren enthält der Referentenentwurf Neuregelungen zur Verfahrensbeistandschaft. Unter anderem wird die Möglichkeit einer gerichtlichen Anordnung geschaffen, mit der Elternteile verpflichtet werden können, Gespräche des Verfahrensbeistands mit ihrem Kind zu ermöglichen. Diese Anordnung

soll mit Zwangsmitteln wie Zwangsgeld und Zwangshaft durchgesetzt werden können. Der Entwurf enthält darüber hinaus Änderungen, die das Gewaltschutzverfahren betreffen. Zudem beinhaltet der Entwurf Neuregelungen zum Versorgungsausgleich.

Viele der im Referentenentwurf geplanten Neuregelungen sind geeignet, den Gewaltschutz im familiengerichtlichen Verfahren zu verbessern. Der VAMV mahnt jedoch an, den Neuregelungen den Gewaltbegriff der Istanbul-Konvention zugrunde zu legen und nicht an den engeren Gewaltbegriff des Gewaltschutzgesetzes anzuknüpfen. Andernfalls drohen psychische Gewalt und wirtschaftliche Gewalt aus dem Blick zu geraten. Ein umfassender Gewaltschutz in umgangs- und sorgerechtlichen Verfahren, wie Artikel 31 Istanbul-Konvention ihn verlangt, kann so nicht gelingen.

Der VAMV begrüßt insbesondere die Konkretisierung der Amtsermittlungspflichten bei Anhaltspunkten von Partnerschaftsgewalt und die für diese Fälle vorgesehenen besonderen Verfahrensvorschriften. In diesen Fällen soll abgesehen werden vom Hinwirken auf Einvernehmen sowie von der Anordnung gemeinsamer Beratungsgespräche, ferner sind ausdrücklich getrennte Anhörungen möglich. Auch wenn das Familiengericht in diesen Fällen Verfahrensbeistände oder Sachverständige beauftragt, sollte es Sorge dafür tragen, dass der Schutz von Kindern und gewaltbetroffenen Elternteilen sichergestellt ist. Die Amtsermittlungspflichten sollten im Gesetz noch weiter konkretisiert werden. Eine Konkretisierung allein in der Gesetzesbegründung reicht nicht aus. Zudem weist der VAMV drauf hin, dass Gerichte

¹ www.bmj.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/2024_FamFG_Aenderung.html.

.....
ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„In der DDR-Verfassung von 1949 wurde die Gleichberechtigung festgeschrieben. ... Die Förderung der Erwerbsarbeit von Frauen war die Basis der Frauenpolitik in der DDR. Bereits 1950 waren 45 Prozent der Frauen erwerbstätig, 1989 waren es knapp 90 Prozent. ... Und ja, auch die Familienarbeit war in der DDR den Frauen vorbehalten, hier waren Ost und West fröhlich vereint. Fest steht jedoch: Die breite gesellschaftliche Akzeptanz der Erwerbsarbeit von Frauen ist ein Gleichstellungsvorsprung im Osten Deutschlands gewesen. Und entscheidend war: Frauen fühlten sich gleichberechtigt.“

Christine Bergmann, Rede zur Feierstunde des Deutschen Bundestages aus Anlass des 100. Jahrestages der Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland, 17. Januar 2019

.....

ausreichende Ressourcen brauchen, um der Amtsermittlungspflicht nachzukommen.

Kritisch sieht der VAMV für die Eröffnung eines Wahlgerichtsstandes die Anknüpfung an die Einleitung eines Gewaltschutzverfahrens oder an das Bestehen einer Gewaltschutzanordnung. Diese Voraussetzungen sind zu eng und werden den Realitäten gewaltbetroffener Elternteile nicht gerecht. Der VAMV plädiert dafür, die Flucht in eine Schutzeinrichtung oder das Vorliegen anderer Anhaltspunkte für Partnerschaftsgewalt wie Ermittlungsakten oder medizinische Befunde als Anknüpfungspunkt für die Eröffnung eines Wahlgerichtsstandes gesetzlich zu verankern.

Die Beschränkung der Beschwerdemöglichkeit allein auf Entscheidungen im einstweiligen Anordnungsverfahren zu *Umgangsausschlüssen* lehnt der VAMV ab. Um einen vollständigen Schutz gewaltbetroffener Elternteile und ihrer Kinder zu ermöglichen und Artikel 31 Istanbul-Konvention vollständig umzusetzen, muss die Beschwerdemöglichkeit auf alle Umgangsentscheidungen erweitert werden. Diese Erweiterung ist auch mit Blick auf die Eckpunkte zum Kindschaftsrecht² erforderlich, nach denen eine Betreuung im Wechselmodell im Wege eines Umgangsverfahrens gerichtlich angeordnet werden kann. Nach der jetzigen Rechtslage ist eine solche Entscheidung unanfechtbar, auch wenn sie in Fällen häuslicher Gewalt getroffen wurde. Zudem hat sie weitreichende Folgen auch für die Höhe von Unterhaltsleistungen und das Bestehen von Ansprüchen auf Sozialleistungen. Eine Beschwerdemöglichkeit im einstweiligen Anordnungsverfahren ist daher unerlässlich.

Die im Entwurf enthaltene rechtliche Möglichkeit, die Verpflichtung von Eltern, Gespräche ihres Kindes mit dem Verfahrensbeistand zu ermöglichen, mit Zwangsmitteln durchzusetzen, lehnt der VAMV ab. Ein neuer Zwangskontext im familiengerichtlichen Verfahren, das zwischenmenschliche Beziehungen verhandelt, ist der falsche Weg. Außerdem setzt eine solche Regelung notwendig voraus, dass Eltern auch tatsächlich rechtliche Möglichkeiten haben, die Entpflichtung von ungeeigneten Verfahrensbeiständen zu erwirken. Diese Möglichkeiten sind nach der aktuellen Rechtslage äußerst begrenzt.

Voraussetzungen für eine tatsächliche Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Elternteile und

ihrer Kinder ist jedoch, dass alle am familiengerichtlichen Verfahren beteiligten Professionen, und insbesondere auch Familienrichter*innen ausreichende Kenntnisse zu den Formen häuslicher Gewalt, ihrer Dynamiken, ihrer Auswirkungen auf gewaltbetroffene Elternteile und über Auswirkungen von miterlebter Gewalt auf Kinder haben. Dafür braucht es eine entsprechende gesetzliche Fortbildungspflicht. Die Fortbildung muss wissenschaftlich fundiert sein und eine kindeswohlzentrierte und gewaltsensible Haltung einnehmen: Pseudowissenschaftliche Konzepte wie Eltern-Kind-Entfremdung/Bindungsintoleranz dürfen nicht Bestandteil von Fortbildungen sein, da sie in der Praxis dazu führen, den Gewaltschutz auszuhebeln (Erster Bericht des Expertenausschusses (GREVIO) zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarats vom 11. Mai 2011 (Istanbul-Konvention), in Deutschland, S. 75-76). Dies ist durch verbindliche Curricula und Zertifizierungen zu garantieren. Auch Polizei und Staatsanwaltschaft müssen in die Lage versetzt werden, häusliche Gewalt und ihre Dynamiken zu erkennen.

Weitere unablässige Voraussetzung für den umfassenden Schutz gewaltbetroffener Elternteile und ihrer Kinder ist ferner, dass ein ausreichendes Angebot verlässlich finanzierter Schutzeinrichtungen und Beratungsstellen vorhanden ist. Das Gewalthilfegesetz mit einem Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung und den schrittweisen bedarfsgerechten Ausbau der Frauenunterstützungsstruktur muss daher noch in dieser Legislatur verabschiedet werden.

Der Referentenentwurf enthält wichtige Schritte auf dem Weg zu einem verbesserten Gewaltschutz im familiengerichtlichen Verfahren, wenn er auch in einigen Punkten unbedingt nachgebessert werden muss, um den Gewaltschutz nicht leerlaufen zu lassen. Er kann jedoch nur als ein Baustein betrachtet werden, dem weitere folgen müssen, insbesondere auch im materiellen Recht, um den sich aus der Istanbul-Konvention ergebenden Schutzansprüchen zu genügen.

Einzelheiten unter:

vamv.de/de/aktuelles/besserer-gewaltschutz-in-sicht-referentenentwurf-des-bundesjustizministeriums-zum-famfg-kann-ein-wichtiger-baustein-sein/.

² Vom 16.01.2024: www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Nav_Themen/240115_Eckpunkte_Kindschaftsrecht.html.

bff: Frauen gegen Gewalt e.V.

Strafermittlungen wegen sexueller Gewalt an Frauen mit Behinderungen werden zu häufig eingestellt

Die 28-jährige Berlinerin Sonja M. (der Name wurde geändert) hat eine Verfassungsbeschwerde gewonnen, die sie 2022 vertreten durch Professorin Dr. Theresia Degener und die Rechtsanwält*innen Ronska Grimm und Lea Beckmann beim Landesverfassungsgerichtshof Berlin eingereicht hatte. Sie erstattete 2020 Anzeige und sagte aus, dass sie von ihrem Vorgesetzten in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen sexuell belästigt wurde. Die Berliner Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen gegen den Beschuldigten ein, weil Sonja M. wegen einer kognitiven Beeinträchtigung angeblich nicht fähig sei, eine Aussage zu machen. Gegen diese Entscheidung wehrt sie sich vor Gericht und wird dabei durch Frauen- und Behindertenrechtsorganisationen begleitet. *„Mein Chef hat mich immer wieder angefasst und geküsst, obwohl ich gesagt habe, dass ich das nicht will. Das war schrecklich und mir geht es immer noch manchmal schlecht deshalb“,* erklärt Sonja M. *„Es ist einfach nicht fair, dass das für ihn keine Folgen hat.“*

Der Verfassungsgerichtshof hob nun die Entscheidung des Kammergerichts Berlin wegen Verfassungsverstößen auf (Beschluss vom 19. Juni 2024, VerfGH 80/22). Das Kammergericht muss jetzt neu entscheiden und prüfen, ob die Einstellung der Ermittlungen im Fall von Sonja M. rechtmäßig war. Ihre Rechtsanwält*innen kritisieren eine strukturelle Diskriminierung gegen Frauen mit Behinderungen im Ermittlungsverfahren und insbesondere gravierende fachliche Mängel bei der aussagepsychologischen Begutachtung ihrer Mandantin. Sonja M. gilt als kognitiv beeinträchtigt. Im Verlauf des gesamten Ermittlungsverfahrens hatte die Justiz Schwierigkeiten, ihren behinderungsspezifischen Bedarfen gerecht zu werden. Eine von der Staatsanwaltschaft beauftragte Sachverständige, die offenbar keine behindertenspezifische Fachkenntnis vorwies, kam zu dem Ergebnis, dass Frau M. „aussageunfähig“ und ihre Aussage daher rechtlich wertlos sei. *„Die von der*

Staatsanwaltschaft beauftragte Psychologin hatte keine Expertise zur Begutachtung von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen. Sie hat sich während der Begutachtung diskriminierend verhalten und das Gutachten entspricht nicht den wissenschaftlichen Standards. Aufgrund dieses Gutachtens hätten die Ermittlungen nicht eingestellt werden dürfen“, dazu Rechtsanwält*in Ronska Grimm. *„Aufgrund vermeidbarer Fehler hatte unsere Mandantin schlichtweg nicht die gleiche Chance wie Menschen ohne Behinderungen, dass ihre Aussage auch zu einer Verurteilung führt.“*

„Tragisch ist: Dieser Fall ist in vielerlei Hinsicht kein Einzelfall“, dazu Theresia Degener, Professorin für Recht und Disability Studies und ehemaliges Mitglied des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. *„Es fehlt leider bei Polizei und Staatsanwaltschaft viel zu häufig an Bewusstsein und Fachwissen, wie Ermittlungen bei sexueller Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen ausgestaltet werden müssen. Das steht im Widerspruch zu den grund- und menschenrechtlichen Verpflichtungen, etwa aus der UN-Behindertenrechtskonvention und der Istanbul-Konvention.“* Frauen mit Behinderungen sind zwei bis dreimal häufiger von sexueller Gewalt betroffen als der Bevölkerungsdurchschnitt. Gleichzeitig werden Ermittlungsverfahren überdurchschnittlich häufig eingestellt. Das liegt unter anderem daran, dass Polizei, Staatsanwaltschaft und Psycholog*innen fachliche Standards missachten und die Aussagen der betroffenen Frauen nicht angemessen gewürdigt werden.

„Der Landesverfassungsgerichtshof hat in seiner Entscheidung nun noch einmal ausdrücklich klargestellt, dass die Verfassung und die UN-Behindertenrechtsgeschichte dazu verpflichten, Strafermittlungen diskriminierungsfrei auszugestalten“, dazu Lea Beckmann, Rechtsanwältin und Antidiskriminierungsexpertin. *„Staatsanwaltschaft und Polizei sollten unbedingt Lehren aus diesem Fall ziehen und ihre Standards und*

..... ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Deutsche Männer und Frauen – Mütter und Mädchen – Deutsche Jugend! ...
Um des Lebens willen müssen wir sprechen. Wir rufen Euch alle! Wir rufen unser Volk!
Wir rufen unsere Abgeordneten! Wir dürfen keinen Schritt weiter auf der Bahn des
Unfriedens gehen. Wir dürfen keinen Schritt weiter in der Entzweiung unseres Volkes gehen,
keinen Schritt weiter in der Remilitarisierung! ... Die Entmilitarisierung Deutschlands soll
der Anfang sein für internationale Verständigung und Abrüstung. ...“

Manifest der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung, Kongress in Velbert, 1951

.....

Vorgehensweisen im Umgang mit Menschen mit Behinderungen überarbeiten.“

Die Verfassungsbeschwerde wird begleitet durch den bff: Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe, das Bundesnetzwerk von FrauenLesben und Mädchen mit Beeinträchtigung Weibernetz e.V. sowie das Bochumer Zentrum für Disability Studies (BODYS) an der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe.

Pressemitteilung vom 25.06.2024, als PDF zum Download unter: <https://www.frauen-gegen-gewalt.de/de/aktuelles/nachrichten/nachricht/erfolgreiche-verfassungsbeschwerde-einer-frau-mit-behinderungen-vor-dem-landesverfassungsgerichtshof-berlin.html>

Beschluss

VerfGH Berlin, § 172 Abs. 3 S. 1 StPO, Art. 11, 15 Abs. 4 S. 1 VvB

Verletzung des Rechts auf effektiven Rechtsschutz durch überspannte Darlegungsanforderungen nach § 172 Abs. 3 S. 1 StPO

1. Von der Rechtsordnung eröffnete Rechtsmittel dürfen nicht durch eine überstrenge Handhabung verfahrensrechtlicher Vorschriften ineffektiv gemacht und so der sachlichen Prüfung entzogen werden.

2. Im Verlauf des Verfahrens ist zu berücksichtigen, dass sich aus der Verfassung von Berlin (Art. 15 Abs. 4 Satz 1 und Art. 10 und 11 VvB) i. V. m. Art. 13 Abs. 1 UN-Behindertenrechtskonvention besondere Verpflichtungen für die diskriminierungsfreie Ausgestaltung und Durchführung des Ermittlungsverfahrens und des weiteren Verfahrens ergeben.

(Leitsätze der Redaktion)

Beschluss des Verfassungsgerichtshofs Berlin vom 19.06.2024 – 80/22

Aus den Gründen

I.

(1) Die Beschwerdeführerin wendet sich gegen einen Einstellungsbescheid der Staatsanwaltschaft Berlin, einen Bescheid der Generalstaatsanwaltschaft Berlin, mit dem die gegen die Einstellung gerichtete Beschwerde zurückgewiesen wurde, sowie gegen einen Beschluss des Kammergerichts, mit dem ein Antrag der Beschwerdeführerin auf gerichtliche Entschei-

dung im Klageerzwingungsverfahren als unzulässig verworfen wurde.

(2) Die Beschwerdeführerin ist aufgrund eines Unfalls kurz nach ihrer Geburt kognitiv leicht bis mittelgradig sowie körperlich leicht beeinträchtigt und steht unter umfassender rechtlicher Betreuung ihrer Mutter. Bis zum Herbst 2020 war die damals 25-jährige Beschwerdeführerin für insgesamt etwa fünf Jahre Mitarbeiterin in der ..., einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung. Der Äußerungsberechtigte zu 4, der nicht behindert ist, war dort ihr Vorgesetzter. Er soll, so der Vorwurf der Beschwerdeführerin, ihr gegenüber während ihrer dortigen Tätigkeit im Zeitraum zwischen Sommer und Herbst 2020 wiederholt sexuell übergriffig geworden sein und sie jeweils gegen ihren Willen unter anderem – unter Eindringen mit der Zunge – auf den Mund geküsst, umarmt sowie an den Ober- und Unterschenkeln innen und außen und am Gesäß gestreichelt haben.

(3) Auf die Strafanzeige der Beschwerdeführerin vom 22. Oktober 2020 nahm die Staatsanwaltschaft Berlin gegen den Äußerungsberechtigten zu 4 Ermittlungen wegen des Verdachts der sexuellen Belästigung auf. Das Ermittlungsverfahren wurde mit Bescheid der Staatsanwaltschaft Berlin vom 21. Dezember 2021 mangels hinreichenden Tatverdachts gemäß § 170 Abs. 2 der Strafprozessordnung – StPO – eingestellt. Die hiergegen gerichtete Beschwerde der Beschwerdeführerin wies die Generalstaatsanwaltschaft Berlin mit Bescheid vom 29. April 2022 zurück. Gegen diesen Bescheid reichte die Beschwerdeführerin beim Kammergericht am 2. Juni 2022 einen Klageerzwingungsantrag ein, der einen Umfang von 74 Seiten hatte. Nach den Anträgen und einer Vorbemerkung folgte unter I. eine Sachverhaltsdarstellung, in der u. a. ein Telefonat zwischen dem Beschuldigten, dem Äußerungsberechtigten zu 4, und der Mutter der Beschwerdeführerin am 24. Juni 2020 aufgeführt wird. Die Mutter der Beschwerdeführerin soll danach den Beschuldigten telefonisch kontaktiert haben, um von ihm das Unterlassen von Umarmungen und Küssen auf die Wange ihrer Tochter zu verlangen. In diesem Gespräch habe sich der Beschuldigte ausweislich der Antragsbegründung für sein Verhalten entschuldigt und der Mutter der Beschwerdeführerin mitgeteilt, dass ihm das nun unangenehm sei und er sich nichts dabei gedacht habe. Als Beweisangebote werden ein-

.....
ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Frausein heißt politisch sein.“

Unser ganzer Alltag ist von der ersten bis zur letzten Stunde Politik.“

Marie-Elisabeth Lüders, 1947

.....



© Nina Hotopp

Nina Hotopp, *In Line*, Öl auf Leinwand, 2015

gerückt in der Antragsbegründung eine schriftliche Äußerung der Zeugin K. M. – der Mutter der Beschwerdeführerin – sowie die Aussage der Beschwerdeführerin selbst in ihrer polizeilichen Vernehmung nebst Aktenfundstelle genannt. Unmittelbar anschließend führt die Antragsbegründung wörtlich aus:

(4) „Dass ein Telefonat diesen Inhalts zwischen der Mutter der Verletzten und dem Beschuldigten stattgefunden hat, räumte der Beschuldigte zu einem späteren Zeitpunkt – am 22.10.2020 – auch gegenüber seinem Vorgesetzten, G. F. ein.“

(5) Als Beweismittel hierfür wird die Aussage des Zeugen F., dem Betriebsstättenleiter der Werkstatt, in dessen polizeilicher Vernehmung nebst Aktenfundstelle benannt. An späterer Stelle der Sachverhaltsdarstellung nimmt die Antragsbegründung hierauf Bezug und schildert, dass am 22. Oktober 2020 ein

Besprechungstermin mit dem Beschuldigten, der Beschwerdeführerin, dem Zeugen F. und einer weiteren Mitarbeiterin des sozialpädagogischen Dienstes stattgefunden habe, in deren Verlauf der Beschuldigte „lediglich Begrüßungsumarmungen“ eingeräumt habe. Unter III. der Antragbegründung sind zuletzt der Gang des Ermittlungsverfahrens und die erhobenen Beweismittel geschildert. Unter der ausführlicheren Darstellung der Zeugenaussage des Zeugen F. (Seiten 18 ff.) heißt es im Hinblick auf den Besprechungstermin am 22. Oktober 2020 wörtlich:

(6) „[...] Der Verdacht sei bei dem Gespräch sehr überraschend gekommen. Das Gespräch am 22.10.2022 sei grundsätzlich sachlich abgelaufen, die Verletzte sei aber sehr aufgeregt und auch verzweifelt gewesen. Er habe sich gewundert, dass sich der Beschuldigte und die Mutter meiner Mandantin geduzt

..... ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Frauenfragen sind Menschheitsfragen.“

Marie-Elisabeth Lüders, 1953

.....

hätten. Dies habe er distanzlos gefunden und kenne er so nicht. Das Gespräch habe bestimmt eine halbe Stunde gedauert. Der Beschuldigte sei sehr betroffen gewesen und leicht aufgeregt. Der Zeuge habe sich gewundert, dass es offenbar schon im Juni zwischen dem Beschuldigten und der Mutter ein Gespräch mit Vorwürfen gegeben habe. Er selbst habe erst im Oktober hiervon erfahren. Dieses erste Gespräch hätte an und für sich dokumentiert werden müssen. Es gäbe da klare Anforderungen und bei einem Vorwurf dieser Vehemenz hätte eine Dokumentation erfolgen müssen. Grundsätzlich würden alle Telefonate mit Betreuern dokumentiert. Der Beschuldigte habe in dem Gespräch geäußert, er habe die Vorwürfe nicht ernst genommen und deshalb nichts dokumentiert. Allein das sei bereits abmahnwürdig. Das Verhalten des Beschuldigten sei sehr unprofessionell gewesen [...].“

(7) Weiter stellt die Antragsbegründung den Inhalt zweier zur Akte gereichten internen Stellungnahmen des Zeugen F. vom 9. und 10. Dezember 2020 dar, wobei es in der ersten Stellungnahme unter anderem heiße, dass das erste Telefonat im Juni 2020 zwischen der Mutter der Beschwerdeführerin und dem Beschuldigten – neben einer fehlenden Verlaufsdokumentation über die Betreuung der Beschwerdeführerin – nicht dokumentiert worden sei. In der Stellungnahme vom darauffolgenden Tag soll es heißen, dass der Beschuldigte nunmehr eine Dokumentation nachgereicht habe, sich hierunter allerdings wiederum nicht das Gespräch mit der Mutter der Beschwerdeführerin befinde.

(8) Der 6. Strafsenat des Kammergerichts verwarf den Antrag mit Beschluss vom 18. Juli 2022 als unzulässig, weil dieser nicht den formalen Erfordernissen des § 172 Abs. 3 Satz 1 StPO entsprochen habe. [...] Durch die unzutreffende bzw. unzureichende Wiedergabe entziehe die Antragstellerin dem Senat von vornherein die Möglichkeit, die Angaben des Zeugen sachgerecht in eine Gesamtbetrachtung der Schlüssigkeitsprüfung einzustellen.

(9) Die dagegen gerichtete Anhörungsrüge vom 22. August 2022 wies das Kammergericht mit Beschluss vom 11. Oktober 2022 als unbegründet zurück. Eine Gehörsverletzung vermochte es nicht zu erkennen. Es hielt an seiner Rechtsauffassung fest,

dass der Klage- bzw. Ermittlungserzwingungsantrag unzulässig sei.

(10) Die Beschwerdeführerin hat am 26. September 2022 Verfassungsbeschwerde erhoben und rügt im Hinblick auf den Beschluss des Kammergerichts vom 18. Juli 2022 eine Verletzung des Rechts auf effektiven Rechtsschutz aus Art. 7 der Verfassung von Berlin – VvB – in Verbindung mit dem Rechtsstaatsprinzip und ihres Anspruchs auf rechtliches Gehör aus Art. 15 Abs. 4 VvB. [...]

II.

(14). 2. Soweit sich die Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss des Kammergerichts vom 18. Juli 2022 – 6 Ws 71/22 – wegen der Verletzung des Rechts auf effektiven Rechtsschutz wendet, ist sie zulässig und begründet. Der Beschluss verletzt die Beschwerdeführerin in ihrem Grundrecht aus Art. 15 Abs. 4 Satz 1 VvB.

(15) a) Nach Art. 15 Abs. 4 Satz 1 VvB darf – in Übereinstimmung mit Art. 19 Abs. 4 GG – der Zugang zu den Gerichten und den vorgesehenen Instanzen nicht in unzumutbarer, aus Sachgründen nicht mehr zu rechtfertigender Weise erschwert werden (Beschlüsse vom 22. März 2023 – VerFGH 105/21 – Rn. 21 und vom 25. April 2013 – VerFGH 31/13, 31 A/13 – Rn. 17 m. w. N.). Dies muss auch der Richter bei der Auslegung prozessualer Normen beachten. Von der Rechtsordnung eröffnete Rechtsmittel dürfen nicht durch eine überstrenge Handhabung verfahrensrechtlicher Vorschriften ineffektiv gemacht werden und für den Rechtsmittelführer leerlaufen (Beschluss vom 23. August 2023 – VerFGH 3/22 – Rn. 17; vgl. zum Bundesrecht: BVerfG, Beschluss vom 26. November 2020 – 2 BvR 1510/20 – juris Rn. 26). [...]

(16) Formerfordernisse dürfen daher nicht weitergehen, als es durch ihren Zweck geboten ist, da von ihnen die Gewährung des Rechtsschutzes abhängt (vgl. BVerfG, Beschlüsse vom 2. März 1993 – 1 BvR 249/92 –, BVerfGE 88, 118 <125> = juris Rn. 29 und 4. September 2008 – 2 BvR 967/07 –, BVerfGK 14, 211 <214> = juris Rn. 11 und 22. Januar 2021 – 2 BvR 757/17 – juris Rn. 13 m. w. N.; st. Rspr.). Dies gilt auch für die Darlegungsanforderungen nach § 172 Abs. 3 Satz 1 StPO (vgl. BVerfG, Beschlüsse vom 8. Oktober 2003 – 2 BvR 1465/01 –, BVerfGK

.....
ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Wenn ich abgesagt hätte, wäre es wieder mit einer Frau im Kabinett aus (gewesen), und ich hätte dafür die Verantwortung getragen. Das konnte ich den Frauen nicht antun, diese Möglichkeit zu einem kleinen Schritt vorwärts in ihrer Beteiligung an führenden politischen Aufgaben auszuschlagen.“

Elisabeth Schwarzhaupt, Erste Frau in einem Bundeskabinett

.....

2, 45 <50> = juris Rn. 12 m. w. N. und vom 4. September 2008, a. a. O., S. 214 = juris Rn. 11 m. w. N.).

(17) Es begegnet vor diesem Hintergrund keinen verfassungsrechtlichen Bedenken, § 172 Abs. 3 Satz 1 StPO so auszulegen, dass der Klageerzwingungsantrag in groben Zügen den Gang des Ermittlungsverfahrens, den Inhalt der angegriffenen Bescheide und die Gründe für ihre Unrichtigkeit wiedergeben und eine aus sich selbst heraus verständliche Schilderung des Sachverhalts enthalten muss, der bei Unterstellung des hinreichenden Tatverdachts die Erhebung der öffentlichen Klage in materieller und formeller Hinsicht rechtfertigt. Denn diese Darlegungsanforderungen sollen die Oberlandesgerichte vor einer Überlastung durch unsachgemäße und unsubstantiierte Anträge bewahren und in die Lage versetzen, ohne Rückgriff auf die Ermittlungsakten eine Schlüssigkeitsprüfung vorzunehmen (vgl. BVerfG, Beschlüsse vom 4. September 2008, a. a. O., S. 214f. = juris Rn. 14 und 21. Dezember 2022 – 2 BvR 378/20 – juris Rn. 81).

(18) Zur Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes dürfen an Form und Inhalt des Klageerzwingungsantrags aber keine über diesen Zweck hinausgehenden Anforderungen gestellt werden (Beschluss vom 11. November 2015 – VerfGH 95/14 – Rn. 12; vgl. zum Bundesrecht: BVerfG, Beschluss vom 2. Juli 2018 – 2 BvR 1550/17 – juris Rn. 20 m. w. N.). Ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung nach § 172 Abs. 3 Satz 1 StPO erfordert daher zunächst nur die Mitteilung des wesentlichen Inhalts der angegriffenen Bescheide sowie der Einlassung des Beschuldigten, soweit diese im Einstellungsbescheid mitgeteilt wird und vollständig erscheint (vgl. BVerfG, Beschluss vom 4. September 2008, a. a. O. S. 215 = juris Rn. 17). Dabei hat das Fachgericht zu beachten, dass grundsätzlich keine Obliegenheit des Antragstellers besteht, sich vorab durch Akteneinsicht Kenntnis vom Inhalt der Beweismittel zu verschaffen und den Inhalt sodann vollständig mitzuteilen (vgl. BVerfG, Beschluss vom 21. Dezember 2022, a. a. O., juris Rn. 82). Das Fachgericht kann von dem Antragsteller Darstellungen zu den Beweismitteln – über deren reine Angabe hinaus – daher nur insoweit verlangen, als dieser seinen Antrag auf gerichtliche Entscheidung maßgeblich auch mit Inhalten aus den Ermittlungsakten begründet. In diesem Fall ist der Beschwerdeführer gehalten, zumindest auch den wesentlichen Inhalt der Beweismit-

tel mitzuteilen, aus denen er auszugsweise vorträgt oder gar zitiert (vgl. BVerfG, Beschluss vom 21. Dezember 2022, a. a. O., juris Rn. 82). [...] Müsste der Klageerzwingungsantrag bereits den weitgehend vollständigen Inhalt der Beweismittel enthalten, müsste das Gericht die Schlüssigkeitsprüfung anhand eines Klageerzwingungsantrags vornehmen, dessen Inhalt und Umfang sich kaum von dem der beizuziehenden Ermittlungsakte unterscheidet. [...]

(19) b) Gemessen daran halten die Erwägungen des Kammergerichts den Anforderungen der Rechtsschutzgarantie nicht stand. Das Gericht hat die an einen zulässigen Klage- bzw. Ermittlungserzwingungsantrag zu stellenden Voraussetzungen überspannt.

(20) Der schlüssige Vortrag der Beschwerdeführerin versetzt das Kammergericht hinreichend in die Lage, im Rahmen einer Begründetheitsprüfung den Vortrag der Beschwerdeführerin in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht zu überprüfen. [...]

(22) Ohne unverhältnismäßigen Aufwand wäre es dem Kammergericht daher möglich gewesen, das konkrete Beweisangebot des Zeugen F. in der Gesamtschau der Antragsbegründung für die Schlüssigkeitsprüfung des hinreichenden Tatverdachts angemessen zu würdigen. [...]

(23) c) Überzogene Anforderungen an die Darlegung stellt das Kammergericht schließlich auch, soweit es bemängelt, die internen Stellungnahmen des Zeugen F. seien nur unzureichend wiedergegeben worden und würden insofern zu Lasten des Beschuldigten die Würdigung der Angaben des Zeugen F. beeinflussen.

(24) Nach dem dargestellten verfassungsrechtlichen Maßstab war es nicht erforderlich, den den internen Stellungnahmen des Zeugen beigefügten Zusatz, dass sich die Inhalte des Gesprächs nicht nachweisen ließen, in der Antragsbegründung mit aufzunehmen. Denn durch den mitgeteilten Inhalt der Stellungnahmen erschließt sich dies unmittelbar von selbst. [...]

(25) 3. Im weiteren Verlauf des Verfahrens wird zu berücksichtigen sein, dass sich aus Art. 15 Abs. 4 Satz 1 VvB i. V. m. Art. 13 Abs. 1 UN-Behindertenrechtskonvention und aus Art. 10 Abs. 2, Abs. 3 Satz 1, Satz 2 VvB sowie Art. 11 Satz 1, Satz 2 VvB besondere Verpflichtungen für die diskriminierungsfreie Ausgestaltung und Durchführung des Ermittlungsverfahrens und des weiteren Verfahrens ergeben.

.....
ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Also übernahm ich ein Ministerium, das es noch gar nicht gab, in dem Bewusstsein, eine schwer erkämpfte Alibifrau zu sein.“

Elisabeth Schwarzhaupt, Erste Frau in einem Bundeskabinett

.....

Julia Zinsmeister

Diskriminierend eingestellt¹

Der Verfassungsgerichtshof Berlin stärkt den Zugang gewaltbetroffener behinderter Frauen zum Strafverfahren

Frauen*, die in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) arbeiten, sind dreimal häufiger von sexueller Belästigung und Diskriminierung betroffen als Frauen* in regulären Beschäftigungsverhältnissen.² Gleichzeitig gelten sie als „sichere Opfer“, weil ihre Aussagen besonders häufig in Zweifel gezogen werden und sie auf der Suche nach Gerechtigkeit zusätzliche Hürden zu überwinden haben. In Berlin hat sich nun eine junge Frau mit sogenannter geistiger Behinderung erfolgreich dagegen gewehrt. Der Verfassungsgerichtshof Berlin (BerlVerfGH) stellte mit Beschluss vom 19. Juni 2024 fest, dass das Ermittlungsverfahren gegen ihren Gruppenleiter wegen sexueller Belästigung verfassungswidrig eingestellt worden sei (Az. 80/22). Die Verfassungshüter*innen haben das Verfahren an das Kammergericht Berlin zurückverwiesen und aufgefordert, der Beschwerdeführerin einen diskriminierungsfreien Zugang zur Justiz zu sichern. Der Beschluss selbst gibt zwar kaum Aufschluss über die relevanten antidiskriminierungsrechtlichen Standards – aber Anlass, diese hier herauszuarbeiten. Denn die Wenigsten kennen die verfahrensbezogenen Bedarfe behinderter Menschen und die Nachteile, die ihnen im Strafverfahren drohen. Selbst Sachverständigen fehlt die Kenntnis.

Das Verfahren

Die Beschwerdeführerin hatte ihren Gruppenleiter in der WfbM im Herbst 2020 wegen sexueller Übergriffe angezeigt, später mit anwaltlicher Vertretung Strafantrag gestellt und sich als Nebenklägerin angeschlossen. 14 Monate später hatte die Staatsanwaltschaft Berlin das Ermittlungsverfahren wegen sexueller Belästigung mangels hinreichendem Tatverdacht eingestellt. Die Begründung: Der Verdacht basiere ausschließlich auf der Aussage der Beschwerdeführerin, die aufgrund ihrer geistigen Einschränkungen aber nicht ausreichend fähig sei, „Handlungen

vom Komplexitätsgrad der verfahrensgegenständlichen Handlungen wahrzunehmen, zu erinnern und sprachlich wiederzugeben.“

Genau dies hatte die Beschwerdeführerin aber mehrfach getan: Sie hatte sich zunächst einer Mitarbeiterin ihrer Wohngruppe und auf deren Anraten ihrer Mutter anvertraut und später erneut in ihrer polizeilichen Videovernehmung und aussagepsychologischen Exploration berichtet, wie der Beschuldigte sie ca. ein halbes Jahr lang in verschiedenen Situationen gezielt von den anderen Werkstattbeschäftigten abgesondert und im Keller, im Aufzug, Treppenhaus und seinem Büro gegen ihren Willen umarmt, geküsst sowie an den Innen- und Außenseiten ihrer Schenkel und am Gesäß gestreichelt hatte. Sie beschrieb auch den Widerwillen und Ekel, den sie dabei empfand. Auf Nachfragen hin konnte sie die Übergriffe auch detaillierter beschreiben, wenn auch nicht immer exakt zeitlich einordnen.

Nachdem ihr Klage- bzw. Ermittlungserzwingungsantrag ohne Erfolg blieb, reichte die betroffene Frau Verfassungsbeschwerde beim Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin ein. Sie rügte insbesondere, dass das Ermittlungsverfahren nicht barrierefrei gestaltet sei und die beauftragte Gutachterin nicht über die erforderliche Sachkunde in der Begutachtung von Zeug*innen mit kognitiven Beeinträchtigungen verfügte. Das Sachverständigengutachten, auf das die Staatsanwaltschaft ihre Einstellungsverfügung stützte, sei deshalb in mehrfacher Hinsicht unzureichend.

Ihre Verfassungsbeschwerde hatte Erfolg. Der BerlVerfGH hob am 19.6.2024 den abweisenden Beschluss des Kammergerichts (KG Berlin 6 Ws 71/22) auf.

Der 6. Strafsenat habe die an einen zulässigen Klage- bzw. Ermittlungserzwingungsantrag zu stellenden formalen Anforderungen überspannt und hierdurch die Beschwerdeführerin in ihrem Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz nach Art. 15 Abs. 1 der Verfassung von Berlin (VvB) verletzt. Das Verfahren wurde an das Kammergericht zurückverwiesen mit dem Hinweis, dass sich spezifische Verpflichtungen für die diskriminierungsfreie Ausgestaltung und Durchführung des Verfahrens aus dem Verbot der

¹ Verfassungsblog vom 25.07.2024, <https://verfassungsblog.de>.

² Institut für empirische Soziologie (IfES): Sexuelle Belästigung, Gewalt und Gewaltschutz in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) – Langfassung, Nürnberg 30.04.2024, www.bmas.de.

Geschlechterdiskriminierung (Art. 10 Abs. 2 VvB), dem Gleichstellungsgebot (Art. 10 Abs. 3 Satz 1 und Satz 2 VvB), dem Verbot der Diskriminierung wegen der Behinderung und der Verpflichtung des Landes Berlin, gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderung zu schaffen (Art. 11 Satz 1 und 2 VvB), ergeben. Um die Rechtsweggarantie des Art. 15 Abs. 4 Satz 1 VvB zu sichern, habe die Berliner Strafjustiz gemäß Art. 13 Abs. 1 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) dafür Sorge zu tragen, dass die Beschwerdeführerin gleichberechtigten Zugang zum Gerichtsverfahren erhalte, und zwar in sämtlichen Phasen des Strafverfahrens.

Gleichberechtigter Zugang kognitiv beeinträchtigter Menschen zur Justiz

Welche Maßnahmen der Staat ergreifen muss, um den gleichberechtigten Zugang behinderter Menschen – insbesondere auch für verletzte Zeug*innen – gemäß Art. 13 UN-BRK zu sichern, hat das Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen 2018 herausgearbeitet:³ Danach sind die Verfahren barrierefrei zu gestalten und die im Einzelfall erforderlichen verfahrens- und altersgerechten Vorkehrungen zu treffen, die die verletzten Zeug*innen und andere behinderte Prozessbeteiligte für ein faires Verfahren benötigen. Des Weiteren darf Menschen nicht wegen ihrer Behinderung ihre Rechtsfähigkeit einschließlich ihrer rechtlichen Handlungs- und Prozessfähigkeit abgesprochen werden. Stattdessen sind sie bei der Entscheidungsfindung zu unterstützen, ihnen ist auch ein unentgeltlicher Rechtsbeistand zu stellen.

Gem. Art. 1 UN-BRK und § 3 Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) werden Menschen geistig behindert, wenn ihre langfristigen intellektuellen Beeinträchtigungen sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der vollen,

wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können. Sie selbst lehnen ihre Bezeichnung als geistig behindert vielfach als diskriminierend ab und fordern, als „Menschen mit Lernschwierigkeiten“ oder „anderen Lernmöglichkeiten“ bezeichnet zu werden. Damit bringen sie zum Ausdruck, dass sich die Art und Schwere ihrer Teilhabe-einschränkung nicht alleine von der diagnostizierten Beeinträchtigung ableiten lässt, sondern maßgeblich davon abhängt, inwieweit sie Zugang zu barrierefreier Information, inklusiver Bildung und Unterstützung bei der Entscheidungsfindung erhalten.

Studien zur Aussagefähigkeit von Zeug*innen mit leichter und mittelgradiger kognitiver Beeinträchtigung⁴ nennen unzureichend formulierte Fragen, Barrieren in der Kommunikation und das (dadurch geförderte) Unverständnis der Verletzten über den Prozess und das Verfahren als Hauptprobleme. Die Studien stellten bei den verfahrensbeteiligten Berufsgruppen aber auch Informationsdefizite und Vorurteile in Bezug auf behinderte Menschen fest, die zu Fehlinterpretationen und -bewertungen führen können.

Kommunikationsbarrieren

Das Ziel der Wahrheitsfindung und das Prinzip der Unschuldsvermutung begrenzen die Möglichkeiten der Strafjustiz, auf die individuellen Bedürfnisse der Verletzten Rücksicht zu nehmen. An die Aussagen der Zeug*innen sind hohe Anforderungen gestellt, denen viele nicht entsprechen können. Die meisten Menschen mit sogenannter Lern- oder geistiger Behinderung haben leichte bis mittlere kognitive Einschränkungen und sind durchaus in der Lage, Tathandlungen wahrzunehmen, zu erinnern und später zu berichten. Sie laufen aber in besonderem Maße Gefahr, im Strafverfahren an Kommunikationsbarrieren

³ Right to access to justice under article 13 of the Convention on the Rights of Persons with Disabilities. Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, A/HRC/37/25, <https://documents.un.org/doc/undoc/gen/g17/368/73/pdf/g1736873.pdf>.

⁴ Spaan, Nienke A. / Kaal, Hendrien L. u. a.: Victims with mild intellectual disabilities in the criminal justice system, in: Journal of Social Work, (19)1, <https://journals.sagepub.com>. Kebbelle, Mark R. / Hatton, Chris: People With Mental Retardation as Witnesses in Court: A Review, in: Intellectual and Developmental Disabilities, (37) 3, <https://meridian.allenpress.com>.

..... ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Was ist Lohn für Hausarbeit? Ein Vorschlag für Erziehungsgeld? Das Hausfrauengehalt der Zeitschrift Brigitte? Eine Kette, die uns ans Haus fesselt? Die Familienbeihilfe und Steuerersparnis der Ehemänner? Oder eine theoretische Diskussion, deren Ergebnis erst einmal abgewartet werden muss? Nichts von alledem! Lohn für Hausarbeit ist ein schon lange währender internationaler Kampf der Frauen gegen die Rolle, die ihnen die moderne Gesellschaft zugewiesen hat.“

Lohn für Hausarbeit vom Staat für alle Frauen, Courage: Berliner Frauenzeitung, 1977

.....



© Nina Hotopp

Nina Hotopp, *Beach*, Zeichentusche auf Papier, 2021

und Vorurteilen („einstellungsbedingte Barrieren“) zu scheitern. Die statistische Wahrscheinlichkeit, dass in Strafverfahren Personen mit entsprechenden Intelligenzminderungen involviert sind, liegt bei knapp 16 Prozent.⁵ Dabei handelt es sich vielfach um Menschen, die nicht als beeinträchtigt wahrgenommen werden. Demnach wäre bereits jede sechste bis siebte Person nicht ohne Weiteres in der Lage, die in herkömmlicher Sprache formulierte Rechtsbelehrung zu verstehen.

Auch Menschen mit eingeschränkten Deutschkenntnissen sind in deutschen Amtsstuben und Gerichtssälen auf einfache Sprache, d. h. ein einfaches Standardniveau (B 1-2) angewiesen. Menschen mit Lernschwierigkeiten benötigen ggf. Leichte Sprache.

⁵ Niehaus, Susanna: Besonderheiten der Einvernahme und Aussagebeurteilung bei Personen mit einer geistigen Behinderung, in: Ludwig / Baumer / Tavor (Hg.): Zwischen Wahrheit und Lüge. Aussagepsychologie für die Rechtspraxis, S. 427-455, Dike Verlag, unter: www.researchgate.net/.

Diese bewegt sich auf noch einfacherem Sprachniveau und ist gekennzeichnet durch kurze Sätze, die auf eine Aussage beschränkt, im Verbalstil formuliert und ggf. mit Bildern illustriert werden. Fremdwörter werden vermieden oder zumindest verständlich erläutert. Im Berliner Verfahren hatte die anwaltliche Vertretung der Beschwerdeführerin die Ermittlungsbehörden und die Gutachterin frühzeitig darauf hingewiesen, dass die Zeugin Leichte Sprache benötigt.

Können die bestehenden Kommunikationsbarrieren nicht abgebaut werden, sieht Nr. 21 der Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) die Möglichkeit vor, eine Vertrauensperson der Zeug*innen als Sprachmittlerin hinzuzuziehen. Äußern sich kognitiv beeinträchtigte Zeug*innen knapp, oberflächlich und detailarm zum Tatverlauf oder den -umständen, lässt dies noch keine Rückschlüsse auf die (mangelnde) Erlebnisbegründetheit ihrer Aussage zu, sondern kann auf ihren eingeschränkten Wortschatz oder ihre eingeschränkte

..... ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Hausarbeit ist die Schlüsselindustrie der Gesellschaft.

Jetzt wollen wir etwas zurückhaben von dem, was wir produzieren.“

Lohn für Hausarbeit vom Staat für alle Frauen, *Courage: Berliner Frauenzeitung*, 1977

.....



Nina Hotopp, *In Line II*, Acryl & Öl auf Leinwand, 2019

zeitliche oder räumliche Orientierung zurückzuführen sein. Unerfahrene Vernehmungspersonen laufen jedoch Gefahr, solche Besonderheiten im Aussageverhalten der Zeug*innen fehlzuinterpretieren.

Einstellungsbedingte Barrieren

Nicht nur Kommunikationsbarrieren, sondern auch die Einstellungen der Beteiligten beschränken das rechtliche Gehör von Menschen mit Behinderungen. In der Schweiz ermittelten Forschende des Kompetenzzentrums Gewalt, Devianz und Opferschutz⁶ im Wege der qualitativen Auswertung von 57 Strafverfahrensakten, welche Vorannahmen Polizist*innen, Jurist*innen, Gutachter*innen und Sozialarbeiter*innen bezogen auf Verfahrensbeteiligte mit der Diagnose einer geistigen Behinderung mitbringen und wie sich diese Kenntnisse und Einstellungen auf ihre Beurteilung der angezeigten Fälle im Verfahren auswirken. In jeder fünften Verfahrrensakte fanden sich

⁶ Niehaus, Susanna / Caviezel Schmidt, Seraina / Krüger, Paula: Juristen könnten genauso gut würfeln: zur Situation geistig behinderter Opfer sexueller Gewalt im Strafverfahren, 2014, unter: <https://edudoc.ch/record/115149?ln=en>.

Hinweise auf den zweifachen Fehlschluss von Verfahrensbeteiligten, dass „geistig behinderte“ Zeug*innen unattraktiv und deshalb seltener von sexualisierter Gewalt bedroht seien. Dies verleitete sie dazu, die Glaubhaftigkeit der Aussagen der Zeug*innen an deren (mutmaßlicher) Attraktivität zu messen. Des Weiteren wurden die verletzten Zeug*innen in den Akten wiederholt entweder als asexuell oder aber – in gut einem Drittel der Akten – als sexuell distanzlos und triebhaft beschrieben und diese vermeintliche Triebhaftigkeit vielfach ihrer Beeinträchtigung zugeschrieben. Die Auseinandersetzung mit der Biographie und den konkreten Lebensverhältnissen der Zeug*innen hätte andere Erklärungsansätze nahe gelegt.

Studien belegen, dass die Privatheit behinderter Menschen selten respektiert wird, sondern sie vielfach bis ins hohe Erwachsenenalter geduzt, angefasst und von fremden Personen intime Dinge gefragt werden. Menschen, die auf Pflege angewiesen sind und diese in Wohngruppen oder Werkstätten erhalten, können die Auswahl ihrer häufig wechselnden Unterstützungspersonen kaum bis gar nicht beeinflussen. Ihnen wird vermittelt, dass scheinbar jede Person, die auf dem Dienstplan steht, berechtigt sei, sie auszuziehen und am gesamten Körper anzufassen. Für Menschen, die über Jahre hinweg entsprechend distanzlos behandelt werden, ist es schwer, ein für sie selbst angemessenes oder als sozial adäquat angesehenes Verhältnis zu Nähe und Distanz zu entwickeln.

Angemessene Vorkehrungen

Gemäß Art. 13 UN-BRK sind im Strafverfahren die im Einzelfall erforderlichen verfahrensbezogenen und altersgerechten Vorkehrungen zu treffen, die Zeug*innen mit anderen Lernmöglichkeiten benötigen, um den verfahrensrechtlichen Anforderungen an ihre Aussage möglichst gut entsprechen zu können. Auf angemessene Vorkehrungen besteht ein Rechtsanspruch, ihre Verweigerung stellt eine Diskriminierung dar (§ 5 LGBG). Zu den Maßnahmen, die im Strafverfahren beansprucht werden können, zählen der Abbau konkreter Barrieren, aber auch ein angepasstes Zeitmanagement: Menschen mit anderen Lernmöglichkeiten brauchen meist mehr Zeit, um

.....
ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Die Trennung zwischen Privatleben und gesellschaftlichem Leben wirft die Frau immer noch zurück. ... Durch Beteiligung an Kampagnen, die ihre Konflikte nicht unmittelbar berühren, können sie ihre Identität nicht erlangen. Das wäre Scheinemanzipation! Sie können sie nur erlangen, wenn die ins Privatleben verdrängten Konflikte artikuliert werden, damit sich die Frauen solidarisieren und politisieren.“

Helke Sander, Rede vor dem SDS, Frankfurt am Main, 1968

.....

Informationen zu verarbeiten, und ggf. auch längere Pausen. Verschiedene Studien, darunter jene von Fredman et al.⁷ und Kebbell/Hatton⁸ weisen zudem darauf hin, wie wichtig offen formulierte Fragen sind.

In der Befragung und Exploration ist zudem zu berücksichtigen, dass Menschen mit anderen Lernmöglichkeiten aufgrund ihres eingeschränkten Bildungszugangs oft über einen begrenzten Wortschatz verfügen. Dies kann erfordern, die Vernehmung und die Testverfahren anzupassen. Diese Anpassungen müssen, wie Art. 13 UN-BRK betont, „altersgerecht“ erfolgen: Erwachsene Menschen dürfen nicht wie Kinder behandelt werden.

Sach(un)verständige

Sieht sich die Strafjustiz nicht in der Lage, die Aussagen kognitiv beeinträchtigter Zeug*innen richtig einzuordnen, kann und soll sie sich dazu der besonderen Sachkunde von psychologischen oder psychiatrischen Sachverständigen bedienen. Auch die Berliner Beschwerdeführerin wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft hin aussagepsychologisch begutachtet. Nach Angaben ihrer anwaltlichen Vertretung deckten sich ihre Schilderungen der sexuellen Übergriffe mit ihren Berichten zuvor. Nach ihrer detaillierten Befragung zum Hergang der verschiedenen Taten wurde die Beschwerdeführerin von der Gutachterin aufgefordert, noch eine Reihe von Tests zu durchlaufen, die zum Teil jedoch für Vor- und Grundschulkinder entwickelt worden waren. Für 26-jährige Menschen ist es nicht nur demütigend, Fragen wie „Der Vogel kann singen und was kann der Hund?“ zu beantworten. Auch die Eignung dieser Testverfahren muss bezweifelt werden. Das erste Explorationsgespräch dauerte bereits über drei Stunden, als die Beschwerdeführerin erschöpft und in Tränen aufgelöst zusammenbrach. Diesen Zusammenbruch wertete die Gutachterin später als Zeichen ihrer „emotionalen Labilität“.

In ihrem Gutachten führte sie aus, die Zeugin verfüge über gerade noch ausreichende Wahrnehmung-, Gedächtnis- und Sprachleistungen, um die inkriminierten Handlungen wahrnehmen, erinnern und sprachlich wiedergeben zu können. Eine Seite

später schloss sie ihr Gutachten mit der genau entgegengesetzten Feststellung. Dennoch stützte sich die Staatsanwaltschaft auf die fast wortgleiche Wiedergabe dieses Fazits, als sie das Verfahren einstellte.

„Juristen könnten genauso gut würfeln“⁹

Bisher gibt es kaum nennenswerte Bestrebungen, die Justiz entsprechend zu qualifizieren und einheitliche Standards zu etablieren. Das ist alarmierend, weil die am Strafverfahren beteiligten Berufsgruppen kaum Vorkenntnisse zu Menschen mit Behinderungen mitbringen. Sie laufen darum Gefahr, sich in ihren Deutungen und Beurteilungen von Vorurteilen leiten zu lassen. Die Schweizer Forschungsgruppe befragte die beteiligten Berufsgruppen zur Gesprächsführung mit geistig behinderten Zeug*innen oder Tatverdächtigen und den möglichen Besonderheiten deren Aussageverhaltens. Das Ergebnis: Die befragten Jurist*innen und Sozialarbeiter*innen hätten im Durchschnitt ebenso gut raten können, und die Polizist*innen hätten sogar besser abgeschnitten, wenn sie geraten hätten. Die Sachverständigen erzielten im Durchschnitt zwar bessere Ergebnisse, auch ihre Kenntnisse bewegten sich aber weit unter dem Wissenstand, der erforderlich wäre, um die Aussagefähigkeit angemessen zu beurteilen. Aus gutem Grund verpflichtet Art. 13 Abs. 2 UN-BRK die Vertragsstaaten, Schulungen für die im Justizwesen tätigen Personen zu fördern, die geeignet sind, den wirksamen Zugang von Menschen mit Behinderungen zur Justiz zu gewährleisten. Der zuständige UN-Fachausschuss hat 2023 kritisiert, dass Deutschland diese Pflicht bisher nur mangelhaft umsetzt.

Onlinekurse wären ein erster sinnvoller Schritt. Die Etablierung einheitlicher Standards durch Überarbeitung der RiStBV ein weiterer. Um die im Einzelfall erforderlichen angemessene Vorkehrungen zu treffen, muss man auf diese Maßnahmen aber nicht warten. Es reicht, das Gespräch mit den Betroffenen, ihren Anwält*innen oder psychosozialen Prozessbegleiter*innen zu suchen. Viele Verfahrenshürden ließen sich leicht abbauen. Und sie müssen abgebaut werden. Der Beschluss des VerfGH Berlin zeigt, wie schnell Menschen mit Behinderungen in Deutschland recht- und schutzlos gestellt werden, indem die Justiz ihnen verfahrensbezogene angemessene Vorkehrungen verweigert.

⁷ Perlman, N. B. / Ericson, K. I. / Esses, V. M. / Isaacs, B. J. (1994): The developmentally handicapped witness: Competency as a function of question format, in: Law and Human Behavior, 18(2), 171–187, <https://doi.org/10.1007/BF01499014>.

⁸ A.a.O., Fn. 4.

⁹ A.a.O., Fn..6.

Mahtab Khedri

Tendenzielle Diskriminierung wirtschaftlich unterprivilegierter Frauen in der Rechtsprechung

am Beispiel der Berechtigung für Grundsicherungsleistungen von sorgeberechtigten Unionsbürger*innen

Die Frage, welche der in Deutschland aufhaltenden Unionsbürger*innen berechtigt sind, existenzsichernde Leistungen nach dem SGB II (Bürgergeld) zu erhalten, ist fortdauernd Gegenstand sozialgerichtlicher Verfahren. Dabei unterliegen die hier besprochenen Normen, unter anderem § 11 Abs. 1 S. 11 FreizügG/EU i. V. m. § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AufenthG analog, auch wegen Art. 18 AEUV der europarechtskonformen Auslegung und wegen Art. 6 Abs. 1 GG und Art. 3 Abs. 1 GG der verfassungskonformen Auslegung. Anhand der derzeit uneinheitlichen Rechtsprechung der Landessozialgerichte zu einer praktisch bedeutsamen Fallkonstellation soll vorliegend gezeigt werden, dass scheinbar rein dogmatische Gesetzesauslegung praktisch Rechtspolitik betreibt.

Der EuGH hat einen Unterfall entschieden und den Leistungsausschluss in § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2c SGB II a. F. für europarechtswidrig erklärt. Er hat festgestellt, dass Eltern, die ihr Aufenthaltsrecht wegen des Verlusts des Arbeitnehmerstatus verlieren würden, ein Aufenthaltsrecht von ihren Kindern herleiten können, wenn sich diese inzwischen in Deutschland in Ausbildung befinden.¹ Am Aufenthaltsrecht hängt die Berechtigung nach SGB II des nicht erwerbstätigen Elternteils.

Soweit das minderjährige Kind von Unionsbürger*innen schulpflichtig ist, wird für die sorgeberechtigten Elternteile ein Aufenthaltsrecht aus Art. 10 EU-Verordnung Nr. 492/2011 abgeleitet. Die Verordnung bestimmt, dass Kinder von Wanderarbeiter*innen unter den gleichen Bedingungen wie Kinder von Inländer*innen am allgemeinen Unterricht sowie an der Berufsausbildung teilnehmen können. Das Recht der Kinder auf Ausbildung im Land, in dem ein Elternteil arbeitet, würde praktisch ausgehöhlt, wenn sich der nicht erwerbstätige Elternteil nicht ebenfalls im Land aufhalten dürfte. Deshalb wird auch für den nicht erwerbstätigen Elternteil ein Aufenthaltsrecht abgeleitet.

¹ EuGH, Urteil vom 06.10.2020, Aktenzeichen C-181/19, Rs. JD.

Umstritten ist jedoch die Konstellation, in denen die sorgeberechtigten Elternteile nicht miteinander verheiratet sind und in denen das minderjährige Kind noch nicht schulpflichtig ist. In der Praxis ist das meist der Fall, wenn Familien mit minderjährigen Kindern nach Deutschland einreisen und nur ein Elternteil erwerbstätig ist und das andere die noch nicht schulpflichtigen Kinder versorgt. Die minderjährigen Kinder leiten ihr Aufenthaltsrecht vom wirtschaftlich aktiven Elternteil ab, § 3 FreizügG/EU. Umstritten ist jedoch, ob dem nicht erwerbstätigen Elternteil ein Aufenthaltsrecht zusteht.

Die Landessozialgerichte entscheiden unterschiedlich. Während einige Landessozialgerichte (LSG) aufgrund des Diskriminierungsverbotes des Art. 18 AEUV dem versorgenden und nicht erwerbstätigen Elternteil ein abgeleitetes Aufenthaltsrecht gem. § 11 Abs. 1 S. 11 FreizügG/EU i. V. m. § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AufenthG analog i. V. m. Art. 18 AEUV zusprechen,² lehnen andere Landessozialgerichte ein abgeleitetes Aufenthaltsrecht mit der Begründung ab, dass das allgemeine Diskriminierungsverbot des Art. 18 AEUV keine derart weitgehende Regelung darstelle.³

Die Ablehnung eines abgeleiteten Aufenthaltsrechts für den sorgeberechtigten und nicht erwerbstätigen Elternteil unterliegt jedoch wegen Art. 6 GG auch verfassungsmäßigen Bedenken.

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits in mehreren Beschlüssen darauf hingewiesen, dass bei den Leistungsausschlüssen des SGB II eine grundrechts-

² Vgl. LSG Nordrhein-Westfalen, Beschlüsse vom 30.11.2015, L 19 AS 1713/15 B ER, Beschluss vom 20.1.2016, L 19 AS 1824/15 B ER, Beschluss vom 22.6.2016, L 19 AS 924/16 B ER, Beschluss vom 1.8.2017, L 19 AS 1131/17 B ER, Beschluss vom 30.10.2018, L 19 AS 1472/18 B ER; LSG für das Saarland, Urteil vom 7.9.2021, L 4 AS 23/20 WA.

³ Vgl. LSG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 7.4.2022, L 18 AS 312/22 B ER u. vom 17.3.2022, L 18 AS 232/22 B ER; LSG Sachsen-Anhalt, Beschluss vom 16.11.2021, L 2 AS 438/21 ER; Hessisches LSG, Beschluss vom 29.7.2021, L 6 AS 209/21.

..... ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Wir können nicht auf Zeiten nach der Revolution warten, da eine nur politisch-ökonomische Revolution die Verdrängung des Privatlebens nicht aufhebt.“

Helke Sander, Rede vor dem SDS, Frankfurt am Main, 1968

.....

konforme Auslegung erforderlich ist.⁴ So hat es in seinem Beschluss vom 8.7.2020 einen Beschluss des Hessischen LSG als Verfassungsverstoß eingestuft, in dem Grundsicherungsleistungen für den nicht mit der Mutter der Kinder verheirateten Vater abgelehnt wurden.⁵ Bei den Beschwerdeführer*innen handelte es sich um eine rumänische Familie, die Ende 2018 in die Bundesrepublik Deutschland eingereist war. Die drei gemeinsamen Kinder besuchten ein Berufsbildungsprojekt, die Mutter ging einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nach. Dem in Bedarfsgemeinschaft lebenden, mit der Mutter nicht verheirateten Vater wurden vom Jobcenter und anschließend vom Hessischen LSG Grundsicherungsleistungen verwehrt. Das Hessische LSG hätte in seiner Entscheidung die Wertungen der Art. 6 GG und Art. 8 EMRK berücksichtigen und die Konsequenz der Rückkehr des betroffenen Elternteils und damit die Trennung der Familie im Lichte von Art. 6 GG und Art. 8 EMRK würdigen müssen.

In einem späteren Beschluss vom 24.05.2023⁶ nahm das Hessische LSG folgerichtig einen eigenen Abschnitt zur grundrechtlichen Abwägung mit Art. 6 GG auf. Beim konkreten Sachverhalt ging es um SGB II-Leistungen für einen slowenischen Staatsangehörigen, welcher in Bedarfsgemeinschaft mit seiner Lebensgefährtin und einem 4 Jahre alten gemeinsamen Sohn (die ebenfalls slowenische Staatsangehörige sind) lebte. Trotz der Abwägung zu Art. 6 GG in der Beschlussbegründung hat das LSG ein abgeleitetes Aufenthaltsrecht aus § 11 Abs. 1 S. 11 FreizügG/EU i. V. m. § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AufenthG analog i. V. m. Art. 18 AEUV abgelehnt. Es hat argumentiert, dass es sich beim Grundrecht des Art. 6 GG um ein Abwehrrecht gegen staatliche Eingriffe in das ungestörte Zusammenleben in Ehe und Familie handele. Daraus lasse sich aber kein allgemeiner Anspruch ableiten, mit seiner Familie „auf Kosten der Allgemeinheit“ gerade in Deutschland zu leben. Vielmehr könnten ausländische Staatsangehörige grundsätzlich darauf verwiesen werden, das Grundrecht durch ein Zusammenleben im Herkunftsland zu verwirklichen. Zudem sei im konkreten Fall keine gravierende Beeinträchtigung gel-



Nina Hotopp, *On hand*, Acryl & Öl auf Leinwand, 2017

tend gemacht worden, die bei einer Herstellung des familiären Zusammenlebens im Heimatland drohen würde. Insbesondere könne die Lebensgefährtin des Antragstellers, die hier einer Beschäftigung als Reinigungskraft nachging, genauso gut als Reinigungskraft in ihrem Heimatland arbeiten. Die Tätigkeit als Reinigungskraft sei eine unqualifizierte Tätigkeit, die auch im Herkunftsstaat ausgeübt werden könne.

Die Argumentation und Wertung der Entscheidung des Hessischen LSG führt faktisch dazu, dass Unionsbürger*innen, die keine in Deutschland anerkannte Berufsausbildung haben, tendenziell der Leistungsbezug verwehrt wird. Damit macht die Entscheidung absichtlich oder unabsichtlich Rechtspolitik, nach der Migration vor allem aus Süd- und Osteuropa erschwert werden soll.

Die Rechtspolitik geht dabei auf Forderungen ein, etwas gegen „Sozialhilfetourismus“ oder „Armutsmigration“ zu unternehmen. Deutschland solle nicht Anziehungspunkt von Unionsbürger*innen aus Süd- und Osteuropa werden. Dabei ist empirisch nicht nachgewiesen, ob es „Sozialhilfetourismus“ gibt. Zudem wird der ökonomische Nutzen der Migration, der durchaus viel größer ist als deren Sozialkosten, verkannt. Die Argumentation bedient außerdem rassistische Vorurteile.⁷

Die Formulierung der ablehnenden Entscheidung des Hessischen LSG legt zudem den Umkehr-

⁴ Vgl. nur BVerfG, Beschluss vom 4.10.2019, 1 BvR 1710/18 und vom 8.7.2020, 1 BvR 932/20.

⁵ BVerfG, Beschluss vom 8.7.2020, 1 BvR 932/20.

⁶ Hessisches LSG, Beschluss vom 24.5.2023, L 7 AS 26/23 B ER.

⁷ So auch Röhner in Die Öffentliche Verwaltung, Begrenzte Inklusion, Mai 2021, Heft 10.

Röhner weist darauf hin, dass das Problem häufig Rom*nja und Sinti*zze betrifft, die ohnehin schon großer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt sind.

.....
ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Die stärksten Hindernisse erwachsen aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und der Ideologie des weiblichen ‚Wesens‘, die diese Arbeitsteilung stützt und zugleich von ihr erhalten wird.“

Helge Pross, *Über die Bildungschancen von Mädchen*, 1969

.....

schluss nahe, dass Familien mit Partnerinnen, die einer qualifizierten Tätigkeit nachgehen, einen stärkeren Schutz durch Art. 6 GG genießen als andere. Es liegt auf der Hand, dass Familien, in denen eher unqualifizierten Tätigkeiten nachgegangen wird, im Schnitt wirtschaftlich schlechter gestellt sind.

Der Abschnitt, in dem diese Grundrechtsdogmatik betrieben wird, beginnt mit der Feststellung, dass Art. 6 GG ein Abwehrrecht sei. Das Argument dient normalerweise dazu, die Freiheitsrechte vor einer politischen Überformung zu schützen und einer Aufweichung durch Einzelfallentscheidungen zu entziehen. Der Abschnitt endet aber mit einer Formulierung, die das Grundrecht im Gegenteil einer Einzelfallbetrachtung ausliefert und dessen Gehalt praktisch direkt von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Grundrechtsträger*innen abhängig macht.

Das ist beim Grundrecht aus Art. 6 GG besonders bedenklich. Geprüft werden muss beim vorliegenden Sachverhalt der Eingriff in das Grundrecht eines minderjährigen, noch nicht schulpflichtigen Kindes durch die Versagung des Anspruchs auf Sozialleistungen des Vaters. Die Stärke des Eingriffs wird vom Hessischen LSG daran gemessen, welchen Beruf die Mutter ausübt. Es kommt zum Ergebnis, dass der Eingriff nicht besonders schwer wiege, weil die Mutter putze. In der Grundrechtsdogmatik sollte der Beruf der Mutter des Grundrechtsträgers nur eine untergeordnete Rolle spielen.

In der Praxis gehen vor allem Frauen der Sorgearbeit nach und kümmern sich um das minderjährige, noch nicht schulpflichtige Kind. Es sind somit überwiegend Frauen, die von dieser Entscheidung betroffen sind, weil sie mangels eigener Erwerbstätigkeit zur Ausreise verpflichtet werden. Der Leistungsausschluss führt innerhalb einer Familie zu unterschiedlichen Behandlungen zwischen dem sorgenden und dem erwerbstragenden Elternteil. Da Unionsbürgerinnen mit minderjährigen Kindern strukturell bedingt schwieriger einer Beschäftigung nachgehen können, stellt die Verweigerung von Grundsicherungsleistungen in diesen Fällen auch eine mittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes dar und ist mit der Wertung des Art. 3 Abs. 2, 3 S. 1 GG nicht zu vereinbaren. Mittelbare Diskriminierung beschreibt dabei die Tendenz, dass Sorgearbeit weniger wertgeschätzt wird und es gleichzeitig vor allem Frauen sind, die der Kinderbetreuung nachgehen. Dadurch haben Frauen weniger Zeit sich zu qualifizieren und haben allgemein

einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt. Auch wenn es sich in der vorliegenden Entscheidung beim Antragssteller um den Vater gehandelt hat, kann die Wertung der Entscheidung den Kreislauf von mittelbarer Diskriminierung auf Grund des Geschlechtes nicht durchbrechen. Indem dem Antragsteller mit Verweis auf den Beruf der Partnerin und Mutter des gemeinsamen Kindes der Anspruch verweigert wurde, verstärkt sie die Tendenz, dass die statistisch gesehen geringere Qualifizierung von migrantisierten Müttern zur Beschränkung des Zugangs zu Sozialleistungen der ganzen Familie herangezogen wird.

Die sich selbst verstärkenden Tendenzen der mittelbaren Diskriminierung müssten hingegen aktiv durchbrochen werden. Dafür können innerhalb der Prüfung von Art. 3 Abs. 2 GG auch gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge dargestellt und zur Entscheidungsgrundlage gemacht werden. Art. 3 Abs. 2 GG kann auch als Auftrag gesehen werden, aktiv gegen mittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes vorzugehen.

Die ein abgeleitetes Aufenthaltsrecht ablehnenden Entscheidungen haben Bedeutung für sorgeberechtigte Elternteile minderjähriger, nicht schulpflichtige Unionsbürger*innen, in der Praxis überwiegend weniger qualifizierte Frauen. Da es sich bei den Grundsicherungsleistungen um existenzielle Leistungen handelt, ist die Bleibeperspektive der Betroffenen in der Bundesrepublik Deutschland davon abhängig.

Für Unionsbürgerinnen, die mit minderjährigen Kindern in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, ist es schwerer, vorher einer Beschäftigung nachgegangen zu sein, um ein dem Leistungsausschluss entgegenstehendes Aufenthaltsrecht als Arbeitnehmerin haben zu können. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt sind sie strukturell benachteiligt. Sie sind unter Umständen darauf angewiesen, für einen absehbaren Zeitraum Grundsicherungsleistungen zu erhalten bis sie sich hier integriert und Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt gefunden haben. Der Leistungsbezug stellt empirisch gesehen keinen Dauerzustand dar. Der ökonomische Nutzen von Migration ist im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation viel größer als die anfallenden Sozialkosten. Um der Wertung des Art. 6 GG gerecht zu werden und eine mittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes zu vermeiden, muss sich durch verfassungskonforme Auslegung ein Aufenthaltsrecht für den sorgeberechtigten Elternteil minderjähriger Unionsbürger*innen begründen lassen.

.....
ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Befreit die sozialistischen Eminenzen von ihren bürgerlichen Schwänzen!“

Weiberrat – Gruppe Frankfurt, 1968

.....

Urteil

LAG Niedersachsen, § 22 BBiG,
§§ 3, 7 AGG

Fristlose Kündigung eines Auszubildenden wegen sexueller Belästigung außerhalb der Arbeitszeit

1. Der Arbeitnehmer ist auch außerhalb der Arbeitszeit verpflichtet, auf die berechtigten Interessen des Arbeitgebers Rücksicht zu nehmen. Ein außerdienstliches Verhalten beeinträchtigt die berechtigten Interessen des Arbeitgebers oder anderer Arbeitnehmer, wenn es einen Bezug zur dienstlichen Tätigkeit hat. Das ist der Fall, wenn es negative Auswirkungen auf den Betrieb oder einen Bezug zum Arbeitsverhältnis hat.

2. Die einmalige sexuelle Belästigung einer Auszubildenden durch einen Auszubildenden aus dem gleichen Betrieb außerhalb der Arbeitszeit kann einen wichtigen Grund zur Kündigung des Berufsausbildungsverhältnisses gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 1 BBiG darstellen.

(Amtlicher Leitsatz)

Urteil des LAG Niedersachsen vom 28.02.2024 – 2 Sa 375/23

Die Nichtzulassungsbeschwerde ist anhängig, BAG – 6 AZN 293/24

Aus dem Sachverhalt:

Die Parteien streiten um den Bestand ihres Ausbildungsverhältnisses. [...]

Der [...] Kläger war seit dem 1. September 2020 als Auszubildender [...] in dem Betrieb der Beklagten [...] beschäftigt. [...] Der Kläger nahm im Rahmen von Bildungsurlaub [...] an einem sogenannten Jugend-1-Seminar [...] teil. Die einzige weibliche Teilnehmerin an diesem Seminar war die Zeugin K. Die Zeugin K. war wie weitere Teilnehmer des Seminars ebenfalls Auszubildende der Beklagten in deren Werk [...]. Der Kläger und die Zeugin K. kannten sich vor dem Seminar nicht. [...] Das weitere Geschehen ist zwischen den Parteien streitig.

Mit Schreiben vom 5. September 2022, dem Kläger am selben Tag zugegangen, erklärte die Beklagte gegenüber dem Kläger die fristlose Kündigung des Ausbildungsverhältnisses. [...]

Mit Urteil vom 18. April 2023 hat das Arbeitsgericht die Klage abgewiesen. Die zulässige Klage sei unbegründet. Das Ausbildungsverhältnis des Klägers habe aufgrund der fristlosen Kündigung vom 5. September 2022 sein Ende gefunden. Die Kündigung sei formwirksam, es liege ein wichtiger Grund im Sinne des § 22 Abs. 2 Nr. 1 BBiG vor.

Das Kündigungsschreiben vom 5. September 2022 genüge den Anforderungen des § 22 Abs. 3 BBiG. Es benenne konkret das dem Kläger vorgeworfene Verhalten gegenüber der Zeugin K. am 3. und 4. Juli 2022. Die Beweisaufnahme habe die Behauptung der Beklagten, der Kläger habe in der Nacht am 4. Juli 2022 seinen Arm um die Zeugin K. gelegt und dabei ihre Brust berührt sowie eine Kussbewegung in ihre Richtung gemacht, bestätigt. [...]

Aus den Gründen:

[...] Die Berufung ist unbegründet. [...]

2. Das Verhalten des Klägers gegenüber der Zeugin K. am 4. Juli 2022 ist ein wichtiger Grund im Sinne des § 22 Abs. 2 Nr. 1 BBiG.

a.) Gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 1 BBiG kann das Berufsausbildungsverhältnis nach der Probezeit vom Ausbilder nur aus wichtigem Grund fristlos gekündigt werden. Ein wichtiger Grund ist gegeben, wenn Tatsachen vorliegen, aufgrund deren dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen beider Vertragsteile die Fortsetzung des Berufsausbildungsverhältnisses bis zum Ablauf der Ausbildungszeit nicht zugemutet werden kann. Das Verständnis des wichtigen Grundes im Sinne von § 22 Abs. 2 Nr. 1 BBiG entspricht dem wichtigen Grund im Sinne von § 626 Abs. 1 BGB. Es ist zunächst zu prüfen, ob der Sachverhalt ohne seine besonderen Umstände an sich und damit typischerweise als wichtiger Grund geeignet ist. Alsdann bedarf es der weiteren Prüfung, ob dem Kündigenden die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses unter Berücksichtigung der konkreten Umstände des Falles und unter Abwägung der Interessen beider Vertragsteile jedenfalls bis zum Ablauf der Kündigungsfrist zumutbar war oder nicht (BAG, 31. Juli 2018 – 2 AZR 505/13 – Rn. 39; BAG, 8. Mai 2014 – 2 AZR 249/13 – Rn. 16; BAG, 13. Dezember 2018 – 2 AZR 370/18 – Rn. 15). [...]

b.) Das Verhalten in Form der sexuellen Belästigung der Zeugin K. durch den Kläger ist „an sich“ geeignet, einen wichtigen Grund im Sinne von § 626 Abs. 1 BGB, § 22 Abs. 2 Nr. 1 BBiG zu bilden.

aa.) Eine sexuelle Belästigung im Sinne von § 3 Abs. 4 AGG ist gemäß § 7 Abs. 3 AGG eine Verletzung vertraglicher Pflichten, die „an sich“ als wichtiger Grund im Sinne von § 626 Abs. 1 BGB geeignet ist. Sie liegt vor, wenn ein unerwünschtes, sexuell bestimmtes Verhalten, wozu auch sexuell bestimmte

..... ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Hausfrauen-Ehe abgeschafft“

Die ZEIT, 1976

.....

körperliche Berührungen und Bemerkungen sexuellen Inhalts gehören, bezweckt oder bewirkt, dass die Würde der betreffenden Person verletzt wird. Im Unterschied zu § 3 Abs. 3 AGG können auch einmalige sexuell bestimmte Verhaltensweisen den Tatbestand einer sexuellen Belästigung erfüllen.

Schutzgut der §§ 7 Abs. 3, 3 Abs. 4 AGG ist die sexuelle Selbstbestimmung als Konkretisierung des allgemeinen Persönlichkeitsrechtes nach Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG. Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung wird als das Recht verstanden, selbst darüber zu entscheiden, unter den gegebenen Umständen von einem oder mehreren Anderen in ein sexualbezogenes Geschehen involviert zu werden. Das schließt es ein, selbst über einen Eingriff in die Intimsphäre durch körperlichen Kontakt zu bestimmen. Bei Handlungen, deren Sexualbezogenheit aus sich heraus nicht zwingend ist, wie beispielsweise Umarmungen, kann sich eine Sexualbezogenheit aufgrund der mit ihnen verfolgten sexuellen Absicht ergeben. Eine solche kann auch darin bestehen, den Betroffenen unter Verletzung seines Rechts auf Selbstbestimmung sexualbezogen zu beschämen. Geht es dagegen um ein Verhalten, dass das Geschlechtliche im Menschen unmittelbar zum Gegenstand hat, genügt für das „Bewirken“ im Sinne von § 3 Abs. 4 AGG der bloße Eintritt der Belästigung. Gegenteilige Absichten oder Vorstellungen der für dieses Ergebnis aufgrund ihres Verhaltens objektiv verantwortlichen Person spielen keine Rolle.

Das Tatbestandsmerkmal der Unerwünschtheit verlangt – anders als noch § 2 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 BSchG – nicht, dass der Betroffene seine ablehnende Einstellung zu den fraglichen Verhaltensweisen aktiv verdeutlicht hat. Maßgeblich ist, ob allein die Unerwünschtheit der Verhaltensweise objektiv erkennbar war (BAG, 20. Mai 2021 – 2 AZR 596/20 – Rn. 24).

Die Beklagte hat ein eigenes schutzwürdiges Interesse daran, dass ihre Arbeitnehmer, Praktikanten und Auszubildenden respektvoll miteinander umgehen und gedeihlich zusammenarbeiten. Sie ist als Arbeitgeberin/Ausbilderin nach § 12 Abs. 1 und 3 AGG darüber hinaus gesetzlich verpflichtet, ihre Beschäftigten vor sexuellen Belästigungen zu schützen (vgl. BAG, 20. Mai 2021 – 2 AZR 596/20 – Rn. 23).

bb.) Nach dem Ergebnis der durchgeführten Beweisaufnahme durch Vernehmung der Zeugen K. und H. und dem Inhalt der gesamten mündlichen Verhandlung steht zur Überzeugung der Kammer fest (§ 286 ZPO), dass der Kläger am späten Abend des 4. Juli 2022 von hinten kommend seinen Arm um die Zeugin K. gelegt und dabei auf ihre Brust geschlagen hat, woraufhin die Zeugin K. gegenüber dem Kläger geäußert hat: „Fass mich nicht an!“ und weggelaufen ist. Während sie aus dem Schwimmbad herausgelaufen ist, hat der Kläger ihr hinterhergerufen: „Stell dich nicht so an!“. Durch diese sexuelle Belästigung hat der Kläger seine Pflicht zur Rücksichtnahme auf die Interessen der Beklagten gemäß § 241 Abs. 2 BGB erheblich verletzt. [...]

cc.) Das Verhalten des Klägers am 4. Juli 2022 gegenüber der Zeugin K. stellt eine sexuelle Belästigung im Sinne des § 3 Abs. 4 AGG dar.

Der Kläger hat [...] gegenüber der Zeugin K. zum Ausdruck gebracht, dass er selbst und nicht sie über einen Eingriff in ihre Intimsphäre durch körperlichen Kontakt bestimmen will. [...]

dd.) Der Kläger hat seine Pflicht aus § 241 Abs. 2 BGB, auf die berechtigten Interessen der Beklagten Rücksicht zu nehmen, durch die genannte sexuelle Belästigung der Zeugin K. im Sinne von § 3 Abs. 4 AGG verletzt. Dem steht nicht entgegen, dass die sexuelle Belästigung der Zeugin K. während des Jugend-1-Seminars [...] stattgefunden hat.

(1.) Der Arbeitnehmer ist auch außerhalb der Arbeitszeit verpflichtet, auf die berechtigten Interessen des Arbeitgebers Rücksicht zu nehmen. Die Pflicht zur Rücksichtnahme kann deshalb auch durch außerdienstliches Verhalten verletzt werden. Allerdings kann ein außerdienstliches Verhalten des Arbeitnehmers die berechtigten Interessen des Arbeitgebers oder anderer Arbeitnehmer grundsätzlich nur beeinträchtigen, wenn es einen Bezug zur dienstlichen Tätigkeit hat. Das ist der Fall, wenn es negative Auswirkungen auf den Betrieb oder einen Bezug zum Arbeitsverhältnis hat. Fehlt ein solcher Zusammenhang, scheidet eine Pflichtverletzung regelmäßig aus (BAG, 27. Januar 2011 – 2 AZR 825/09 – Rn. 31).

(2.) Die vom Kläger begangene sexuelle Belästigung hat einen solchen Bezug zum Arbeitsverhältnis. Dieser Bezug besteht bereits darin, dass der Kläger sei-

..... ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Daß die extreme Begünstigung des wohlhabenden Ehemannes der Nur-Hausfrau für sich betrachtet mit der Steuergerechtigkeit – Art. 3 Absatz 1 – unvereinbar ist, dürfte unbestreitbar sein. Zur Rechtfertigung kann nur auf Art. 6 Absatz 1 Bezug genommen werden. Eine Maßnahme, die nur etwa 2,7% der Steuerpflichtigen, und zwar nur aus der wohlhabendsten Schicht begünstigt, kann aber kaum ernstlich als Maßnahme des Eheschutzes qualifiziert werden. Ich halte deshalb das Splitting für verfassungswidrig.“

Erna Scheffler, Die Gleichberechtigung der Ehepartner im Bewußtsein unserer Zeit, 1960

.....

ne Kollegin, die Zeugin K., belästigt hat. Die von dem Kläger begangene sexuelle Belästigung hatte zudem negative Auswirkungen auf das betriebliche Miteinander. Die Zeugin K. hat gegenüber der Werkssicherheit [...] angegeben, dass sie weder mit dem Kläger reden wolle noch mit ihm alleine sein wolle. Sie habe Angst vor ihm. Die sexuelle Belästigung stellt nach § 7 Abs. 3 AGG eine Verletzung arbeitsvertraglicher Pflichten dar. Dies ergibt sich zudem auch aus der auf das Ausbildungsverhältnis anwendbaren Gesamtbetriebsvereinbarung Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz. Zudem stellt eine sexuelle Belästigung anderer Beschäftigter oder anderer Auszubildender regelmäßig eine Störung des Betriebsfriedens dar, die nach der Gesamtbetriebsvereinbarung Arbeitsordnung eine fristlose Kündigung nach sich ziehen kann.

c.) Die außerordentliche Kündigung verstößt nicht gegen das Ultima-Ratio-Prinzip. [...]

bb.) Aufgrund des im Anwendungsbereich des Kündigungsschutzgesetzes allgemein geltenden Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und des für verhaltensbedingte Kündigungen geltenden Prognoseprinzips ist vor jeder Kündigung, die wegen eines steuerbaren Fehlverhaltens des Auszubildenden ausgesprochen wird, grundsätzlich eine Abmahnung erforderlich. Die gilt jedenfalls dann, wenn damit gerechnet werden kann, dass eine Abmahnung zu einem vertragsgemäßen Verhalten in der Zukunft führen wird und eine Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Arbeitgeber und Auszubildendem erwartet werden kann. Eine Abmahnung ist dann entbehrlich, wenn es um schwerwiegende Pflichtverletzungen geht, deren Rechtswidrigkeit ohne weiteres erkennbar ist und bei denen eine Hinnahme oder Duldung dieses Verhaltens durch den Arbeitgeber offensichtlich ausgeschlossen ist. In einem solchen Fall kann durch eine Abmahnung als milderer Mittel die Wiederherstellung des für ein Arbeitsverhältnis notwendigen Vertrauens nicht erwartet werden (vgl. BAG, 23. Juni 2009 – 2 AZR 103/08 – Rn. 33; BAG, 10. Juni 2010 – 2 AZR 541/09 – Rn. 37; BAG, 1. Juli 1999 – 2 AZR 676/98 – Rn. 27 ff.).

cc.) Gemessen an diesen Voraussetzungen war eine vorherige Abmahnung des Klägers wegen der Schwere der Pflichtverletzung entbehrlich.

Ihm musste bewusst sein, dass es sich bei seinem Verhalten um eine sehr schwere Vertragspflichtverletzung handelte, die seitens der Beklagten nicht geduldet wird. Der Kläger durfte auch unter Berücksichtigung

der Besonderheiten des Berufsausbildungsverhältnisses nicht mit berechtigten Gründen davon ausgehen, dass die Beklagte sein Verhalten gegenüber der Zeugin K. auch nur im Einzelfall duldet. [...] Das Verhalten des Klägers und seine Äußerung, die Zeugin K. „sollte sich nicht so anstellen“, lässt deutlich erkennen, dass er nicht gewillt ist, seinen Pflichten als Auszubildender nachzukommen, sondern im Einzelfall von weiblichen Auszubildenden erwartet, dass sie seinen sexuellen Zudringlichkeiten nachgeben oder sie zumindest dulden. Das Verhalten des Klägers ist als sexuell motiviert anzusehen und auch von der Zeugin K. so wahrgenommen worden. Unter Berücksichtigung aller Umstände wiegt das Verhalten des Klägers so schwer, dass eine Abmahnung entbehrlich war.

Als milderer Mittel gegenüber der außerordentlichen Kündigung kommt eine Versetzung in einen anderen Betrieb der Beklagten nicht in Betracht. Dem steht die Schwere des Fehlverhaltens des Klägers entgegen. Ferner wäre der Kläger auch in einem anderen Werk der Beklagten in einem anderen Ausbildungsjahrgang mit anderen (weiblichen) Auszubildenden zusammen.

d.) Die abschließende Abwägung der beiderseitigen Interessen führt zu dem Ergebnis, dass vorliegend das Interesse der Beklagten an der sofortigen Beendigung des Ausbildungsverhältnisses das Interesse des Klägers an einer Fortsetzung des Ausbildungsverhältnisses überwiegt.

aa.) Bei dieser Gesamtwürdigung ist das Interesse des Ausbilders an einer sofortigen Beendigung des Ausbildungsvertrages gegen das Interesse des Auszubildenden an dessen Fortbestand abzuwägen. [...] Eine außerordentliche Kündigung kurz vor Abschluss der Ausbildung ist nahezu kaum möglich.

bb.) Bei der gebotenen Anwendung vorstehender Grundsätze erweist sich die außerordentliche Kündigung der Beklagten als verhältnismäßig.

Auf Seiten des Klägers ist sein Interesse zu berücksichtigen, seine Ausbildung bei der Beklagten zu Ende zu bringen sowie der Umstand, dass er nicht erst am Anfang seiner Ausbildung bei der Beklagten stand. Andererseits befand er sich aber auch nicht kurz vor Abschluss der Ausbildung, sondern (erst) zu Beginn des 3. Lehrjahres. Er hatte sonach erst etwas mehr als die Hälfte seiner Ausbildungszeit bei der Beklagten zurückgelegt.

Die insoweit für den Kläger ins Feld zu führenden Gesichtspunkte müssen jedoch hinter den Inte-

..... ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„[Das] kommt zur rechten Zeit. ... Arbeitswelt und Rentenbereich
bedürfen dringend der Anpassung an Art. 3 Abs. 2 GG.“

Elisabeth Selbert, Vorwort zu Ines Reich-Hilweg: Männer und Frauen sind gleichberechtigt, 1979

.....

ressen der Beklagten zurücktreten. Der vorliegende Kündigungssachverhalt belastet den Kläger so stark, dass aus der Sicht eines verständigen Arbeitgebers angesichts der Schwere des Fehlverhaltens nur die Möglichkeit bestand, sich mit sofortiger Wirkung zu trennen. Konkret ergibt sich die Schwere der begangenen Pflichtverletzung aus dem sexualisierten körperlichen Übergriff gegenüber der Zeugin K. [...]

Die Beklagte ist nach § 12 AGG in einem umfassenden Sinne dazu verpflichtet, die bei ihr Beschäftigten (vgl. § 6 Abs. 1 AGG) vor Benachteiligungen wegen eines in § 1 AGG genannten Grundes zu schützen. Dazu gehört insbesondere ein effektiver Schutz vor sexuellen Belästigungen im Sinne von § 3 Abs. 4 AGG. § 12 Abs. 3 AGG schränkt das Auswahlmessen der Beklagten im Rahmen der Auswahl der geeigneten, erforderlichen und angemessenen Maßnahmen, zu denen auch die Kündigung gehört, insoweit ein, als der Arbeitgeber die Benachteiligung zu „unterbinden“ hat. Nach § 12 Abs. 3 AGG hat der Arbeitgeber bei Verstößen gegen das Benachteiligungsverbot des § 7 Abs. 1 AGG, zu denen auch sexuelle Belästigungen im Sinne von § 3 Abs. 4 AGG gehören, die geeigneten, erforderlichen und angemessenen arbeitsrechtlichen Maßnahmen wie Abmahnung, Umsetzung, Versetzung oder Kündigung zu ergreifen. Welche Maßnahmen der Arbeitgeber als verhältnismäßig ansehen darf, hängt von den konkreten Umständen, u. a. von ihrem Umfang und ihrer Intensität ab (BAG, 20. November 2014 – 2 AZR 651/13 – Rn. 15; BAG, 9. Juni 2011 – 2 AZR 223/10 – Rn. 16).

Geeignet im Sinne der Verhältnismäßigkeit sind daher nur solche Maßnahmen, von denen der Arbeitgeber annehmen darf, dass sie die Benachteiligung für die Zukunft abstellen, d. h. eine Wiederholung ausschließen (BAG, 29. Juni 2017 – 2 AZR 302/16 – Rn. 29).

Soweit die Beklagte diesen gesetzlichen Anforderungen nicht genügt, besteht für sie das Risiko, mit Schadensersatzansprüchen diskriminierter Beschäftigter konfrontiert zu werden. Für den erforderlichen Schutz hat die Beklagte u. a. mit dem bei ihr geltenden „Code of Conduct“, mit der Betriebsvereinbarung „Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz“ und auch durch das installierte Hinweisgebersystem die strukturellen Voraussetzungen geschaffen. Die Beklagte hat insofern ein legitimes generalpräventives Interesse daran, dass für die Belegschaft sichtbar wird, dass Verstöße gegen die entsprechenden Vorschriften zum Schutz der Persönlichkeit und der sexuellen Integrität konsequent und effizient geahndet werden. Die

Zeugin K. hat bekundet, sie sei zur Jugendvertretung gegangen, weil sie der Auffassung sei, das Verhalten des Klägers gehöre sich nicht. Es seien nicht viele Frauen bei der Beklagten und deshalb müsse man sich das Verhalten des Klägers nicht gefallen lassen. [...]

Urteil mit Anmerkung

LAG Niedersachsen, § 17 BEEG, § 26 TVöD

Elternzeit – keine Kürzung des Urlaubsanspruchs durch Tarifklausel

1. Die Tarifnorm des § 26 Abs. 2c TVöD enthält oder ersetzt nicht die nach § 17 Abs. 1 Satz 1 BEEG erforderliche Erklärung des Arbeitgebers, den Erholungsurlaub für jeden vollen Kalendermonat der Elternzeit um ein Zwölftel zu kürzen. Dem stehen die auch durch Tarifvertrag nicht abdingbaren Regelungen gemäß §§ 1, 3 Abs. 1 BUrlG entgegen.

2. Auch soweit der Urlaubsanspruch den gesetzlichen Mindesturlaub übersteigt, enthält oder ersetzt § 26 Abs. 2c TVöD nicht die Kürzungserklärung des Arbeitgebers gemäß § 17 Abs. 1 Satz 1 BEEG.

3. Im bestehenden Arbeitsverhältnis kann der Arbeitgeber sein Kürzungsrecht vor, während und nach dem Ende der Elternzeit ausüben, nicht jedoch vor der Erklärung des Arbeitnehmers, Elternzeit in Anspruch zu nehmen. (Amtlicher Leitsatz)

Urteil des LAG Niedersachsen vom 27.02.2024, 10 Sa 586/23 (r.k.)

Anmerkung

Im Streit steht die Zahlung von Urlaubsabgeltung, nachdem das Arbeitsverhältnis nach Ablauf der letzten Elternzeit einvernehmlich geruht und danach durch Auflösungsvereinbarung geendet hat. Eine explizite Kürzungserklärung gemäß § 17 Abs. 1 S. 1 BEEG hat der Arbeitgeber nicht abgegeben. Auf das Arbeitsverhältnis der Klägerin fand allerdings aufgrund arbeitsvertraglicher Inbezugnahme der TVöD Anwendung. Dieser enthält in § 26 Abs. 2c TVöD die Regelung, dass sich die Dauer des Erholungsurlaubs einschließlich eines etwaigen Zusatzurlaubs für jeden vollen Kalendermonat um ein Zwölftel vermindert, während das Arbeitsverhältnis ruht. Der Arbeitgeber meinte nun, diese Tarifnorm enthalte oder ersetze die nach § 17 Abs. 1 S. 1 BEEG erforderliche Erklärung des Arbeitgebers. Sowohl Arbeitsgericht als auch das

..... ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Weg mit Lohngruppe III!“ „Eine Mark mehr für alle!“

Streik der Arbeiterinnen gegen Leichtlohngruppen in Neuss, 1973

.....

Landesarbeitsgericht sahen das anders und sprachen der Klägerin den Urlaubsabgeltungsanspruch (ungekürzt) zu. Das Landesarbeitsgericht hat die Revision zugelassen, Revision ist nicht eingelegt.

Im Unterschied zu anderen Ruhestatbeständen, die von vornherein zur Folge haben, dass Urlaubsansprüche nicht entstehen (vgl. zum unbezahlten Sonderurlaub nach § 28 TV-L, BAG Urteil vom 21.05.2019, 9 AZR 259/18 – Rn. 11 bis 15), entsteht Urlaub trotz der Suspendierung der beiderseitigen Hauptpflichten aus dem Arbeitsverhältnis auch während der Elternzeit, doch kann der Arbeitgeber eine Kürzung des entstandenen Urlaubsanspruchs nach § 17 Abs. 1 S. 1 BEEG durch einseitige, empfangsbedürftige Erklärung um 1/12 für jeden vollen Monat der Elternzeit herbeiführen. Dabei kann die Kürzungserklärung rechtswirksam nicht vor dem konkreten Elternzeitverlangen abgegeben werden (BAG, Urteil vom 19.03.2019, 9 AZR 495/17, STREIT 4/2019, 165 mit Praxishinweis) und auch nicht mehr nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (BAG, Urteil vom 19.05.2015, 9 AZR 725/13, STREIT 1/2016, S. 43).

Das Landesarbeitsgericht Niedersachsen hatte sich nun mit der Frage zu befassen, ob die tarifvertragliche Kürzungsregelung als eine nach § 17 BEEG erforderliche Kürzungserklärung angesehen werden kann und hat das im Ergebnis mit zutreffender Argumentation verneint.

Zum einen kann in Bezug auf den gesetzlichen Mindesturlaub gemäß § 13 Abs. 1 S. 1 BUrlG von den zwingenden Vorschriften der §§ 1, 2 und 3 Abs. 1 BUrlG nicht durch tarifvertragliche Regelung abgewichen werden. Das wäre aber der Fall, wenn § 26 Abs. 2 TVöD dahingehend ausgelegt wird, dass die Norm auch das Ruhen des Arbeitsverhältnisses während der Elternzeit erfasste. Entfielen der Anspruch auf Erholungsurlaub für die Elternzeit schon kraft der Tarifnorm, so wäre dies für die Arbeitnehmerin ungünstiger als die gesetzliche Regelung, weil der Mindesturlaub nach § 3 Abs. 1 BUrlG unterschritten würde. Nichts anderes gilt für den Urlaubsanspruch oberhalb des gesetzlichen Mindesturlaubs, denn § 17 Abs. 1 Satz 1 BEEG unterscheidet nicht zwischen dem gesetzlichen Mindesturlaub und dem diesen übersteigenden Anspruch, sondern spricht einheitlich von „Erholungsurlaub“. Der Arbeitgeber hat es für alle Bestandteile des Erholungsurlaubs gleichermaßen in der Hand, eine wirksame Kürzungserklärung abzugeben.



Nina Hotopp, *Mother IV*, Acryl & Öl auf Leinwand, 2019

Zum anderen ist zu § 17 BEEG entschieden, dass der Arbeitgeber das Kürzungsrecht nicht gleichsam auf Vorrat aussprechen kann, sondern erst, wenn er weiß, dass und für welchen Zeitraum Elternzeit in Anspruch genommen werden soll, mithin ein konkretes Elternzeitverlangen nach § 16 Abs. 1 Satz 1 BEEG vorliegt (BAG, Urteil vom 19.03.2019, 9 AZR 495/17, STREIT 4/2019, 165 mit Praxishinweis).

Fazit:

Möchte der Arbeitgeber den Anspruch auf Erholungsurlaub kürzen, muss er sein Kürzungsrecht ausüben, wozu eine hierauf gerichtete rechtsgeschäftliche Erklärung erforderlich ist, die ausdrücklich oder stillschweigend abgegeben werden kann und der Arbeitnehmerin zugehen muss. Dazu ist es ausreichend, dass dem Arbeitnehmer – abweichend vom Urlaubsverlangen – nur der gekürzte Urlaub gewährt wird oder für ihn aufgrund sonstiger Umstände erkennbar ist, dass der Arbeitgeber sein Kürzungsrecht ausüben will. Allein das Bestehen einer Tarifnorm, wonach Urlaub sich im Falle des Ruhens des Arbeitsverhältnisses automatisch kürzt, führt nicht zur Kürzung des Urlaubs bei Elternzeit.

Rechtsanwältin Susette Jörk, Leipzig

.....
ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Die Gesellschaft ändert sich, der Gesetzgeber reagiert, oft zu spät und als Mann.“

Elisabeth Schwarzhaupt, 1984

.....

Urteil

LSG Berlin-Brandenburg, § 7 SGB II, § 2 FreizügG/EU 2004

Aufrechterhaltung des Freizügigkeitsrechts mit Zeiten schwangerschaftsbedingten Beschäftigungsverbots

§ 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 FreizügG/EU ist verfassungskonform dahingehend auszulegen, dass auch Zeiten eines schwangerschaftsbedingten Beschäftigungsverbotes in die Berechnung der Jahresfrist einzubeziehen sind. (Amtlicher Leitsatz)

Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 13.06.2024, L 25 AS 43/24

Aus dem Sachverhalt:

Streitig sind Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) für den Zeitraum vom 1. April 2021 bis zum 31. Juli 2021.

Die [...] Klägerin zu 1. und ihre Tochter, die am September 2020 geborene Klägerin zu 2., sind rumänische Staatsangehörige. Die Klägerin zu 1. lebt seit dem 20. Juni 2019 in Deutschland. Vom 3. Juli 2019 bis zum 2. Juli 2020 war sie als Produktionshelferin [...] beschäftigt. Grundlage hierfür war ein befristeter Arbeitsvertrag, in dem eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden und ein Stundenlohn von 9,20 Euro vereinbart worden waren. Unter dem 5. März 2020 sprach der Arbeitgeber nach Überprüfung des Arbeitsplatzes laut Mutterschutzgesetz (MuschG; §§ 4, 8 MuSchG) ab dem 3. April 2020 ein generelles Beschäftigungsverbot aus. Die Klägerin war ab dem 3. April 2020 nicht mehr für den Arbeitgeber tätig, der ihr nunmehr Mutterschutzlohn [...] zahlte. Mit Bescheid vom 19. November 2020 bescheinigte die Bundesagentur für Arbeit – Agentur für Arbeit L –, dass in Bezug auf die vorgenannte Beschäftigung die Arbeitslosigkeit unverschuldet eingetreten und die Bereitschaft zur Beendigung der Arbeitslosigkeit gegeben sei. Zudem wurde die unfreiwillige Arbeitslosigkeit im Sinne des § 2 Abs. 3 Nr. 2 des Freizügigkeitsgesetzes/EU (FreizügG/EU) bestätigt. [...].

Ihren Antrag auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts lehnte der Beklagte mit Bescheid vom 10. März 2021 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 19. April 2021 mit der Begründung ab, ein Anspruch sei gemäß § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II ausgeschlossen. Die Klägerin zu 1. verfüge über kein Daueraufenthaltsrecht im Sinne des § 7 Abs. 1 Satz 4 SGB II. Sie sei auch nicht Arbeitneh-

merin im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 1 FreizügG/EU. [...] Damit liege ihr hier nur ein Aufenthaltsrecht zum Zwecke der Arbeitsuche vor, woraus der Leistungsausschluss folge. Hiergegen haben die Klägerinnen [...] Klage erhoben. [...]

Mit Gerichtsbescheid vom 5. Dezember 2023 hat das Sozialgericht den Beklagten unter Aufhebung des Bescheides vom 10. März 2021 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 19. April 2021 dazu verurteilt, den Klägerinnen für den Zeitraum vom 1. April bis zum 31. Juli 2021 Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II unter Berücksichtigung ihrer tatsächlichen Kosten der Unterkunft und Heizung zu gewähren. [...] Gegen den [...] Gerichtsbescheid hat der Beklagte [...] Berufung eingelegt. [...].

Aus den Gründen:

[...] Die zulässige Berufung des Beklagten ist nicht begründet. Der angefochtene Gerichtsbescheid ist zutreffend. Die zulässige Klage ist begründet. Der angefochtene Bescheid vom 10. März 2021 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 19. April 2021 ist rechtswidrig und verletzt die Klägerinnen in ihren Rechten. Ihnen stehen für den streitigen Zeitraum Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II zu.

[...] Der hier allein streitige Leistungsausschluss des § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 b) SGB II ist nicht einschlägig. Danach sind von Leistungen ausgenommen Ausländerinnen und Ausländer, deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitsuche ergibt, und ihre Familienangehörigen. Die Klägerin zu 1. ist zwar Ausländerin. Sie hat sich im streitigen Zeitraum aber nicht nur zur Arbeitsuche in Deutschland aufgehalten. Sie war während der Zeit des Bestehens des Beschäftigungsverhältnisses vom 3. Juli 2019 bis zum 2. Juli 2020 Arbeitnehmerin im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 1 FreizügG/EU. Dieser Status ist ihr nach § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 FreizügG/EU erhalten geblieben. Danach bleibt das Recht nach Absatz 1 für Arbeitnehmer unberührt bei unfreiwilliger durch die zuständige Agentur für Arbeit bestätigter Arbeitslosigkeit oder Einstellung einer selbständigen Tätigkeit infolge von Umständen, auf die der Selbständige keinen Einfluss hatte, nach mehr als einem Jahr Tätigkeit. Eine unfreiwillige durch die zuständige Agentur für Arbeit bestätigte Arbeitslosigkeit liegt hier ohne weiteres vor, diese bescheinigt durch Bescheid der Agentur für Arbeit L vom 19. November 2020. Im Rechtssinne liegt hier auch eine mehr

..... ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Wir haben abgetrieben!“

Titelblatt des Stern, Kampagne der westdeutschen Frauenbewegung, 1971

.....

als einjährige Tätigkeit vor. Dass § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 FreizügG/EU auch für Tätigkeiten gilt, die genau ein Jahr gedauert haben, hat das BSG ausdrücklich entschieden (Urteil vom 9. März 2022 – B 7/14 AS 79/20 R – SGB 2022, 699 mit Anm. Bokeloh). Der Senat schließt sich dieser Rechtsprechung an, so dass § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 FreizügG/EU hier nicht schon deshalb ausgeschlossen ist, weil die Tätigkeit der Klägerin zu 1. genau ein Jahr gedauert hat.

Dem Anspruch steht hier auch nicht der Umstand entgegen, dass die Klägerin zu 1. ab dem 3. April 2020 aufgrund eines von ihrem Arbeitgeber erklärten Beschäftigungsverbotes tatsächlich nicht mehr gearbeitet hat. Die Klägerin zu 1. war vom 3. Juli 2019 bis zum 2. Juli 2020 durchgehend Arbeitnehmerin und damit tätig im Sinne des § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 FreizügG/EU.

Nach § 2 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2 Nr. 1 FreizügG/EU sind unionsrechtlich freizügigkeitsberechtigt Unionsbürger, die sich als Arbeitnehmer oder zur Berufsausbildung aufhalten wollen. Der Begriff des Arbeitnehmers im Freizügigkeitsrecht ist als autonomer Begriff des Gemeinschaftsrechts unionsrechtlich zu bestimmen; er muss mit dem jeweiligen mitgliedstaatlichen Arbeitnehmerbegriff nicht übereinstimmen. In Abgrenzung zu Nichterwerbstätigen ist jeder als „Arbeitnehmer“ im Sinne von Art. 45 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) anzusehen, der eine tatsächliche und echte Tätigkeit ausübt, wobei Tätigkeiten außer Betracht bleiben, die einen so geringen Umfang haben, dass sie sich als völlig untergeordnet und unwesentlich darstellen. Das wesentliche Merkmal des Arbeitsverhältnisses besteht darin, dass jemand während einer bestimmten Zeit für einen anderen nach dessen Weisung Leistungen erbringt, für die er als Gegenleistung eine Vergütung erhält.

Zugleich bleibt das Freizügigkeitsrecht nach § 2 Abs. 1 FreizügG/EU nach den Regelungen in Abs. 3 Satz 1 für Arbeitnehmer und selbstständig Erwerbstätige unberührt bei vorübergehender Erwerbsminderung in Folge Krankheit oder Unfall, unfreiwilliger durch die zuständige Agentur für Arbeit bestätigter Arbeitslosigkeit oder Einstellung einer selbstständigen Tätigkeit in Folge von Umständen, auf die der Selbstständige keinen Einfluss hatte, nach mehr als einem Jahr Tätigkeit oder Aufnahme einer Berufsausbildung, wenn zwischen der Ausbildung und der früheren Erwerbstätigkeit ein Zusammenhang besteht. Im Umkehrschluss verliert eine Person freizügigkeitsrechtlich die Arbeitnehmereigenschaft also mit Beendigung des

Arbeitsverhältnisses, wobei jedoch – wie die in § 2 Abs. 3 Satz 1 FreizügG/EU aufgeführten Fallkonstellationen zeigen – diese Eigenschaft nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses bestimmte Folgewirkungen haben kann. Damit hängen die Arbeitnehmereigenschaft im Sinne des Art. 45 AEUV und die sich aus ihr ergebenden Rechte nicht unbedingt vom tatsächlichen Bestehen oder Fortbestehen eines Arbeitsverhältnisses ab (vgl. BSG, Urteil vom 9. März 2022 – B 7/14 AS 91/20 R – NZS 2023, 259 mit Anm. Becker).

Über die Fälle des tatsächlich beendeten Arbeitsverhältnisses hinaus hat der EuGH seine Rechtsprechung in Sachverhaltskonstellationen weiterentwickelt, in denen – bei einem fortbestehenden Arbeitsverhältnis – das Erfordernis der tatsächlichen Tätigkeit für die Erfüllung des Arbeitnehmerbegriffs ausnahmsweise entfallen kann. Für Erziehende in Elternzeit, deren Arbeitsverhältnis nach nationalem Recht ruht, hat er ausgeführt, dass der Arbeitnehmer im Elternurlaub während dieses Urlaubs ein Arbeitnehmer im Sinne des Unionsrechts bleibt. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Rechte, die der Arbeitnehmer bei Antritt des Elternurlaubs bereits erworben hatte oder dabei war zu erwerben, bis zum Ende des Elternurlaubs bestehen bleiben und sich der Arbeitnehmer im Anschluss an den Elternurlaub im Hinblick auf diese Rechte in derselben Situation befindet wie vor dem Elternurlaub (vgl. die Nachweise im Urteil des BSG vom 9. März 2022 – B 7/14 AS 91/20 R – NZS 2023, 259). Wenn aber die Arbeitnehmereigenschaft nach vorstehenden Ausführungen durch einen Elternurlaub unberührt bleibt, gilt das Gleiche erst recht für den vorliegenden Fall eines schwangerschaftsbedingten Beschäftigungsverbotes. Entsprechend hat der EuGH auch in der vom Sozialgericht in Bezug genommenen Entscheidung vom 19. Juni 2014 (C-507/12 – Saint Prix – NZA 2014, 765) Art. 45 AEUV dahin ausgelegt, dass eine Frau, die ihre Erwerbstätigkeit wegen der körperlichen Belastungen im Spätstadium ihrer Schwangerschaft und nach der Geburt des Kindes aufgibt, die Arbeitnehmerschaft im Sinne dieser Vorschrift behält, sofern sie innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach der Geburt ihres Kindes ihre Beschäftigung wieder aufnimmt oder eine andere Stelle findet. Dabei kann die letztgenannte Einschränkung – Aufnahme der Beschäftigung innerhalb angemessener Zeit – vorliegend keine Rolle spielen, weil am Erhalt der Arbeitnehmereigenschaft (jedenfalls) bis zum 2. Juli 2020 keine Zweifel bestehen, da die Klägerin zu 1. bis dahin einem Beschäftigungsverbot unterlag und das Arbeitsverhältnis mit ihrem Arbeitgeber bestand.

Wenn aber die Klägerin zu 1. jedenfalls bis zum 2. Juli 2020 Arbeitnehmerin war, war sie auch im Sinne des § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 FreizügG/EU „tätig“. Das gilt umso mehr, als Frauen durch die mutterschutzrechtlichen Vorschriften keine Nachteile im Erwerbsleben erleiden dürfen (BeckOK ArbR/Dahm MuSchG § 3 Rn. 6). Das Bundesverfassungsgericht hatte es als mit Art. 6 Abs. 4 des Grundgesetzes unvereinbar erachtet, dass Zeiten, in denen Frauen wegen der mutterschutzrechtlichen Beschäftigungsverbote ihre versicherungspflichtige Beschäftigung unterbrechen, nach damaligem Recht bei der Berechnung der Anwartschaftszeit in der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung nicht berücksichtigt wurden (Beschluss vom 28. März 2006 – 1 BvL 10/01 – NJW 2006, 1721). Bei dieser Sachlage ist § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 FreizügG/EU verfassungskonform dahingehend auszulegen, dass auch Zeiten eines schwangerschaftsbedingten Beschäftigungsverbot in die Berechnung der Jahresfrist einzubeziehen sind. Der Einwand des Beklagten, zur Bestimmung des Endes der Fortgeltungsdauer der Beschäftigten-eigenschaft sei in der Regel auf die Mutterschutzfrist des § 6 Abs. 1 MuSchG – also acht Wochen nach der Entbindung – zurückzugreifen, greift vorliegend nicht durch, weil im Rahmen der Auslegung des § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 FreizügG/EU der Fortbestand der Arbeitnehmereigenschaft bis zum 2. Juli 2020 ausreicht, um von einer einjährigen Tätigkeit im Sinne des § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 FreizügG/EU auszugehen.

Ob die demnach erhaltene Arbeitnehmereigenschaft unbegrenzt andauert oder von einer zweijährigen Höchstfrist auszugehen ist (vgl. Bergmann/Dienelt/Dienelt FreizügG/EU § 2 Rn. 126; offen gelassen in BSG, Urteil vom 13. Juli 2017 – B 4 AS 17/16 R – juris), kann dahinstehen, weil eine solche Frist vorliegend im streitigen Zeitraum noch nicht verstrichen war.

Eine Vorlage an den EuGH gemäß Art. 267 AEUV war hier nicht [...] notwendig, weil die Arbeitnehmereigenschaft schwangerer Frauen, die aus Gründen des Mutterschutzes einem Beschäftigungsverbot unterliegen, durch die Rechtsprechung des EuGH bereits eindeutig bejaht worden ist (Urteil vom 19. Juni 2014 – C-507/12 – Saint Prix – NZA 2014, 765). Daraus ergibt sich auch im Zusammenspiel mit deut-

schem Verfassungsrecht zwanglos die hier gefundene Auslegung des § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 FreizügG/EU, so dass die hier aufgeworfene Frage eindeutig zu beantworten ist („acte clair“; vgl. BSG, Urteil vom 29. März 2022 – B 11 AL 4/21 R – juris).

Urteil

VG Chemnitz, § 3b Abs. 1 Nr. 4 AsylG **Flüchtlingseigenschaft für marokkanische junge Frau wegen häuslicher Gewalt und drohender Zwangsverheiratung**

1. Frauen müssen insgesamt als einer sozialen Gruppe im Sinne der Richtlinie 2011/95 zugehörig angesehen werden, wenn sie aufgrund ihres Geschlechts häuslicher Gewalt ausgesetzt sind.

2. Alleinstehenden Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, steht in Marokko kein zumutbarer staatlicher Schutz zur Verfügung.

(Leitsätze der Redaktion)

Urteil des Verwaltungsgerichts Chemnitz vom 08.02.2024, Az.: 4 K 1371/20.A

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin ist eine 1997 geborene marokkanische Staatsangehörige und reiste 2020 in die Bundesrepublik ein, wo sie einen Asylantrag stellte, welchen das Bundesamt vollumfänglich ablehnte. Sie trug vor, ihr Heimatland verlassen zu haben, da sie sich von ihrem Vater und ihren Stiefmüttern und Halbgeschwistern schlecht behandelt fühlte.

Ihr Vater habe sie mit einem älteren Mann verheiratet wollen und ihr sei es teilweise verboten worden zur Schule zu gehen. Er habe sie geschlagen und ins Zimmer gesperrt und von ihr verlangt, einen Hijab zu tragen. Von ihren vier Stiefmüttern sei sie wie ein Dienstmädchen behandelt und auch geschlagen worden. Ihre leibliche Mutter befände sich bereits seit 2013 in Deutschland. Eine gemeinsame Ausreise habe der Vater damals verboten. Die Klägerin befürchte bei einer Rückkehr, dass sich der Vater aufgrund ihrer unautorisierten Ausreise an ihr rächen werde.

.....
ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Am Anfang machten wir die Sprechstunde nicht gerne, wir fanden sie auch unpolitisch. ... Wir haben ... die Frauen nicht von Anfang an systematisch nach ihren Erfahrungen gefragt. Wir fingen erst damit an, als sich bestimmte Angaben über Ärzte häuften, immer schrecklichere Fesseln deutlich wurden.... Die Sprechstunde hat uns bestätigt, dass die Fristenlösung keinesfalls zu akzeptieren ist, sondern dass die Frauen die ersatzlose Streichung des § 218 durchsetzen müssen.“

Brot und Rosen, Abtreibung und Verhütungsmittel, 1974

.....

Aus den Gründen:

Die zulässige Klage ist begründet. [...] Die Klägerin hat Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach § 3 ff. AsylG.

Der Klägerin droht eine geschlechtsspezifische Verfolgung durch ihre Familie in Marokko. Das Gericht folgt der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs in seiner Entscheidung vom 16. Januar 2024 wonach Frauen insgesamt als einer sozialen Gruppe im Sinne der Richtlinie 2011/95 zugehörig angesehen werden können und ihnen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt werden kann, wenn die in dieser Richtlinie vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt sind. Dies ist der Fall, wenn sie in ihrem Herkunftsland aufgrund ihres Geschlechts physischer oder psychischer Gewalt, einschließlich sexueller Gewalt und häuslicher Gewalt, ausgesetzt sind (EuGH, Urt. v. 16. Januar 2024 – C-621/21 juris).

Dieser Grundsatz ist auch auf den vorliegenden Fall anwendbar. Die Situation von Frauen in Marokko stellt sich wie folgt dar: Zwar wird in Marokko die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen in Art. 19 der marokkanischen Verfassung und in diversen internationalen Abkommen garantiert. Allerdings steht diese rechtliche Gleichstellung in starkem Kontrast zur tatsächlichen Lage in Marokko (zum Ganzen vgl. Bericht des Auswärtigen Amtes über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in Marokko, 22. November 2022, Seite 15 ff.; Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl – Österreich –, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation: Marokko, 11. August 2023, Seite 35 ff.; Amnesty International, Report: Marokko 2022, 28. März 2023, Seite 4 f.).

Insbesondere im ländlichen Raum sind Frauen aufgrund der vorherrschenden traditionellen Einstellungen gesellschaftlichen Zwängen ausgesetzt. Vergewaltigung in der Ehe ist straflos, außerehelicher Geschlechtsverkehr dagegen strafbewehrt. Innerfamiliäre Gewalt kommt oft nicht zur Anzeige. In den seltenen Fällen, in denen doch Anzeige erstattet wird, bleiben die Verfahren für die Opfer oft ergebnislos, da die meist männlichen und voreingenommenen Richter in der Regel zugunsten der Männer entscheiden. Alleinerziehende Mütter und unverheiratete Frauen sind in besonderem Maße Diskriminierung ausgesetzt. Sie sind gesellschaftlich geächtet und werden häufiger Opfer sexualisierter Gewalt (vgl. ACCORD, Anfragebeantwortung zu Marokko: Rückkehr für unverheiratete alleinstehende Frauen mit Kindern, 19. Dezember 2019). Aufgrund der wirtschaftlichen



Nina Hotopp, *Head II*, Zeichentusche auf Papier, 2019

Situation in Marokko sind alleinstehende Frauen auch stärker von Armut betroffen als Männer. Nur etwa 21 Prozent der Frauen sind erwerbstätig, gegenüber 70 Prozent der marokkanischen Männer. Im Jahr 2022 erreichte Marokko beim Gender Inequality Index einen Wert von 0,62 und liegt damit auf Platz 136 von 146 Ländern.

Die Klägerin konnte vorliegend schlüssig und nachvollziehbar darlegen, in ihrem Herkunftsland Opfer häuslicher Gewalt durch ihren Vater und ihre Stiefmütter und Stiefgeschwister geworden zu sein. Darüber hinaus konnte sie glaubhaft darlegen, ihr Vater habe versucht, sie gegen ihren Willen zwangsweise zu verheiraten. Aufgrund der rechtlichen und tatsächlichen Lage in Marokko war ihr hiergegen kein zumutbarer staatlicher Schutz möglich.

Das Gericht geht deshalb davon aus, dass die Klägerin vorverfolgt ausgereist ist. Es kann nicht mit der nach Art. 4 Abs. 4 RL 2011/95/EU erforderlichen Sicherheit angenommen werden, dass die alleinstehende Klägerin, welche ansonsten über kein verwandtschaftliches Netzwerk in Marokko verfügt, im Falle einer Rückkehr in ihr Heimatland nicht erneut von Verfolgung bedroht ist. [...]

.....
ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Lust ohne Last!“

Frauen protestieren gegen § 218 StGB

.....

Deutscher Juristinnenbund

Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein Zweites Jahressteuergesetz

(St24-25 vom 17.07.2024)

Das Bundesfinanzministerium (BMF) hat am 10. Juli 2024 den Entwurf für ein zweites Jahressteuergesetz 2024 (JStG 2024 II) vorgelegt. Der Entwurf sieht u. a. Anhebungen beim Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag und Kindergeld, Verschiebungen der Eckwerte des Einkommensteuertarifs sowie die Anhebung der Freigrenzen beim Solidaritätszuschlag vor. Weiterhin sollen die Steuerklassen III/V bis Ende 2029 in das Faktorverfahren überführt werden. Schließlich enthält der Entwurf Regelungen zur Gemeinnützigkeit bei tagespolitischen Aktivitäten.

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) begrüßt die Gelegenheit zur Stellungnahme. Allerdings ist die Frist von nicht einmal einer Woche, noch dazu während der Zeit der Schulferien, für ehrenamtlich arbeitende Vereine kaum zu realisieren. Mit diesem Vorgehen schränkt das BMF die demokratische Teilhabe insbesondere auch von Frauen ein, die bei Themen wie der Steuerpolitik ohnehin unterrepräsentiert sind. Die Stellungnahme konzentriert sich auf gleichstellungsrechtlich wesentliche Vorhaben und Lücken des Entwurfs.

1. Überführung der Steuerklassen III/V in das Faktorverfahren

Der Entwurf regelt die im Koalitionsvertrag vereinbarte Überführung der Steuerklassenkombination III/V in das Faktorverfahren (IV mit Faktor). Das bereits 2010 als Option zu den Steuerklassen IV/IV und III/V eingeführte Faktorverfahren berücksichtigt die steuermindernde Wirkung des Ehegattensplittings bereits bei der monatlichen Berechnung der Lohnsteuer. Gleichzeitig vermeidet das Verfahren die unverhältnismäßig hohe Lohnsteuerbelastung in Steuerklasse V. Der Anteil von Frauen in Steuerklasse V liegt bei ca. 90 Prozent. Die damit einhergehende mittelbare Benachteiligung von Frauen geht auf die Neuordnung der Steuerklassen im Jahr 1975 zurück. Bereits damals fielen die Änderungen zum Nachteil von Frauen aus und führen seit knapp 50 Jahren zu

andauernden Protesten.¹ Auch die Kritik an der Einführung des Faktorverfahrens im Jahr 2010 als reine Option zu den Steuerklassen III/V blieb lange ohne Resonanz.²

Nach der jetzt geplanten Änderung werden Eheleute weiterhin automatisch der Steuerklasse IV zugeordnet und können auf Antrag das Faktorverfahren wählen (§ 38b Abs. 1 EStG). Neu ist, dass die Steuerklassenkombination III/V entfällt. Zudem soll der Faktor, der – vereinfacht formuliert – die Lohnunterschiede zwischen den Eheleuten abbildet, künftig automatisiert über die für das vorangegangene Jahr übermittelten Lohnsteuerbescheinigungen ermittelt werden. Die Zuständigkeit für die Berechnung des Faktors soll beim Bundeszentralamt für Steuern liegen. Dieses soll Arbeitgebenden künftig den Faktor als elektronisches Lohnsteuerabzugsmerkmal zur Verfügung stellen. Bislang mussten Eheleute das Faktorverfahren alle zwei Jahre unter Angabe ihrer voraussichtlichen Arbeitslöhne neu beantragen (§ 39f EStG).

Der djb fordert seit Jahrzehnten die Streichung der Steuerklassenkombination III/V und begrüßt deshalb ausdrücklich die Reformbemühungen. Von der Änderung profitieren vor allem Frauen, die derzeit in Lohnsteuerklasse V einen Teil der Steuern ihrer Männer mittragen. Die bisherige Regelung führt bei den ohnehin schon geringeren Bruttolöhnen zu unverhältnismäßig niedrigen Nettolöhnen und auf dieser Basis errechneten Lohnersatzleistungen wie z. B. das Krankengeld, Arbeitslosengeld und das Elterngeld. Die Steuerklassenkombination III/V verstärkt damit

1 Vgl. Spangenberg, Ulrike, Gisela Färber und Corinna Späth, 2020. Mittelbare Diskriminierung im Lohnsteuerverfahren. Auswirkungen der Lohnsteuerklassen auf Nettoeinkommen und Lohnersatzleistungen, Working Paper Forschungsförderung, 190. Band, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-07819, S. 26.

2 Vgl. Stellungnahme des djb zum Entwurf der Bundesregierung zum Jahressteuergesetz 2009 (JStG 2009) (BT-Drs. 16/10189), https://www.djb.de/fileadmin/user_upload/presse/stellungnahmen/st08-15_Jahressteuer.pdf.

ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Das ist die Fremdbestimmung, von der wir meinen, dass sie die Frauen auf eine tierhafte Stufe drückt. Das ist die Fremdbestimmung, die auch für einen einfühlsamen Mann niemals nachzuvollziehen ist. Deswegen sprechen wir Frauen jedem Mann die Fähigkeit des Richters in dieser für uns existenziellen Frage ab. Schwangerschaft ist ... außerhalb männlichen Rechts.“

Frauenforum Bonn/Marielouise Janssen-Jurreit, Offener Brief an Karl Carstens, 1975

die Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern.

Aus Sicht des djb ist allerdings nicht nachvollziehbar, warum die Änderung erst Ende 2029 in Kraft treten soll. In der am 5. Juli 2025 veröffentlichten Wachstumsinitiative der Bundesregierung heißt es konträr dazu, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern prüfen wird, wie die Umsetzung der Reform möglichst zeitnah und deutlich schneller als bis zum bisher avisierten Jahr 2030 erfolgen kann.

Unter dem Vorwand des technischen Aufwands wird – wie bei der bis heute nicht umgesetzten geschlechtergerechten Gestaltung von Steuerformularen – gleichstellungsrelevanten Reformen scheinbar keine Priorität eingeräumt. Dies ist verfassungsrechtlich problematisch, weil es sich bei den Nachteilen der Steuerklasse V um massive finanzielle Nachteile zu Lasten von Frauen handelt, die gegen das Verbot mittelbarer Diskriminierung in Art. 3 Abs. 2 und 3 GG verstoßen.

Der djb bittet hier um sachlich nachvollziehbare Erläuterungen, warum für die Umsetzung fünf Jahre notwendig sind bzw. wie die Änderungen schneller umgesetzt werden können. Der djb erwartet, dass alle Anstrengungen unternommen werden, die Umsetzung zeitnah umzusetzen, um die mittelbare Diskriminierung schnellstmöglich zu beenden.

Darüber hinaus weicht die Berechnung des Faktors von der bisherigen Berechnung des Faktors ab. Der djb bittet daher auch darum zu erläutern, warum weitere Freibeträge einfließen sollen und welche konkreten finanziellen Verteilungswirkungen damit einhergehen.

Die Reform des Lohnsteuerverfahrens kann zudem nur ein erster Schritt sein. Das Faktorverfahren beseitigt nicht die negativen Effekte des Ehegattensplittings. Es regelt lediglich die monatliche Aufteilung der Lohnsteuer zwischen Eheleuten, die über die Arbeitgeber*innen an das Finanzamt abgeführt wird. Am Ehegattensplitting selbst ändert sich nichts. Vielmehr bleibt es bei den negativen Erwerbsanreizen und damit einhergehenden Nachteilen für die eigenständige Existenzsicherung von Frauen. Die Nachteile werden durch die Steuerfreiheit sog. Minijobs verstärkt.

Zudem fordert der djb, eine Änderung der Berechnung von Lohnersatzleistungen auf den Weg zu bringen. Die Berechnung über die Lohnsteuerklassen verzerrt die Leistungen. Besonders deutlich ist dies beim Arbeitslosengeld, da sich die Beiträge zur

Arbeitslosenversicherung anhand des Bruttoeinkommens, die Leistung aber vermittelt über die Lohnsteuerklassen anhand des Nettolohns berechnet. Damit fallen die Leistungen trotz gleicher Beitragszahlungen unterschiedlich hoch aus. Die Unterschiede können sich auf mehrere hundert Euro monatlich belaufen. Die jetzt auf den Weg gebrachte Reform der Lohnsteuerklassen vermeidet zwar die Nachteile der Steuerklasse V. Es bleibt aber u. a. bei den Vorteilen der Ehepartner, die bislang Steuerklasse III zugeordnet sind. Der Anteil von Männern liegt derzeit bei knapp 80 Prozent. Der djb setzt sich hier generell für die Berechnung anhand der Steuerklasse IV und eine Erhöhung der Leistungen für alle anspruchsberechtigten Personen ein. Damit werden – auch nach der Streichung von III/V – bestehende Benachteiligungen von Frauen, Alleinerziehenden und anderen nicht verheirateten Eltern beseitigt.³

2. *Anhebung des Kinderfreibetrags und des Kindergelds*

Der Entwurf sieht unter Bezug auf den anstehenden 15. Existenzminimumbericht ab 2026 die Anhebung des Kinderfreibetrags um 156 Euro vor, der das sächliche Existenzminimum steuerfrei stellen muss. Damit steigt der für ein Kind insgesamt zu berücksichtigende Kinderfreibetrag von 6.672 Euro jährlich auf 6.828 Euro. Zusammen mit dem Freibetrag für die Betreuung, Erziehung und Ausbildung eines Kindes (BEA) steigen die Kinderfreibeträge damit auf insgesamt 9.756 Euro pro Kind.

Zudem ist geplant, das Kindergeld mit Wirkung zum 1.1.2025 um weitere fünf Euro auf 255 Euro pro Kind im Monat anzuheben. Weiterhin soll in § 6 Abs. 2 des Bundeskindergeldgesetzes gesetzlich verankert werden, dass bei der Anhebung der Freibeträge für Kinder das Kindergeld entsprechend erhöht wird. Bislang ist die parallele Anhebung des Kinderfreibetrags für das sächliche Existenzminimum und des Kindergelds lediglich in einer Entschließung des Bundestags formuliert (BT-Drs. 13/1558, S. 13).

Der djb begrüßt die Anhebung des Kindergelds, gerade auch mit Blick auf die steigenden Lebenshaltungskosten. Im Vergleich zum Jahr 2022, dem Beginn der derzeitigen Koalition, öffnet sich jedoch die Schere des absoluten Entlastungsbetrags zwischen Familien, die nur Kindergeld beziehen und Familien, die darüber hinaus die Kinderfreibeträge nutzen kön-

3 Vgl. Fn. 1.

nen: Mit der Anhebung des Kinderfreibetrags im Jahr 2026 vergrößert sich die Differenz um weitere 141 Euro und damit um 9,9 Prozent jährlich.

Selbst wenn das Kindergeld im Jahr 2026 im Vergleich zum Jahr 2022 relativ um 2,3 Prozent stärker angehoben wurde als der Kinderfreibetrag im gleichen Zeitraum, ist eine weitere Zunahme der Entlastungsdifferenz in absoluten Beträgen nicht hinnehmbar. Statt einer Vergrößerung der Entlastung muss die Schere geschlossen werden: Durch eine Anhebung oder die – seit Jahrzehnten vom djb geforderte – Abschmelzung des Freibetrags für die Betreuung, Erziehung und Ausbildung eines Kindes.

Die Neuregelung in § 6 Abs. 2 des Bundeskindergeldgesetzes läuft Gefahr, diese Schere zu perpetuieren oder sogar auszuweiten. Der Begründung zufolge (S. 57) scheint die Regelung nämlich lediglich die prozentuale Entwicklung von Freibeträgen und Kindergeld berücksichtigen zu wollen und nicht die Entlastung in absoluten Beträgen.

Der djb fordert gesetzlich klarzustellen, dass darauf hinzuwirken ist, die Entlastungsschere zwischen Eltern, die nur Kindergeld beziehen, und Eltern, die darüber hinaus durch die steuerlichen Kinderfreibeträge entlastet werden, auch in absoluten Zahlen zu schließen. Zudem ist der BEA abzuschmelzen.

3. Veränderung der Eckwerte des Einkommensteuertarifs

Der Entwurf sieht zur Berücksichtigung des Existenzminimums sowie zum Ausgleich der Inflation vor, den Grundfreibetrag anzuheben und, wie in den vorangegangenen Jahren, den Tarifverlauf der Einkommensteuer in den Jahren 2025 und 2026 einer „Rechtsverschiebung“ zu unterziehen. Der sogenannte Reichensteuersatz von 45 Prozent wird auch dieses Mal nicht verschoben. Dies bedeutet aber nicht, dass sehr hohe Einkommen keine Entlastung erfahren. Vielmehr nimmt die steuerliche Entlastung hier nicht noch weiter zu. Die Verschiebungen des Tarifs führen insgesamt zu Steuermindereinnahmen von über 9 Mrd. Euro. Durch die Anhebung der Freigrenzen beim Solidaritätszuschlag fehlen weitere 1,1 Milliarden.

Ein regelmäßiger Inflationsausgleich ist ein ökonomisch richtiges Grundprinzip. Ein Großteil die-

ser Entlastungen fließt allerdings besserverdienenden Menschen zu. Menschen mit geringen Einkommen, zu denen einkommens- und sorgebedingt auch Frauen häufiger zählen, erfahren durch diese Maßnahme weniger oder gar keine Entlastung. Sie werden stärker durch indirekte Verbrauchs- und Umsatzsteuern belastet. Gleichzeitig ist damit keine zielgerichtete Entlastung geringer Einkommensgruppen gewährleistet.

Mit Blick auf die angespannte Haushaltslage, krisenbedingte Belastungen und weiter steigende Lebenshaltungskosten fordert der djb, sehr viel stärker zielgerichtete Entlastungen für Menschen mit geringen Einkommen in den Blick zu nehmen. Dazu gehört auch die Steuergutschrift für Alleinerziehende.⁴

4. Änderungen der Abgabenordnung in Bezug auf Gemeinnützigkeit

Der djb begrüßt, dass der Entwurf erste Änderungen zu tagespolitischen Aktivitäten von gemeinnützigen steuerbegünstigten Körperschaften einführt.

Es fehlt jedoch nach wie vor eine Regelung zu reinen Frauen- oder Männerverbänden. Im gegenwärtigen Umgang der Finanzämter mit reinen Frauen- (oder Männerverbänden) wird der Gehalt von Art. 3 Abs. 2 GG (Gleichberechtigung von Frauen und Männern) verkannt. Art. 3 Abs. 2 GG erlaubt nämlich bei Formen struktureller Diskriminierung kompensierende Maßnahmen. Es ist daher klarzustellen, dass etwa reine Frauenverbände aus Gründen struktureller Diskriminierung zulässig sind. Bundeskanzler Scholz hatte bereits 2017 als damaliger Finanzminister eine entsprechende Regelung vorgeschlagen, die jedoch bislang nicht eingeführt wurde.⁵

Prof. Dr. Susanne Dern

Vorsitzende der Kommission Recht der sozialen Sicherung, Familienlastenausgleich

⁴ Offener Brief VAMF, djb u. a. v. 15.5.2024, Versprechen halten: Steuergutschrift für Alleinerziehende umsetzen!, https://www.djb.de/fileadmin/user_upload/presse/stellungnahmen/st24-17_Offener_Brief_Steuergutschrift_Alleinerziehende.pdf.

⁵ Vgl. Spangenberg, Ulrike: *Gemeinwohl, Steuervorteile und Geschlechterdiskriminierung*: „Scholz will reinen Männervereinen die Gemeinnützigkeit streichen“, *VerfBlog*, 2019/11/27, <https://verfassungsblog.de/gemeinwohl-steuervorteile-und-geschlechter-diskriminierung/>, DOI: 10.17176/20191128-180924-0.

.....
ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„In Anbetracht dessen, dass 25 Jahre vergangen sind seit der ersten Sitzung der Kommission zum Status von Frauen, und weil es erforderlich ist, der Gleichberechtigung Nachdruck zu verleihen, dient die Ausrufung eines Internationalen Jahres der Frau der Intensivierung der Anstrengungen, die erforderlich sind, um die Stellung der Frau zu verbessern.“

Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum 1. Internationalen Jahr der Frau 1975, 1972
.....

Verbände formulieren Ziele für die geplante Familienrechtsreform!

Appell vom 24.10.2024

Im Vorfeld der für den 25. Oktober 2024 einberufenen Besprechung des Justizministeriums mit den Landesjustizverwaltungen zum Familienrechtspaket von Bundesminister Buschmann rufen 10 Verbände dazu auf, bei der geplanten Reform Änderungen vorzunehmen.

Gemeinsam haben die Verbände Punkte identifiziert, die sie über ihre einzelverbandlichen Schwerpunkte hinaus verbinden. Sie konzentrieren sich hierbei auf die Reformen im Kindschafts- und Unterhaltsrecht.

Wir appellieren nachdrücklich an Bund und Länder:

Setzen Sie sich für eine Reform ein, die

- den Gewaltschutz nicht nur gesetzlich im Sorgerecht verankert, sondern auch im Umgangsrecht. *„Im Falle von häuslicher Gewalt und Partnerschaftsgewalt muss vermutet werden, dass der Umgang mit dem gewalttätigenden Elternteil in der Regel nicht dem Kindeswohl dient. Von gewaltbetroffenen Elternteilen kann nicht verlangt werden, ihre Schutzinteressen zu gefährden, um die Wohlverhaltenspflicht zu erfüllen“*, so die Verbände.
- die gemeinsame Sorge von unverheirateten Eltern weiterhin durch eine gemeinsame Sorgeerklärung etabliert und nicht automatisch mit der Vaterschaftsanerkennung verknüpft. *„Die Erklärung der gemeinsamen Sorge von unverheirateten Eltern ist üblich, niedrigschwellig und weit verbreitet. Bei Auseinandersetzungen oder gar Fällen häuslicher Gewalt birgt die automatische Verknüpfung der gemeinsamen Sorge mit einer Vaterschaftsanerkennung eine hohe Gefahr, schürt gegebenenfalls weitere Spannungen und ist nicht kindeswohlbedienlich“*, sind sich die Verbände einig.
- die Gleichwertigkeit aller Betreuungsmodelle sowohl im Familienrecht des BGB als auch bei der Regelung der Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung im SGB VIII zu verdeutlichen. *„Wir setzen uns für eine ergebnisoffene Beratung ein, die Eltern auch bei rechtlichen und finanziellen Folgen von Sorge- und Betreuungsvereinbarungen weiterhelfen kann. Es ist unerlässlich, dafür die Ressourcen der*

Beratungslandschaft zu stärken und für entsprechende Qualifizierungen zu sorgen, deren Neutralität gesichert sein muss“, führen die Verbände aus.

- sicherstellt, dass verschiedene Vorhaben in den Eckpunkten in der Gesamtschau nicht zu einem Leitbild Wechselmodell „durch die Hintertür“ führen. *„Das Wechselmodell als Leitbild einzuführen, lehnen wir entschieden ab“*, bekräftigen die Verbände.
- Unterhaltsregeln für alle Betreuungsmodelle gesetzlich verankert. *„Wir begrüßen es grundsätzlich, unterhaltsrechtliche Folgen für verschiedene Betreuungsmodelle als Stufenmodell auszugestalten. Eine isolierte Unterhaltsregelung für das asymmetrische Wechselmodell lehnen wir jedoch ab“*, stellen die Verbände heraus.
- das Unterhaltsrecht so reformiert
 - dass die Schwelle für den Beginn eines asymmetrischen Wechselmodells neben dem zeitlichen Kriterium die Verantwortungsübernahme berücksichtigt und eine ausreichende Entlastung im Alltag abbildet – diesen Anforderungen wird die in den Eckpunkten definierte Schwelle von 29 Prozent Mitbetreuung inklusive der Ferien nicht gerecht.
 - dass das Existenzminimum des Kindes in beiden Haushalten in keinem Fall unterschritten werden kann.
 - dass wechselbedingte Mehrkosten berücksichtigt werden.
 - dass Übergangsfristen eingeführt werden, wenn durch den Wechsel in ein anderes Betreuungsmodell neue Erwerbsobliegenheiten entstehen.*„Alleinerziehende, die bereits jetzt besonders häufig von Armut bedroht oder betroffen sind, dürfen finanziell nicht noch weiter unter Druck geraten“*, heben die Verbände hervor. *„Bestehende Lebensrealitäten dürfen dabei nicht aus dem Blick geraten. Die Förderung einer fairen Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit muss bereits vor Trennung und Scheidung erfolgen. Dafür machen wir uns weiterhin stark.“*

.....
ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Die generelle Benachteiligung der Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft findet ihren brutalsten Ausdruck in den demütigenden und lebensbedrohenden Misshandlungen, denen sie in ihrem privaten Leben durch Männer ausgesetzt sind.“

Verein zur Förderung des Schutzes misshandelter Frauen e.V.,
Projektantrag: Einrichtung eines Frauenhauses in Berlin, 1976

.....

- die Stimme der Kinder und das Kindeswohl in stärkerem Maße berücksichtigt
„Oberster Maßstab muss das Kindeswohl sein. Im Zweifel müssen die Interessen der Erwachsenen dahinter zurücktreten“, betonen die Verbände.

Die unterzeichnenden Verbände freuen sich auf einen weiterhin konstruktiven Dialog mit dem Bundesjustizministerium und hoffen auf eine baldige Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den umfangreichen Gesetzgebungsprozess. Gerne stehen sie auch für weiteren Austausch bereit, um die Reform im Sinne der Familien weiter voranzubringen.

AWO Bundesverband e.V. / Der Kinderschutzbund Bundesverband e.V. / Deutscher Frauenrat e.V. / Deutscher Juristinnenbund e.V. (djv) / evangelische arbeitsgemeinschaft familie e.V. / Evangelisches Zentralinstitut für Familienberatung gGmbH / Familienbund der Katholiken (FDK), Bundesverband / Frauenhauskordinierung e.V. / Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V. / Zukunftsforum Familie e.V.

Buchbesprechung

Christina Clemm: Gegen Frauenhass

Hanser Berlin, 2023

Nach ihrem erfolgreichen Buch „AktenEinsicht“ (2020) (Buchbesprechung in STREIT 2/2023, S. 93) hat Christina Clemm, feministische Rechtsanwältin und Strafverteidigerin aus Berlin, mit dieser kämpferischen Streitschrift zügig nachgelegt. Sie dokumentiert den omnipräsenten Hass, der sich gegen Frauen – weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung – richtet. Unter der Bezeichnung „Frauen“ versteht Clemm dabei Frauen „nicht im zweigeschlechtlichen Sinn, sondern alle weiblich gelesenen Personen“. Sie schließt „cis Frauen, trans Frauen, inter und sich selbst als non-binär verstehende Personen ein“. Gleich eingangs schreibt sie „in diesem Buch soll vor allem der unbändige Hass auf Frauen im Zentrum stehen – wie er wirkt, wen er trifft, welche Formen er annimmt und weshalb nicht ernsthaft etwas gegen ihn getan wird“ (S. 11).

Anhand eines fiktiven Musterfalles schildert Clemm die Eskalationsspirale bei häuslicher Gewalt bis hin zum Femizid. An Fällen aus ihrer anwaltlichen – fa-

milienrechtlichen und strafrechtlichen – Praxis analysiert und beschreibt sie die Erscheinungsformen von Frauenhass in allen Bereichen der Gesellschaft. Sie verbindet die Schilderung von Einzelfällen mit der Analyse der Gesellschaft und zeigt auf, wie tief und umfassend misogynen Denken und Handeln in der bürgerlichen Gesellschaft verwurzelt sind.

Mit Frauenhass meint Clemm „eine emotionale Gewohnheit oder Geisteshaltung, die auf frauenfeindlichen Ressentiments gründet. Die Ressentiments sind systemisch und systematisch, der Hass ist strukturell, zielgerichtet und dem patriarchalischen System nicht nur innewohnend, sondern für dieses stabilisierend“ (S. 13). Frauenhass ist nach Clemm eine „emotionale Gewohnheit, die aggressiv in einem patriarchalen System, in dem eine binäre Geschlechterordnung herrscht, ausgelebt werden kann“. „In letzter Konsequenz zeigt er sich in Gewalttaten, in verbalen, psychischen, physischen Angriffen, bis hin zur Tötung“. Er „betrifft alle Frauen – einige mehr als andere, aber unberührt bleibt keine“ (S. 14).

Alle Männer profitieren davon. „Das Patriarchat hilft, eklatante Vermögensunterschiede innerhalb der Gesellschaft auszublenken, und suggeriert Männern eine Gleichheit untereinander, insofern sie allesamt über Frauen verfügen“ (S. 46).

„Es wäre leicht, sofort effektive Möglichkeiten zur Einschränkung geschlechtsbezogener Gewalt zu ergreifen. Dass es trotzdem nicht geschieht, ist nur mit dem strukturellen Nutzen geschlechtsbezogener Gewalt erklärbar. Die Gewalt gegen Frauen bewirkt nicht nur individuell etwas, sie ist gesamtgesellschaftlich antifeministisch, denn sie verhindert die Gleichstellung der Geschlechter und Freiheit der Frauen. Durch die permanente Gewalt oder auch nur die Möglichkeit, Gewalt zu erfahren, werden Frauen aktiv darin behindert, sich selbst fortzuentwickeln, in ihren beruflichen und privaten Lebensentwürfen voranzukommen“ (S. 115).

Ausführlich beschäftigt sich Clemm auch mit dem Thema „Femizid“, der Tötung von Frauen aufgrund der Tatsache, dass sie Frauen sind. Eine ausdrückliche Normierung von Femiziden kennt das deutsche Strafrecht nicht. „So wie es auch kein spezifisches Tötungsdelikt aus Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus oder Klassismus gibt“ (S. 59). Auch

.....
ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Die Vertragsstaaten, besorgt darüber, dass die Frau ... noch immer weitgehend diskriminiert wird, entschlossen die in der Erklärung über die Beseitigung der Diskriminierung der Frau niedergelegten Grundsätze zu verwirklichen, sind ... übereingekommen: ... [Die Frauenrechts-Konvention]“

Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1979

.....

sogenannte „Ehrenmorde“, die als solche bezeichnet werden, weil „die Täter vermeintlich muslimischen Glaubens sind oder rassifiziert werden“ sollten wir laut Clemm „als das bezeichnen, was sie wirklich sind: Femizide“ (S. 58). Allen gemein ist die Manifestation des männlichen Herrschaftswillens, die Überzeugung, dass Frauen diszipliniert werden müssen, und eine toxische Vorstellung von Männlichkeit, Ehre und Stolz. Es geht um Kontrolle, Disziplinierung und Unterwerfung.

Clemm schildert den mangelhaften Umgang mit geschlechtsbezogener Gewalt in der Justiz. In den familiengerichtlichen Verfahren wird häusliche Gewalt weiter verharmlost, von den Müttern trotz der erlittenen Übergriffe Kooperation mit den Tätern eingefordert. Hier ist eine Professionalisierung aller Beteiligten und sind spezielle Kenntnisse von den Mechanismen und Strukturen geschlechtsbezogener Gewalt erforderlich. Ohne angemessene gerichtliche Ahndung bleibt, dass bei getrenntlebenden Eltern mehr als 1/3 der unterhaltspflichtigen Väter entweder gar keine oder nur reduzierte Kindesunterhaltszahlungen an die Mütter leisten, oft dann auch noch unregelmäßig und unpünktlich. Ein Fall von ökonomischer Gewalt. 43% der Ein-Eltern-Familien gelten als armutsgefährdet, 88% der Alleinerziehenden sind Frauen.

In den Strafverfahren richtet sich der verständnisvolle Blick des Gerichts weiter auf den Angeklagten und seine Emotionen, was bei sogenannten „Beziehungstaten“ zu unzureichender Ahndung führt. Es ist für eine Geschädigte sehr belastend, nach Anzeigenerstattung ein Ermittlungs- und Strafverfahren durchzustehen. Mit dem Risiko, dass ihr mit Misstrauen begegnet wird, dass sie retraumatisiert und zum Objekt degradiert wird. Hier herrscht eine „Kultur der Straflosigkeit“ (S. 165).

Die alltägliche Gefahr für Kinder, im sozialen Nahraum sexualisierte Übergriffe durch nahe Verwandte, Lehrer oder sonstige Vertrauenspersonen zu erleiden, wird tabuisiert. Nach aktuellen Dunkelforschungen war jede fünfte bis sechste Frau in ihrer Kindheit betroffen. Clemm nennt dieses immense Ausmaß an Gewalt „den Kern des patriarchalen Geschlechterverhältnisses“ (S. 126).

Besonders stark zum Ausdruck kommen patriarchale Besitzanmaßungen im Menschenhandel und in



Nina Hotopp, *She*, Acryl & Öl auf Leinwand, 2019

der Zwangsprostitution. Dort wird „die Ware Frauenkörper ausgebeutet, benutzt, weggeworfen“ (S. 141).

Auch auf einen umfassenden Schutz von Frauen durch die Ordnungskräfte ist kein Verlass. Eine, seit langem geforderte und dringend notwendige, groß angelegte wissenschaftliche Studie zu Rassismus und Sexismus innerhalb der Polizei fehlt bislang. Eine Studie aus London aus dem Jahr 2023 bestätigte auch dort ein gravierendes Sicherheitsproblem für Frauen und non-binäre Personen. Sie ergab, dass die Londoner Polizei systematisch rassistisch, misogyn und homophob handelt.

In weiteren Bereichen – im Medizinbetrieb, in Einrichtungen für Frauen mit körperlichen oder mentalen Beeinträchtigungen, an Hochschulen oder in den Kultureinrichtungen und der Filmindustrie – besteht oft ein Machtgefälle, was sexualisierte Gewalt erleichtert, die Gegenwehr erschwert.

Digitale Gewalt und Hetze trifft Frauen, Feministinnen, Aktivistinnen und queere Menschen ungleich stärker als Männer. Die Opfer müssen zusätzlich „meist mit sehr viel mehr sozialer Ächtung rechnen als die Täter ... Während die Täter mit ihren Taten

..... ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Die Vertragssaaten verurteilen die Rassendiskriminierung und verpflichten sich, mit allen geeigneten Mitteln unverzüglich eine Politik der Beseitigung der Rassendiskriminierung in jeder Form ... zu verfolgen.“

Art. 2 Abs. 1, Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD), 1966

.....

prahlen, werden die Opfer verachtet“ (S. 145). Im deutschen Fernsehen kommt geschlechtsspezifische Gewalt in rund 1/3 der Sendungen vor.

Frauenhass und Antifeminismus werden auch in den Parteien zunehmend salonfähig. Insbesondere die AFD mahnt „die Rückbesinnung auf traditionelle Männlichkeitsideale an“ (S. 199), hetzt gegen „Gendergaga“ und warnt vor der Gewalt gegen Frauen durch „Fremde“. Maskulinisten hetzen im Internet misogyn, queerfeindlich und rassistisch und haben Millionen von jungen, männlichen Followern. Trans Personen werden überdurchschnittlich angegriffen und dann meistens damit alleingelassen.

Clemm thematisiert auch die Diskussion um sogenannte TERFs (Trans-Exclusionary Radical Feminists). Dies sind Feministinnen, die meinen, trans Personen schaden den „echten“ Frauen und bedrohen die lang erkämpften Frauenräume. Clemm hält es für eine absurde Unterstellung, trans Personen würden ihren Personenstand ändern, und dann in Frauenräumen Gewalt ausüben. „Was mir Sorgen bereitet, ist, dass trans Personen durch die panikmachende Propaganda immer und immer mehr Gefahren ausgesetzt werden“ (S. 206).

Auch in der Gesundheitsversorgung führen sexistische Grundeinstellungen zu mangelnden und fehlerhaften Therapien und, beispielsweise in der Geburtshilfe, zu zunehmender Unterversorgung. Clemm plädiert für eine reproduktive Gerechtigkeit, d. h. „das Recht, Kinder zu haben oder nicht zu haben, und das Recht, Kinder unter sicheren Bedingungen gebären und aufziehen zu können“ (S. 211). Dazu gehört auch das Recht auf einen sicheren und selbstbestimmten und straffreien Schwangerschaftsabbruch.

Clemm unterlegt ihre Ausführungen auch mit statistischen Zahlen. Seit langen bekannt sind die Ergebnisse einer deutschlandweiten Studie über Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften aus dem Jahr 2004. Danach hat „mindestens jede vierte Frau (25 %) im Alter von 16 bis 85 Jahren, die in einer Partnerschaft gelebt hat, einmal oder mehrmals körperliche (23 %) oder – zum Teil zusätzlich – sexuelle (7 %) Übergriffe durch einen Beziehungspartner erlebt“ (S. 83). Wenn wir die täglichen Meldungen in den Medien verfolgen, ist feststellbar, dass sich die Situation eher noch verschlechtert. BIG, die Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen, teilt in einer Pressemitteilung vom 22.07.2024 mit, dass in den vergangenen Monaten ein alarmierender Anstieg der Anrufe festzustellen sei.

Für mehr als $\frac{3}{4}$ der Anruferinnen, die sich in akuter Gefahr befanden, konnte von BIG kein Schutzplatz in Berlin vermittelt werden. Laut BIG stirbt inzwischen jeden 2. Tag eine Frau.

„Nach Untersuchungen des europäischen Instituts für Gleichstellung (EIGE) hatte Deutschland 2018 die achthöchste Anzahl an Femiziden, bezogen auf die 24 Mitgliedsstaaten, von denen Zahlen vorlagen, das Vereinigte Königreich inklusive“ (S. 45).

Auch im Hinblick auf das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, bekannt als „Istanbul-Konvention“ ist viel zu wenig geschehen. Schätzungsweise nur 10 % der Betroffenen von sexualisierter Gewalt erstatten Anzeige, davon führen nur 8 % zu einer Verurteilung. Durchschnittlich verdienen Frauen pro Stunde 18 % weniger als Männer, bei vergleichbarer Erwerbsbiografie immer noch 7 % weniger.

All diese Zahlen sind bekannt. Sie sind ein Skandal. Ein Großteil der Bevölkerung ist betroffen. Justiz und Politik schauen weg, verharmlosen und verweigern die erforderlichen Maßnahmen. Die Justiz weigert sich, das Problem zu verstehen, sich fortzubilden und etwas an den Strukturen zu ändern. Und die Politik weigert sich, mehr Geld und Ideen in Prävention, Kampagnen, in Täterarbeit und Unterstützung der Betroffenen, in Kapazitäten zu investieren.

Clemm ruft auf zur praktizierten Solidarität. „Wir müssen jetzt handeln, therapeutisch und unmittelbar, präventiv und langfristig“ (S. 232). Sie stellt eine lange Liste zusammen mit konkreten Forderungen, die schnell umsetzbar wären. Beispielsweise und sinngemäß heißt ihr Appell: Schaut hin, organisiert Euch, leistet Hilfe bei jeder Gelegenheit, wehrt Euch, kämpft für die Umsetzung umfangreicher Maßnahmen, ändert euer Verhalten, privat und öffentlich, setzt Konsequenzen für die Täter. Sie wendet sich mit ihrem Appell nicht an die Politik, die Justiz oder andere Institutionen, sondern an uns alle. „Was wir brauchen, sind Mut und Vielfalt, Wut, Kreativität, Solidarität und Ausdauer. Voller Zugewandtheit und Menschenliebe gegen den Frauenhass – weiterkämpfen!“ (S. 236).

Das Buch von Clemm ist eine informative und spannende Lektüre, sehr verständlich geschrieben, das Engagement der Autorin klar und emphatisch, die Zuspitzungen dicht, sie rütteln auf. Ein starkes Buch, ein kämpferisches Buch! Ich wünsche ihm viele Leser*innen, die das Engagement der Autorin würdigen und ihrem Appell folgen.

Ute Stöcklein

Literaturhinweise

- AK Frauengesundheit (Hg.):* Ungewollte Kinderlosigkeit – vom Mythos der grenzenlosen Machbarkeit und den Schattenseiten der Reproduktionsmedizin, Fachtag vom 03.11.2023 in Berlin, unter: www.arbeitskreis-frauengesundheit.de
- Bertram, Alice:* Zeit als Ressource im Recht, Baden-Baden, 2024
- Brüning, Lisa / Stüwe, Taleo / Weise, Susanne:* Schwangerschaftsabbrüche neu denken: Eine historische Chance für Reproduktive Gerechtigkeit, Policy Paper, Heinrich-Böll-Stiftung mit PRiNa – Politiken der Reproduktion, Nachwuchsforscher*innen-netzwerk (Hg.), September 2024. www.boell.de
- Degen, Barbara / Kessler, Marion / Melter, Claus:* Ermordet in Bethel, Neue Forschungen zur Säuglingssterblichkeit und Hirnforschung mit einem Vorwort von Margret Hamm, Weinheim 2024
- Deutsches Institut für Menschenrechte (Hg.):* Bericht über die Datenlage zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Deutschland – Grundlagen für ein Umsetzungsmonitoring zur Istanbul-Konvention, Berlin August 2023, www.dimr.de
- Evcil, Sevdal / Schütz, Ronja:* Reproduktive Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin neu denken. Eizellabgabe und Leihschwangerschaft, Schriften des Gunda Werner Instituts, August 2024, www.boell.de
- Flügge, Sibylla:* Historische Grundlagen des Diskurses zur Gleichberechtigung der Geschlechter (S.13-47) in Magdalena Januszkiewicz, Alina Post, Alexander Riegel, Luisa Scheideler, Alisha Treutlein (Hrsg.): Geschlechterfragen im Recht. Interdisziplinäre Überlegungen, 2021
- Franke, Lena:* Häusliche Gewalt im Umgangs- und Sorgerecht. Gesetzliche Handlungsbedarfe. Deutsches Institut für Menschenrechte (Hg.), Berlin 2023
- Frauenhauskoordination e.V. (FHK) (Hg.):* Unterstützung von Frauenhäusern auf dem Weg zur Inklusion. Wissenschaftliche Studie im Rahmen des Projekts „Hilfesystem inklusiv – Die Istanbul-Konvention umsetzen, Handlungsbedarfe erfassen“, Berlin April 2024
- Geiser, Samuel / Kronenberg Heidi (Hg.), Kusano, Yoshiko (Fotos):* Küchengespräche. Wer kocht, putzt, wäscht und tröstet? Zürich 2024

- Gendern in der Dissertation – Ein Leitfaden für gender- und diskriminierungssensibilisierte Sprache, Open-ReWi, e-Book, vom 31.07.2023, <https://openrewi.pubpub.org/gendern-in-der-dissertation>
- Hedayati, Asha:* Die stille Gewalt. Wie der Staat Frauen alleinlässt. Der einsame Weg aus der Gewalt, Hamburg 2023
- Kocher, Eva:* Das Andere des Arbeitsrechts. Perspektiven feministischen Rechtsdenkens, Frankfurt/Oder, open access: [Kocher_978-3-95832-366-7_eBook.pdf](https://www.kocher-recht.de/Kocher_978-3-95832-366-7_eBook.pdf)
- Kuhn, Karolin / Renzikowski, Joachim / Schellhammer, Barbara (Hg.):* Sexuelle Selbstbestimmung bei Menschen mit kognitiven Einschränkungen? Herausforderungen zwischen Ermöglichung und Schutz, Baden-Baden 2024
- Lack, Katrin / Hammesfahr, Anke:* Psychologische Gutachten im Familienrecht, Handbuch für die rechtliche und psychologische Praxis, 2. aktualisierte Aufl. 2024, Köln 2024
- Lieb, Sigi:* Barrierefrei gendern: Was soll ich beachten?, www.genderleicht.de/barrierefrei-gendern-was-soll-ich-beachten/
- Lieb, Sigi:* Alle(s) Gender. Wie kommt das Geschlecht in den Kopf?, Berlin 2023
- Maltry, Renate:* Doch noch scheiden oder weiter leiden?, Hamburg 2024
- Markard, Nora / Steinke, Ronen unter Mitarbeit von Bredler, Eva Maria und Chiofalo, Valentina:* Jura not alone: 12 Ermutigungen, die Welt mit den Mitteln des Rechts zu verändern, Frankfurt/M. 2024
- Medica mondiale:* Langzeitfolgen sexualisierter Kriegsgewalt in Kosovo, Presse- und Policy-Paper, 12.09.2024, <https://medicamondiale.org> (Presse)
- Meysen, Thomas / Paulus, Mareike / Derr, Regine, / Kindler, Heinz:* Sexueller Kindesmissbrauch und die Arbeit der Jugendämter. Geschichten, die zählen. Fallstudie (SOCLES und DJI). Hrsg. v. Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs. Berlin 12.12.2023, www.aufarbeitungskommission.de
- Rothe, Ulrike / Hernandez Garcia, Rebecca (Hg.):* „Gemeinsam sind wir unerträglich“. Die unabhängige Frauenbewegung in der DDR. Ausstellungskatalog, Mitteldeutscher Verlag, Halle 2023
- Schmole, Angela:* Mittäterinnen. Frauen und Staats-sicherheit. Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin, Mitteldeutscher Verlag, Halle 2024

.....
ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE · FJT 2024 · ZITATE · ZITATE · ZITATE · REBELLION DER WORTE · ZITATE · ZITATE · ZITATE

„Die mangelnde Heranziehung von Frauen zu öffentlichen Ämtern und ihre geringe Beteiligung in den Parlamenten ist doch schlicht Verfassungsbruch in Permanenz.“

Elisabeth Selbert, 1981

.....

Steinl, Leonie / Streuer, Jara: Femizide: Rechtlicher Rahmen und Strafverfolgung, www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/femizide-und-gewalt-gegen-frauen/517633/femizide-rechtlicher-rahmen-und-strafverfolgung/

VAMV e. V.: Mehr als ein Dach über dem Kopf – Gutes Wohnen für Alleinerziehende, Tagungsdokumentation, Berlin 2023

VAMV e. V.: Vielfalt von Umgangsmodellen in Trennungsfamilien. Was passt zu welcher Familie?, Berlin 2023

Witazak, Clara: Feminismus und materielles Strafrecht, Baden-Baden 2024

wurde am 17.10.2024 der Bundesregierung übergeben. Er wurde erarbeitet von den Professorinnen Maria Wersig, Liane Wörner und Friederike Wapler aus dem Deutschen Juristinnenbund.

www.djb.de (Pressemitteilung 24-66, Anhang)

Am gleichen Tag hat das „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“ eine Petition mit dem Titel: „Legal, einfach, fair: Für eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs in Deutschland!“ an Regierungsvertreter*innen und Bundestagsabgeordnete übergeben. www.sexuelle-selbstbestimmung.de (news vom 12.10.24)

Unterschriften unter: <https://innn.it/wegmit218>

Hinweise

Reform des Abstammungsrechts

Den Entwurf des BMJ für die Reform des Abstammungsrechts vom 04.10.24, als Teil des umfassenden Plans zur Reform des Familienrechts (s.o., S. 187) hat ein „Leitplankenbündnis“ aus acht NGOs kritisch kommentiert.

Vollständiger Text unter www.djb.de (Presse)

Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs

Ein „Gesetzentwurf zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs“ mit ausführlicher Begründung

Vorankündigung

49. FJT vom 9. bis 11. Mai 2025 in Halle

Unter dem Motto: back to the roots! organisiert das „Anwältinnenbüro Leipzig“ den 49. Feministischen Juristinnen*tag, der vom 9. bis 11. Mai 2025 in Halle stattfinden wird.

Um in diesem Jahr den Arbeits- und Kostenaufwand zu reduzieren, wurde dafür die Jugendherberge in Halle mit 7 Tagungsräumen als Tagungsort reserviert, wodurch die Zahl der Teilnehmenden auf 200 begrenzt sein wird. Wenn klar ist, ob und in welcher Höhe eine Förderung eingeworben werden kann, werden Anfang nächsten Jahres nähere Informationen über den Newsletter austausch@feministischer-juristinnentag.de und die Website www.feministischer-juristinnentag.de kommuniziert.

© 2024 – Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion und Quellennachweis.

ISSN 0175-4467, Postvertriebskennzeichen 36996

STREIT erscheint 4-mal jährlich.

Bezugsbedingungen ab 1/2024 neu:

Abonnement: 59 Euro/Jahr (inkl. Versand).

39 Euro/Jahr für Studierende (mit Nachweis).

Schnupper-Abo: 3 Hefte für 45 Euro (inkl. Versand).

Einzelhefte: 16 Euro (letzte 8 Ausgaben), ältere Hefte: 3 Euro jeweils zzgl. Versandkosten.

Zusätzliches Online-Abo (pdf) mit Zugriff auf das Archiv.

Wir bieten das Online-Abo ergänzend zum regulären Abonnement zum Preis von 50 Euro/Jahr an (Bibliotheken 100 Euro, Studierende 20 Euro). Es muss gesondert bestellt werden – siehe eingeklebten Bestellbogen.

Der Satz, die Herstellung und der Vertrieb werden künftig vom Schulz-Kirchner Verlag GmbH übernommen. Die **neue Bezugsanschrift** lautet:

Schulz-Kirchner Verlag GmbH, Mollweg 2, 65510 Idstein

Tel. 06126/9320-0, Fax 06126/9320-50, E-Mail info@schulz-kirchner.de

Konto: Frauen streiten für ihr Recht, GLS Bank, IBAN DE80 4306 0967 6037 8574 01, BIC GENODEM1GLS

Weitere Informationen mit Downloads: www.streit-fem.de.

Dort finden Sie auch unser Anwältinnenverzeichnis. Abonentinnen werden auf Wunsch aufgenommen.